

## **Gaby Weber**

### **Die Verschwundenen von Mercedes-Benz**

Hg. v. Informationsstelle Lateinamerika (ila), Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV), Labournet Germany

Verlag Assoziation A, Hamburg 2001

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf vom Empfänger ausschließlich zu rein privaten Zwecken genutzt werden.

Die Vervielfältigung, Verbreitung oder sonstige Nutzung, die über den in §§ 44a bis 63a

Urheberrechtsgesetz geregelten Umfang hinausgeht, ist unzulässig.

(Die Seitenzählung ist mit der Print-Version nicht identisch.)

#### **Prolog: Eine Entführung**

24. Oktober, Frühling in Buenos Aires. Es ist 4.30 Uhr, Zeit für Heinrich Metz, sich auf den Weg zu seiner Arbeitsstelle zu machen. Der 48-Jährige leitet bei Mercedes-Benz Argentina die Produktion, draußen in González Catán, 43 Kilometer vor den Toren der argentinischen Hauptstadt.

Metz wohnt in El Palomar. Kein Villenviertel, sondern gediegene Mittelschicht. Genau das Richtige, um nicht aufzufallen. Das Hochhaus in der Jacarandaes-Straße Nummer 220 ist unscheinbar; klotzig und quadratisch wie die anderen Betonkästen. Familie Metz belegt das Apartment im fünften Stock.

Wohnungen gelten als sicherer als Einfamilienhäuser. Und Heinrich Metz, Manager einer internationalen Firma, ist als »gefährdet« eingestuft. Für die Guerilla verkörpern Leute wie er Imperialismus, Ausbeutung und Abhängigkeit. Vor wenigen Monaten war sein Kollege Herbert Pils gekidnappt worden, ob von »Subversiven« oder von unpolitischen Gangstern war unklar, aber die Firma hatte ein hohes Lösegeld zahlen müssen. Seitdem sind alle Führungskräfte des Unternehmens aufgefordert, Auffälliges dem Werkschutz zu melden. »Zufällige« Begegnungen, Autos, die hinterherfahren, Beobachter.

Niemand ist sicher in jenen Tagen, im Argentinien des Jahres 1975. Noch wird das Land von Präsidentin Isabel Perón regiert, die nach dem Tode ihres Mannes, des legendären Generals Juan Domingo Perón, die Amtsgeschäfte übernommen hat. Doch Gewalt ist an der Tagesordnung. Die peronistische Bewegung, jene für Europäer schwer verständliche Mischung aus nationalistischen, autoritären und sozialreformerischen Elementen, war schon in den letzten Lebensjahren Peróns tief gespalten. Nach seinem Tod eskalieren die Widersprüche und werden mit Waffengewalt ausgetragen.

Antikommunistische Todesschwadronen, organisiert von rechten Peronisten und Angehörigen der Sicherheitskräfte, geduldet von Polizei und Militär, geduldet auch von Isabel Perón und gefördert von ihrem Wohlfahrtsminister López Rega, machen gezielt Jagd auf Oppositionelle.

Die Linke und die linken Peronisten antworten ihrerseits mit Gewalt. Das ganze Land ist in Bewegung, grundlegende Veränderungen scheinen in greifbare Nähe gerückt. Guerilleros entführen Unternehmer und wollen mit Attentaten, Enteignungsaktionen und Angriffen auf den Repressionsapparat die sozialistische Revolution einläuten.

Die Guerilla-Truppe ERP hat die nordwestliche Provinz Tucumán zum »befreiten Gebiet« erklärt. An den Universitäten und Schulen wird, nach vielen Jahren Diktatur, über Che Guevara und eine gerechte Gesellschaftsordnung diskutiert, und in den Großbetrieben sind revolutionäre Betriebszellen aktiv. Nach Jahrzehnten von Unterdrückung und Ausbeutung wollen die Arbeiter ein größeres Stück vom argentinischen Kuchen haben.

Die Reichen aber wollen den Kuchen nicht teilen. Statt sozialdemokratische Wege zu beschreiten, ziehen sie das Leben in Angst und Schrecken vor. Sie fürchten nicht ihren Machtverlust, denn ihre Macht ist zu keinem Zeitpunkt durch die linken Aktionen wirklich in Frage gestellt. Aber sie fürchten um ihre persönliche Sicherheit. Sie müssen sich einer lästigen Routine unterziehen. Jeden Morgen wählen sie eine neue Route in ihr Büro, um Fallen möglicher Entführer zu entgehen. In ihren Dienstboten und Angestellten sehen sie Tippgeber für Kriminelle und Terroristen.

Ihr Alltag hat sich verändert. Vorbei ist es mit der Leichtigkeit der Habenden, mit den angenehmen Privilegien. Wer hat, der versteckt. Er versteckt seinen Besitz, und er versteckt sich selbst. Seitensprünge, so hieß es neulich im Herrenklub, können zur tödlichen Falle werden, wenn sich die Romanze als Lockvogel der Guerilla entpuppt. Pelze und Schmuck bleiben im Schrank und werden nur für die Europareise ausgepackt, niemand weckt unnötig Begehrlichkeiten. Die Limousine parkt in der Garage, der Hausherr steuert den Zweitwagen der Ehefrau, einen kleinen Fiat, Renault, Peugeot.

Heinrich Metz ist in diesen frühen Morgenstunden des 24. Oktobers schlecht gelaunt aufgestanden, wie so oft in den letzten Wochen. Die Situation im Werk ist gespannt. Seit sechzehn Tagen wird gestreikt. Keine Tarifauseinandersetzung wie im Schwabenland, wo wohlzogene Menschen im Blaumann mit wohlzogenen Menschen im Anzug Argumente austauschen. In González Catán herrscht Krieg, Klassenkrieg.

Die Firma hat 115 Beschäftigten gekündigt, in ihren Augen »Agitatoren«, die die Belegschaft aufwiegeln und die Produktion behindern. Solche Kündigungen sind nach den gerade verabschiedeten Gesetzen legal, meinen seine Leute in der Personalabteilung. Und die Gewerkschaft der Automobilarbeiter SMATA hat diese Kündigungen gebilligt.

Zum Glück steht SMATA der Firma immer bei, wenn es darum geht, Kommunisten oder Linke aus dem Betrieb zu jagen. Dafür werden die Funktionäre von ihrer Basis als »korrupte Arbeiterverschleicher« beschimpft. Die Belegschaft hat geheime Wahlen gefordert. Und eine oppositionelle Liste, die »Gruppe der Neun«, ist von der Personalversammlung zum neuen Betriebsrat ernannt worden.

SMATA kontrolliert die Lage im Werk nicht mehr. Die Kollegen – insgesamt viertausend Beschäftigte – wollen die Kündigungen der Aktivisten nicht hinnehmen und treten in den unbefristeten Streik. Obwohl der peronistische Arbeitsminister den Ausstand als illegal deklariert und die Gewerkschaft mit Ausschlüssen droht, wird die Fabrik belagert, vor dem Werkstor »Volksküchen« organisiert und an der Landstraße Blockaden errichtet. Autofahrer müssen anhalten und für die Streikkasse »spenden«.

In dieser aufgeheizten Situation kann alles passieren, fürchtet an jenem Morgen Heinrich Metz.

Seine Frau ist, wie immer, mit ihm aufgestanden. Sie macht ihm Frühstück und verabschiedet ihn. Sie blickt aus dem fünften Stock hinunter, will sehen, wie er ins Auto steigt und davonfährt. Das beruhigt sie.

Auch an diesem Morgen steht sie hinter der Gardine. Doch heute trifft ein, wovor sie sich gefürchtet hat. Sie beobachtet, wie ihr Mann von zwei Männern und einer Frau gewaltsam in ein weißes Fahrzeug gezwängt wird. Kaum sind die Türen geschlossen, fährt das Auto, gefolgt von einem Pritschenwagen, mit quietschenden Reifen davon.

Heinrich Metz ist vor dem Fahrstuhl von drei bewaffneten Männern überwältigt worden. Gekidnappt.

Frau Metz greift zum Hörer und ruft Kollegen ihres Mannes an. Und die raten zur Ruhe. Aber, so tragen sie ihr auf, sie solle in der Nähe des Telefons bleiben. Die Kidnapper würden sich wahrscheinlich melden.

Zwei Stunden später rufen die Entführer an. Eine weibliche Stimme teilt mit, dass ihr Mann von den Montoneros entführt worden sei und dass sie weitere Instruktionen abwarten soll. Frau Metz wartet ab, geht nicht zur Polizei.

### **Mercedes-Benz wartet nicht ab**

Wenige Stunden nach der Entführung, um 17 Uhr, taucht der Justiziar des Unternehmens bei der Bundespolizei auf. Er weist sich als Rubén Pablo Cuevas aus, verheiratet, 48 Jahre alt, Beschäftigung: Geschäftsführer bei Mercedes-Benz.

Cuevas kann keine zweckdienlichen Angaben über Tathergang und Täter abgeben. Er war ja nicht dabei, hat nichts beobachten können. Aber er glaubt zu wissen, wo nach den Verbrechern zu suchen sei, im eigenen Betrieb, an der Front des Klassenkampfes. Der Bundespolizei gegenüber beschuldigt Cuevas mehrere ehemalige Mitarbeiter der Firma, mit Namen und der Nummer des Personalausweises, sich als linke Agitatoren und »Kommunisten« hervorgetan zu haben und Kontakte zu Montoneros zu unterhalten.

Diese Anschuldigung kann in jenen Tagen das Todesurteil bedeuten.

Cuevas schildert in seiner Aussage, dass am Morgen, um zehn Uhr – da befand sich Produktionschef Metz schon über fünf Stunden in der Gewalt der Guerilleros – fünfzehnhundert Beschäftigte der Fabrik überraschend die Arbeit niedergelegt haben. Sie übergaben dem SMATA-Funktionär eine Liste mit neun Namen: Arbeiter, die soeben als neue Betriebsräte gewählt worden sind.

Cuevas teilt der Polizei die Privatadressen dieser neun linken Betriebsräte mit. Darunter sind Name und Anschrift des jungen Arbeiters »Victor Hugo Ventura, wohnhaft in der Alvarado-Straße 356 in Florencio Varela«.

Hugo Ventura wird nach dem Putsch aus dieser Wohnung verschleppt und von den Militärs ermordet. Er hatte sich bei seinem Arbeitgeber unbeliebt gemacht, weil er sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt hatte. Seine Hinterbliebenen glauben, dass das Leitungspersonal von Mercedes-Benz hinter dem Mord steht. Sie verweisen auf Indizien:

Als die Soldaten im Morgengrauen des 5. Januars 1977 in Florencio Varela auftauchten, überfielen sie das falsche Haus: das Gebäude mit der Nummer 356 – diese Adresse erwähnt Cuevas in seiner Aussage – und nicht das Nebenhaus, in dem Hugo und seine Familie wirklich wohnten. Und sie fragten nach »Victor Hugo«, seine Freunde und Kollegen nannten ihn »Hugo«. Als Victor Hugo, wohnhaft in Alvarado 356, war er in der

Personalabteilung von Mercedes-Benz registriert.

Tatsache ist, dass nach dem Putsch in Argentinien mindestens vierzehn Betriebsräte von Mercedes-Benz »verschwanden«. Sie wurden von Soldaten nachts in ihren Privatwohnungen abgeholt, in Folterzentren transportiert, misshandelt und ermordet. Ihre Leichen tauchten nie mehr auf. Die Verbrechen sind ungesühnt.

Was mit der Cuevas-Aussage im Oktober 75 passiert, ist nicht bekannt. Auffällig ist, dass die Polizei von weiteren Ermittlungen absieht. Die Firma nimmt das Heft in die Hand, um ihren Manager zu retten. Die Aussage landet vermutlich in irgendeiner Ablage, aus der sie erst zehn Jahre später herausgefischt wird. Als Blatt Nummer 2 bis 4 der Ermittlungsakte gegen die mutmaßlichen Kidnapper von Heinrich Metz. Aktenzeichen 959/85.

Über zwanzig Jahre später, im September 1999, erstattet der deutsche Republikanische Anwaltsverein bei der Staatsanwaltschaft in Berlin Strafanzeige gegen den DaimlerChrysler-Konzern und seinen damaligen Werksleiter in Argentinien. Der Verdacht lautet auf Beihilfe zum Mord in mehreren Fällen. Beihilfe zum Mord an ihren Betriebsräten. Die Anzeige stützt sich auf Indizien, die ich in Argentinien recherchiert und einen Monat zuvor im Westdeutschen Rundfunk veröffentlicht habe.

### **Joschka Fischer, der Kosovo-Krieg und Mercedes-Benz**

Eigentlich gab den Anstoß zu der Recherche Joschka Fischer, seines Zeichens ehemaliger Frankfurter Straßenkämpfer und dreißig Jahre später Außenminister der rot-grünen Koalition. Den Anstoß gaben Joschka Fischer, Wein und Fleisch. Genauer gesagt: Ausladende argentinische Rindersteaks und viel Rotwein. Ich saß im Freundeskreis auf einer Terrasse in San Telmo, einem der alten Stadtteile der argentinischen Hauptstadt, mit Blick auf den Hafen und den zäh fließenden, braunen Rio de la Plata.

<ns>Ich lebe seit Ende der achtziger Jahre in Montevideo, auf der anderen Seite des Flusses. Uruguay ist ruhig, klein und grau, was seine Vorteile hat, weil man abends noch spazieren gehen kann, keine Überfälle fürchten muss und die Leute im Allgemeinen nicht ganz so neurotisch sind wie die Porteños, die Bewohner von Buenos Aires.

Wir schreiben Februar 1999. Der beste Monat für Buenos Aires. Es herrscht Hochsommer, da bevölkern die wohlhabenderen Porteños die Badeorte der Atlantikküste oder gehen in Miami shoppen. Das bedeutet: keine Staus, keine Schlangen, keine Hektik. Vor 22 Uhr isst niemand in Buenos Aires. Und essen heißt Asado, gegrilltes Fleisch, in großen Mengen. Und das argentinische Rindfleisch ist nun mal das beste der Welt. In der Pfanne, im Ofen oder beim Asado, auf der Holzkohle. Und »verrückte Kühe« – so nennen die Latinos BSE – hat es auf dem Kontinent noch nie gegeben.

In Deutschland hat gerade die rot-grüne Bundesregierung ihr Amt angetreten, und noch hoffen viele – vielleicht nicht auf Aufbruch zu neuen politischen Ufern oder auf bessere Zeiten, aber zumindest auf frischen Wind. Nach Kohl kann es nur besser werden. Doch die Grünen, durch die Friedensbewegung auf die Regierungssessel gespült, stolpern in den Krieg. Ohne den Auftrag des UN-Sicherheitsrates, gegen das NATO-Statut und

gegen die Buchstaben des deutschen Grundgesetzes bombardiert die NATO Serbien, mit der Begründung, dass nur auf diese Weise im Kosovo die Menschenrechte verteidigt werden können. Und der eitle Joschka Fischer gefällt sich in der Rolle des Staatsmannes, der diesen Krieg mit bedächtigen Worten legitimiert.

Nun hat es für Kriege fast immer nur absurde Begründungen gegeben, aber die Verteidigung der Menschenrechte ist wohl die zynischste. Vor allem, wenn man in Lateinamerika lebt.

In Südamerika haben die USA Länder überfallen, Regierungen aus dem Amt geputscht, Folterknechten und Diktatoren zur Macht verholfen. Deutsche Unternehmen hatten während der Diktaturen glänzende Geschäfte gemacht. Und die wollten nun gemeinsam im Kosovo die Menschenrechte retten?

Jener Februarabend auf der Terrasse endete nicht nur in alkoholisiertem Zustand, sondern auch mit einer Aufforderung an mich, die Journalistin im Kreis: Ich sollte die Komplizenschaft von Wirtschaft und Diktatur an einem konkreten Beispiel recherchieren. Haben die Personalabteilungen nicht die Gunst der Stunde genutzt und sich kritischer Gewerkschafter entledigt? Haben sie nicht – statt sich in Tarifverhandlungen zu ermüden – per Dekret Streiks einfach verbieten lassen? Sanken während der Diktaturen nicht in allen Ländern die Reallöhne? Erlaubten nicht die Militärs ungehinderte Raubzüge gegen die Bevölkerung? Milliarden Auslandsschuld versickerten damals in undurchsichtigen Quellen, für die zum Schluss die Steuerzahler geradestehen müssen. Und wer widersprach oder auch nur fragte, landete im Gefängnis oder wurde ermordet.

Ich wollte dort herumstochern, wo die wirkliche Macht sitzt, nicht ausgemusterten Uniformträgern hinterhersteigen, die ihre Schuldigkeit getan haben und vom internationalen Pressekartell längst zu Bösewichtern erklärt worden sind, die Pinochets, die Videlas und wie sie alle heißen. Diese Gestalten heute anzuklagen und die Amnestiegesetze zu kritisieren, die deren Verbrechen von der Strafverfolgung ausnehmen, ist kaum Ausdruck von Mut oder Moral. Das weit verzweigte Netz der professionellen Menschenrechtsschützer ist dafür zuständig, Spenden können von der Steuer abgesetzt werden, die Industrie gehört zu den gern gesehenen Mäzenen.

Ich suchte eine deutsche Firma. Nach irgendeiner deutschen Firma, die Dreck am Stecken hat.

Mein erster Gedanke: Siemens. Klaus Zieschank, ein deutscher »Verschwundener«, hatte mit der Firma zu tun. Sein Fall ist relativ bekannt, da sich seine Eltern wiederholt an die deutsche Botschaft gewandt und um Mithilfe bei der Befreiung ihres Sohnes gebeten haben. Ohne Erfolg freilich.

Für Siemens sprach auch, dass ihr Hausanwalt José Alfredo Martínez de Hoz hieß. Er hatte das Unternehmen vor der Nationalisierung durch die Perón-Regierung bewahrt und wurde nach dem Militärputsch Wirtschaftsminister und Architekt des neoliberalen Wirtschaftskurses. Und Siemens baute den Generälen zwei Atomkraftwerke – gegen den erklärten Widerstand der USA, die hinter dem Geschäft die Atomwaffen-Gelüste der Diktatoren vermuteten, die sich auf diese Weise in den Besitz von kernwaffenfähigen Material bringen wollten.

Bevor ich die Siemens-Spur aufnahm, erinnerte mich jemand daran, dass im juicio, im großen Prozess gegen die Junta-Kommandanten, der Fall Mercedes-Benz zur Sprache gekommen war. Das hundertprozentige Tochterunternehmen von Daimler Benz hatte in

Argentinien schon immer kräftig im Rüstungsgeschäft mitgemischt, ihr Verkaufsschlager hieß Unimog, ein gepanzertes Kampfgefährt, einsetzbar bei der Aufstandsbekämpfung. Die argentinische Armee war wichtigste Kundin der Firma. Mercedes? Warum nicht.

Das Unternehmen mit Sitz in Untertürkheim gilt als der größte Industriekomplex Europas. Er baut nicht nur Autos, sondern auch Mordgeräte aller Art, kritisieren seit Jahren die »Kritischen Aktionäre«: z.B. die geächteten Landminen und Atomraketen.

Weltweit stehen 463.000 Mitarbeiter auf der Lohnliste von DaimlerChrysler. Besonders das erste Halbjahr 1999, die Monate des Kosovo-Konfliktes, war »sehr erfolgreich«, feiert die Website des Unternehmens, »der Operating Profit konnte um 11 Prozent gesteigert werden«. Was beweist, dass Rüstungsgeschäfte immer noch die besten Geschäfte der Welt sind.

## **Der Militärputsch von 1976**

In Argentinien hatten schon vor dem Militärputsch Todesschwadronen gezielte Jagd auf linke Journalisten, Anwälte und Kritiker aller Art gemacht. Nachdem am 24. März 1976 die Generäle die Macht übernommen hatten, breitete sich die Repression flächendeckend aus.

Der Putsch, beklatscht von ausländischen Unternehmen und Botschaften, wurde von einem bedeutenden Teil der Gesellschaft begrüßt. Vor allem die städtische Mittelschicht hoffte auf ein Ende der Gewalt.

Doch statt weniger Gewalt gab es jeden Tag noch mehr Mord und Totschlag. In den acht Jahren ihrer Gewaltherrschaft ermordeten die Militärs 30.000 Regimegegner. Die Methode war immer gleich: Die Opfer wurden nachts aus ihren Wohnungen verschleppt, in Folterzentren verbracht und ermordet. Ihre Leichen wurden aus Flugzeugen über dem Meer abgeworfen oder irgendwo verscharrt.

Damit hatten die diktaturgewöhnten Argentinier nicht gerechnet. Sie hatten zwar – wie in den Jahren zuvor – ein Eingreifen der Generäle und Verhaftungen einkalkuliert. Doch in den vorigen Diktaturen sollte ein anderes politisches und ökonomisches Projekt durchgesetzt werden als im Jahr 1976.

Als die Generäle 1955 Juan Domingo Perón aus dem Amt putschten, exekutierten sie bekannte Widersacher und bombardierten die Plaza de Mayo. Doch weder die Arbeiterklasse oder die Mittelschicht wurden systematisch verfolgt. Ziel des 55er Staatsstreiches war eine Korrektur des peronistischen Wirtschaftskurses. Die Putschisten ersetzten das Modell der auch von der UN-Wirtschaftskommission CEPAL propagierten Importsubstitution und des Aufbaus einer eigenen nationalen Industrie durch Anreize an das Auslandskapital, in Argentinien zu investieren. Multinationale Konzerne und nicht argentinische Unternehmer errichteten in den folgenden Jahren am Rio de la Plata Produktionsstätten.

Der nächste Staatsstreich – 1966 durch Juan Carlos Onganía – zielte auf verstärkte Einfuhr von ausländischen Fertigprodukten und damit auf den Niedergang der Zollschränken ab. Die Repression traf jetzt zunehmend die Mittelklasse und die Intellektuellen. Doch das Modell der Militärs stieß auf Widerstand, ab 1969 entstanden

Guerillagruppen, Wahlen mussten ausgeschlossen werden, die der linke Peronist Héctor Cámpora überlegen gewann, Perón kehrte aus dem spanischen Exil zurück und übernahm die Präsidentschaft.

Der vorerst letzte Putsch – 1976 durch General Rafael Videla – war um ein vielfaches radikaler und blutiger als der seiner Vorgänger. Argentinien sollte ein Getreide produzierendes Land werden, und die nationalen Reichtümer sollten umverteilt werden. Die Mittelklasse erlitt starke Einbußen, ihr Widerstand musste gebrochen werden. Der Terror gegen Angehörige der Mittelschicht war beabsichtigt, um die Pläne Videlas durchzusetzen. Seine Verbündeten waren die Multis, die fortan ihre Produkte ohne hemmende Zölle nach Argentinien exportieren wollten. Dazu mussten sowohl Teile des nationalen Unternehmertums ruiniert als auch die organisierte Arbeiterbewegung vernichtet werden.

Die meisten Verschwundenen waren Arbeiter. Während der Diktatur waren Streiks und kollektive Tarifverhandlungen verboten, die Gewerkschaften und die gewerkschaftseigenen Krankenkassen wurden von den Militärs zwangsverwaltet. »In den Fabriken arbeiteten Militärs und Personalabteilungen Hand in Hand«, sagt Gewerkschaftsanwalt Héctor Recalde, »wenn ein Betriebsrat störte, weil er sich für die Rechte seiner Kollegen zu nachdrücklich einsetzte, schwärzten ihn seine Vorgesetzten als Terroristen an und lieferten ihn damit den Militärs ans Messer, die die restliche schmutzige Arbeit erledigten.«

»Während ihrer Gewaltherrschaft versechsfachten die Militärs unsere Auslandsschulden«, so der Arbeitsrechtler, »in dieser Zeit ging es mit unserer Industrie rapide bergab. Das ist der Beweis dafür, dass die Rechte der Beschäftigten nichts mit dem Zustand der Wirtschaft zu tun haben. Denn niemals besaßen die Arbeiter weniger Rechte als während der Diktatur.« Die Unternehmen fuhren astronomische Gewinne ein, Streiks waren verboten, wer Lohnerhöhungen forderte und protestierte, galt als »Staatsfeind«. Die Wirtschaft, und an erster Stelle die ausländischen Konzerne, profitierten von der systematischen Verletzung der Menschenrechte – auch wenn sie sich selbst nicht die Hände schmutzig machten.

Nicht wenige Funktionäre des rechtsperonistischen Gewerkschaftsdachverbandes CGT, der während der Diktatur verboten war, hatten mit der Repression gemeinsame Sache gemacht. Juan José Zanola von der Bankgewerkschaft zum Beispiel war 1981 von den Militärs als »Berater« (asesor) der zwangsverwalteten Gewerkschaft eingesetzt worden. Für ihn sind die während der Diktatur verschwundenen Kollegen nicht wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivität ermordet worden, sondern weil sie »Guerilleros« waren. Er selbst, erzählt er, ist nach dem Putsch von den neuen Machhabern vorgeladen und zur »Zusammenarbeit« aufgefordert worden. Dies habe er abgelehnt und sei 72 Stunden festgehalten worden.

Um ihre verschleppten Mitglieder hatte sich die CGT wenig gekümmert, bis heute läuft dort das Thema Menschenrechte unter »ferner liefen«, allenfalls. Bei den Verschwundenen hatte es sich ja meist um linke Aktivisten gehandelt, die innerhalb der Hierarchie gegen die Bürokratie gestänkert hatten und von denen man annahm, dass sie mit den peronistischen Guerilleros »Montoneros« gemeinsame Sache machten. Die Montoneros hatten Funktionäre vom rechten Flügel als »Arbeiterverschleier« erschossen.

Die Funktionäre überlebten nicht nur die Diktatur unbeschadet, sie kontrollieren nach wie vor die Hierarchie der CGT. José Rodríguez zum Beispiel war vor und nach der Diktatur

Generalsekretär der Automobilarbeitergewerkschaft SMATA und hat sich in den letzten dreißig Jahren wie seine Kollegen Armando Cavaliere (Gewerkschaft des Einzelhandels) und Zanola (Banken) der erfolgreichen Vermehrung seines Privatvermögens gewidmet. Sie alle leiten bis heute ihre Verbände, organisiert in der CGT.

SMATA ist die Partnergewerkschaft der deutschen IG Metall, die sich an dieser Vergangenheit bisher nicht gestört hat. Und Zanola – einst Berater der Militärs – ist heute Regionalpräsident der UNI, der neuen Internationalen der Dienstleistungsgewerkschaften, in der die deutsche HBV organisiert ist.

Nachdem Argentinien 1983 wieder demokratisch geworden war, wollte die Regierung von Raúl Alfonsín die Verbrechen der Militärs untersuchen und öffentlich aburteilen. Das bedeutete damals eine wahre Revolution. Nie zuvor hatten sich südamerikanische Generäle für ihre Gewalttaten vor zivilen Richtern verantworten müssen.

Nach dem verlorenen Krieg um die Inselgruppe der Malwinen (Falkland) hatten die Uniformierten Macht verloren, sie konnten die Prozesse nicht verhindern. Im Dezember 1985 sprach Staatsanwalt Julio Strassera in seinem Plädoyer die Worte, die um die Welt gingen: »Nunca más«, nie wieder. Nie wieder sollten auf argentinischem Boden Menschen verschleppt und in geheimen Haftzentren gefoltert und ermordet werden. Die Generäle wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Sie verbüßten nur einen Teil ihrer Strafe. Alfonsíns Nachfolger, der peronistische Präsident Carlos Menem begnadigte sie. Die Ermittlungen gegen ihre Untergebenen wegen der begangenen Menschenrechtsverletzungen waren eingestellt worden. Sie konnten sich auf einen »Befehlsnotstand« berufen, nach dem sie nur Befehle von oben ausgeführt hatten. Die Akten wurden geschlossen. Fortan wurde nicht mehr untersucht, wer gefoltert, wer gemordet hat.

Natürlich wurde auf diese Weise auch unter den Teppich gekehrt, WARUM systematisch gemordet worden war. In der Presse ist die Sprache von »Exzessen«, so als hätten ein paar sadistisch veranlagte Individuen ihre perversen Begierden in den Folterkammern befriedigt. Dass diesen Morden eine Logik innewohnte, dass sie einem System folgten und auf einen Zweck abzielten – all das wurde kaum gefragt.

Und es bleibt im Dunkeln, ob die Militärs zivile Verbündete, Auftraggeber in der Wirtschaft hatten, die die Fäden gezogen haben, um in Argentinien ein für sie vorteilhaftes Wirtschaftssystem durchzusetzen.

Kein Staatsanwalt hat in Argentinien jemals untersucht, ob und inwieweit Mercedes-Benz am Verschwindenlassen seiner Betriebsräte beteiligt war. Dieser Verdacht ist während des öffentlichen Prozesses gegen die Junta-Kommandanten gerichtsbekannt geworden. Diesem Verdacht hätte nach dem großen juicio nachgegangen werden müssen. Doch in diesem Moment kamen die Amnestiegesetze.

Journalistische Recherchen können keine Ermittlungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft ersetzen. Journalisten besitzen keine Zwangsmittel, können Zeugen nicht zur Aussage zwingen, keine Büros durchsuchen, keine Unterlagen beschlagnahmen. Sie hören sich das an, was die Leute freiwillig erzählen. Aber die Leute erzählen nur das, an was sie sich erinnern möchten. Und sie schildern ihre eigene Rolle so, wie sie sich gerne selbst sehen: Auch wenn diese Rolle nichts mit der geschichtlichen Wahrheit zu tun hat, am Schluss glauben sie selbst dran.



## Staatsanwalt Strassera

Wo anfangen mit der Recherche? Ich besaß nur den Hinweis, dass der Fall Mercedes-Benz im juicio erwähnt worden sei. Ich versuchte, mir die Gerichtsprotokolle zu besorgen – ein unmögliches Unterfangen. Diese Protokolle – so erfuhr ich im Gericht – sind nicht geordnet, ein Teil bereits verschwunden oder verschlampt, und um sie einzusehen, muss man einen Antrag stellen, wobei die Justizangestellten selbst nicht wissen, wo und an wen dieser Antrag zu richten ist.

Ich wollte diesen Zeit raubenden Weg nicht beschreiten, schaute zuerst einmal in den in den achtziger Jahren veröffentlichten Bericht der Regierungskommission CONADEP, der Nationalen Kommission zur Untersuchung des Verschwindenlassens von Personen, die die erste Zivilregierung von Raúl Alfonsín ins Leben gerufen hatte, um die Verbrechen der Militärdiktatur zu untersuchen und die Schuldigen vor Gericht zu stellen. Darin heißt es, dass die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung das erklärte Ziel der Generäle gewesen ist, die Mehrzahl der Opfer seien Arbeiter gewesen.

Aus allen Betrieben wurden unbequeme Gewerkschafter systematisch vertrieben. Der Bericht der CONADEP beschreibt dies anschaulich am Beispiel des Automobilbauers Ford:

Dort zitierte kurz nach dem Putsch der Personalchef den Betriebsrat zu sich und teilte mit, dass es fortan im Werk keinen Betriebsrat mehr gebe. Er verabschiedete ihn mit einem Scherz: »Grüßt meinen Freund Camps.« Die (gerade abgesetzten) Betriebsräte wussten zu diesem Zeitpunkt nicht, wer »Camps« war. Kurze Zeit später machten sie mit seinem Namen Bekanntschaft: Ramón Camps, Polizeichef von Buenos Aires, ein berüchtigter Folterer.

Einen Tag nach dem Militärputsch, am 24. März 1976, begannen bei Ford die Verhaftungen. Jeden Tag wurden zwei, drei Gewerkschafter verschleppt. Das geschah, so erzählt mir der frühere Betriebsrat Pedro Troiani, »normalerweise am Werkstor: Der Werkschutz kontrollierte, wer rein- und rausging, und teilte die Namen den Militärs mit, die daneben standen. Die Soldaten packten die Leute und warfen sie auf Lastwagen. Firmenwagen von Ford. Der Betriebsrat wurde täglich kleiner, Kollegen verschwanden, und niemand wusste, was mit ihnen geschehen war.«

Die meisten Betriebsräte gehörten der rechtsperonistischen Gewerkschaft SMATA an. Sie grenzten sich offen von linken Aktivisten ab, die versuchten, im Werk Fuß zu fassen. Als ein Manager von Guerilleros erschossen wurde, organisierten sie Beileidsbekundungen und forderten ein hartes Durchgreifen gegen die Subversion.

Trotzdem waren die rechten SMATA-Funktionäre der Werksleitung ein Dorn im Auge – nach der Logik: besser gar keine Gewerkschafter im Werk als rechte Gewerkschafter. Auch SMATA, erinnert sich Troiani, setzte sich für Gesundheitsschutz, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne ein.

Die Militärs konnten sich auf dem Werksgelände frei bewegen. Ein Schuppen auf dem Werksgelände war in ein Internierungslager umfunktioniert worden. Praktisch der gesamte Betriebsrat von Ford landete zunächst in Polizeihaft und dann in der Kaserne

Campo de Mayo. Im Gegensatz zu Mercedes-Benz überlebten die Gewerkschafter von Ford, nach einem Jahr wurden sie kommentarlos auf freien Fuß gesetzt. Später verklagten sie erfolgreich die Firma auf Nachzahlung der entgangenen Löhne.

Der Fall Ford ist dank des Regierungsberichtes »Nunca Más« und dank der späteren Zivilprozesse gut dokumentiert. Mercedes-Benz wird mit keinem Wort erwähnt. So komme ich nicht weiter.

Ich verabrede mich mit Julio Strassera. Er hat im Prozess gegen die Junta-Kommandanten die Anklage vertreten und muss sich an die Zeugenaussage gegen Mercedes erinnern, hoffe ich. Strassera, einst Mitglied der liberalen »Radikalen Bürgerunion« (UCR) von Raúl Alfonsín, dem ersten zivilen Staatspräsidenten nach der Diktatur, ist aus dem Staatsdienst ausgetreten, aus Protest gegen die Begnadigung der verurteilten Kommandanten.

Seitdem unterhält er in Buenos Aires ein kleines Anwaltsbüro, doch die Kraft, mit der er im juicio Beweise zusammengetragen und vor Gericht ausgebreitet hat, ist ihm vergangen, verrät sein Händedruck. Die Amnestie für die Folterer und Mörder hat sein Lebenswerk zerstört. Wie soll danach ein Staatsanwalt mit gutem Gewissen Diebe und Betrüger ins Gefängnis schicken, während die vom Staat gedungenen Mörder frei herumlaufen?

Natürlich empfängt mich Strassera, wir kennen uns von früher. Nach dem üblichen Smalltalk komme ich zur Sache. Mercedes-Benz? Ja, er erinnert sich sofort. Aber ich bekomme eine Antwort zu hören, mit der ich nicht gerechnet habe. Bei Mercedes habe es einen mutigen Werksleiter gegeben, der einem Arbeiter das Leben gerettet habe, indem er sich seiner Verschleppung im Betrieb widersetzt hatte. Er erinnert sich an den Namen des Arbeiters: Héctor Anibal Ratto.

Strassera kopiert mir Auszüge aus dem mehrbändigen Gerichtsurteil gegen die Kommandanten, die Seiten, auf denen es um die Ermordung der Mercedes-Betriebsräte ging. Ratto hatte diese Kollegen im Folterzentrum Campo de Mayo gesehen, er hatte überlebt, seine Kollegen sind verschwunden. Ratto war sein Zeuge der Anklage. Das Gericht hatte seine Aussage als glaubwürdig betrachtet und unter anderem auf sie die Verurteilung der Kommandanten gestützt.

Doch mehr war aus Strassera nicht herauszubekommen, weitere Unterlagen hatte er keine mehr, wollte mit dem Thema nicht weiter belästigt werden.

Ich besorge mir in einer Bibliothek das Diario del juicio, eine Zeitschrift über den Prozess. Dort finde ich einen winzigen Artikel über Rattos Aussage und die seiner Kollegen, sowie ein ganzseitiges Interview mit Mercedes-Werksleiter Juan Tasselkraut, der in den achtziger Jahren, während in Argentinien der juicio stattfand, bei Daimler-Benz in Barcelona tätig war. Dort wurde er von einem Korrespondenten des Diario del juicio aufgesucht und konnte unwidersprochen – da der Korrespondent offensichtlich die Zeugenaussagen in Buenos Aires nicht kannte – seine eigene Version der damaligen Geschehnisse ausbreiten.

In diesem Interview ließ Tasselkraut keinen Zweifel daran, wie wichtig die Machtergreifung der Militärs gewesen sei, um dem Land wieder Ruhe und Ordnung zu bescheren. Leider habe es, so bedauerte er, »Exzesse« gegeben.

Nach Tasselkrauts Darstellung (»Ich bin kein Held«) seien im August 1977, nachdem schon in den Wochen zuvor wiederholt Arbeiter verschwunden, das heißt, vom

Arbeitsplatz ferngeblieben waren, zwei Polizisten in Zivilkleidung im Werk aufgetaucht, um den Arbeiter Héctor Ratto festzunehmen. Da sie sich aber nicht genügend ausweisen konnten, habe er darauf bestanden, dass uniformierte Armee-Angehörige erschienen und ihren Dienstausweis vorlegten. Dies sei geschehen, und am Abend sei Ratto von einem Armeelaster abtransportiert worden. Er habe mit seinem Verhalten, so lobt sich Tasselkraut selbst, dem Mann das Leben gerettet.

Mich interessiert zunächst, wie der angeblich von Tasselkraut Gerettete, Héctor Ratto, die Ereignisse schildert. Doch wie an ihn herankommen? »Rattos« gibt es im Telefonbuch unzählige, aber keinen Héctor Anibal. Und wenn der Mann überhaupt einen Anschluss besitzt, wird der wahrscheinlich nicht unter seinem Namen verzeichnet sein, denn Änderungen kosten viel Geld. Ein Einwohnermeldeamt gibt es in Argentinien nicht.

## **Die Automobilarbeitergewerkschaft SMATA**

Ich hatte am Anfang meiner Recherche nur eine vage Vorstellung von SMATA, der argentinischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft. Naiv rufe ich im zuständigen SMATA-Büro im Vorort La Matanza an und lasse mich mit dem für Mercedes zuständigen Sekretär verbinden.

Natürlich, er habe von verschwundenen Betriebsräten gehört, erklärt man mir am anderen Ende der Strippe, aber er arbeite erst seit 1978 im Werk und habe die Geschehnisse nicht selbst miterlebt.

Aha, seit 1978? Da waren bei Mercedes gerade etliche Arbeitsplätze »frei geworden«. Die Zeiten seien »sehr kompliziert« gewesen, erwidert der SMATA-Mann, und was die bei Mercedes verschwundenen Betriebsräte angehe, da möge ich mich bitte an die Werksleitung wenden. Die verfüge über alle Dokumente und Informationen. An die Werksleitung? Ob die nicht etwas mit dem Verschwindenlassen ihrer Betriebsaktivisten zu tun gehabt hätten? Schweigen am anderen Ende der Strippe. Ich verabschiede mich höflich, an die Firma will ich mich zu diesem Zeitpunkt noch nicht wenden.

Wahrscheinlich bin ich in La Matanza auf einen verschlafenen Provinz-Sekretär gestoßen, glaube ich und fahre in die Gewerkschaftszentrale in der Belgrano-Straße, gleich neben der linken Tageszeitung Página 12.

Der Sitz von SMATA ist, wie viele Gewerkschaftshäuser, ein Denkmal rechtsperonistischer Gewerkschaftsbürokratie, überall Verbotsschilder und Zettel, wer in welchem Stockwerk für was zuständig ist, für die Krankenkasse, für die Ferienwohnungen und für die Beitragszahlungen. Unten, in der großzügigen Eingangshalle, gleich vor dem Lift, hängt eine riesige Gedenktafel: In Angedenken an den Kollegen und Gewerkschaftssekretär Dirk Henry Kloosterman. Er war am 22. Mai 1973 in Mar del Plata von einer linksperonistischen Guerillatruppe erschossen worden, »von Subversiven feige ermordet«, so die Tafel.

Der langjährige Peugeot-Arbeiter Kloosterman hatte SMATA seit 1968 auf rechten Kurs gebracht. Er hatte die Gewerkschaft gegen die Kandidatur des als »links« geltenden Peronisten Héctor Cámpora bei den Präsidentschaftswahlen 1972 mobilisiert.

Ich fahre in den dritten Stock, Abteilung prensa, Presse. Wo ich die Kommission für

Menschenrechte finde? Die gibt es hier nicht, wird geantwortet. Bei vielen anderen Gewerkschaften gebe es aber so eine Kommission, erwidere ich. Das sei sinnvoll, um über Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen fundamentale Arbeitnehmerrechte zu informieren und die Mitglieder in Entschädigungsfragen zu beraten.

Der Pressesekretär ist im Urlaub, sein Vertreter schüttelt mir die Hand. Wieso Menschenrechte? In Argentinien seien die Peronisten, zu diesem Zeitpunkt Carlos Menem, an der Regierung, es werden keine Menschenrechte verletzt. Nein, ich mache einen Rückzieher, bloß nicht an Präsident Menem zweifeln. Ich meine die Zeit von 1976 bis 83, konkret den Fall der verschwundenen Betriebsräte von Mercedes-Benz. Der Fall müsse der Gewerkschaft der Automobilarbeiter bekannt sein.

Ich ernte Stirnrunzeln. In Argentinien seien damals in allen Gesellschaftsschichten Menschen verschwunden, weil sie Subversive waren. Ich möge mich an die »Madres de Plaza de Mayo« wenden, die Organisation der Angehörigen der Verschwundenen, die noch immer jeden Donnerstag auf dem Maiplatz vor dem Regierungspalast demonstrieren und Aufklärung über das Schicksal ihrer verschwundenen Verwandten fordern. Die Madres hätten bestimmt Material. Bei der Gewerkschaft sei ich falsch.

Ich bleibe hart: Unten in der Halle habe ich die Gedenktafel für den ermordeten Kollegen Kloostermann gesehen, wie gut, dass man seine Person nicht in Vergessenheit geraten lässt. Aber ich vermisse die Gedenktafel für die von den Militärs ermordeten Gewerkschaftern. Der Funktionär erhebt sich, mit gerunzelter Stirn. In Argentinien sei niemand wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten verfolgt worden, nur Terroristen. Das Gespräch ist beendet. Sackgasse.

Im Laufe meiner Recherchen werde ich klüger, welche Rolle SMATA bei der Repression gespielt hat.

Rückblick: Noch bis Anfang der siebziger Jahre galt das Mercedeswerk in González Catán als SMATA-Bastion. Doch oppositionelle Gewerkschafter stellten ihre Macht zunehmend in Frage. 1975 kam der Bruch, als die »Gruppe der Neun« um die linken Betriebsaktivisten Estéban Reimer und Juan Martín mit überwältigender Mehrheit von der Belegschaft gewählt wurde, nicht weil sie Linke waren, sondern weil sie die Interessen ihrer Kollegen ehrlich vertraten. Die SMATA-Funktionäre José Rodríguez und »Turco« Amin galten als Arbeiterverschleier.

SMATA hatte nicht nur die Kündigung der 115 Arbeiter im Oktober 1975 gebilligt und den folgenden 24-tägigen Streik für illegal erklärt. Die Mitglieder der »Gruppe der Neun« und ihre Vertrauten waren aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. Wie aus der Ermittlungsakte Metz hervorgeht, gaben SMATA-Leute vertrauliche Informationen und Namen von »linken Störern« an die Werksleitung weiter. Diese »linken Störer« bedrohten die Macht der korrupten Gewerkschaft, und ihre unnachsichtigen Forderungen waren den Arbeitgebern lästig.

Mir wird ein Dokument mit Datum vom 4. November zugespielt, das die Unterschrift von SMATA-Generalsekretär José Rodríguez und den Eingangsstempel des Justizministeriums vom 14. November 1975 trägt.

Am 4. November befand sich Heinrich Metz seit fast zwei Wochen in der Gewalt der Montoneros, und die Firmenleitung verhandelte mit seinen Kidnappern. Sie war bereit, alle Bedingungen zu erfüllen und ein Lösegeld zu zahlen, um ihren Manager frei zu

bekommen. Das war nach argentinischen Gesetzen verboten, um zu verhindern, dass Guerilleros dank üppiger Finanzen ihre Schlagkraft erhöhten. Vor allem aber war sie bereit, die Gruppe der Neun und nicht den SMATA-Betriebsrat als legitime Tarifpartner anzuerkennen.

José Rodríguez höchstpersönlich beantragt in dem an den Justizminister gerichteten Schreiben, Mercedes-Benz unter Zwangsverwaltung zu stellen. Zitat: »Während die argentinischen Arbeiter ihre legitimen Ansprüche zurückstellen und unsere Soldaten, Söhne dieses Volkes, sich opfern im täglichen Kampf gegen die Subversion, missbraucht ein ausländisches Unternehmen die Großzügigkeit unserer Gesetze und erlaubt sich den Luxus, unsere Institutionen zu verhöhnen, mit dem mörderischen Verbrechen zu paktieren und unsere Regierung zu verspotten. Wir sprechen von Mercedes-Benz Argentinien, die zur Lösung des Konflikts, hervorgerufen durch die Agenten des Chaos und der Subversion, und unter dem Vorwand der realen oder angeblichen Entführung des Produktionschefs Heinrich Metz, mit einer illegalen linksextremen Guerillaorganisation verhandelt.«

Die Firmenleitung, so heißt es in dem Antrag weiter, habe ihr Angebot für die Freilassung ihres Managers in einer Zeitungsanzeige vor wenigen Tagen veröffentlicht, »hinter dem Rücken der Gewerkschaft und hinter dem Rücken der Regierung. Dazu gehört auch die Entscheidung der Firmenleitung, kollektiv mit einem Betriebsrat zu verhandeln, der nicht zur Gewerkschaft gehört und von der Subversion adoptiert wurde.«

Es folgen auf vier Seiten Anschuldigungen gegen das Unternehmen, mit Terroristen zu verhandeln und gegen die linken Aktivisten, die im Betrieb gegen SMATA agitieren. In einem Atemzug werden die eigenen Verdienste um das Wohl der Arbeiterklasse gelobt, wie viele Probleme beim Umweltschutz gelöst und wie viele Lohnerhöhungen von SMATA durchgesetzt wurden. Dieses Engagement werde durch die Subversion unterminiert, die auf Sabotage und Arbeitsplatzvernichtung setze.

Der Streik vom Oktober 75 habe »keine Ziele« verfolgt, sondern sei von professionellen Agitatoren angeheizt worden, die Kollegen für terroristische Zwecke missbraucht worden. Dass die Anführer des Streiks mit den Metz-Entführern unter einer Decke steckten, beweise die Tatsache, dass eine der Forderungen für die Freilassung des Managers die Rücknahme der Kündigungen war. Dafür waren zuvor viertausend Arbeiter in den Ausstand getreten.

Im Justizministerium wird der Antrag entgegengenommen, am 14. November mit einem Eingangsstempel versehen und kommentarlos am 29. Dezember 75 mit einem Ausgangsstempel abgehakt. Heinrich Metz war gerade von den Montoneros auf freien Fuß gesetzt worden, die Angelegenheit hatte sich von selbst erledigt.

Drei Monate später ergriffen die Militärs die Macht und vernichteten die linke Arbeiterbewegung. Bei Mercedes-Benz wurden mindestens 14 Aktivisten ermordet, die sowohl der Werksleitung als auch der rechten Gewerkschaft ein Dorn im Auge waren. SMATA nahm, ungestört von einer linken Opposition, in González Catán wieder das Heft in die Hand, Leuten wie José Rodríguez wurde unter der Diktatur kein Haar gekrümmt, im Gegensatz zu vielen anderen rechtsperonistischen Gewerkschaftern, wurde er nicht inhaftiert.

Nur zwischen 1984 und 86, als Argentinien demokratisch geworden war und freie Wahlen auch in den Unternehmen stattfanden, gewann zum ersten Mal eine Mannschaft, die nicht SMATA-hörig war, Sozialdemokraten, Trotzlisten und freischwebende Linke,

bis sie nach zwei Jahren wieder überstimmt wurden. Seitdem ist das Mercedes-Werk fest in der Hand von SMATA, die letzten zehn Jahre ohne Wahlen. Aber niemand stört sich dran, niemand kritisiert, niemand traut sich, eine alternative Liste aufzustellen, die Angst steckt den Kollegen in den Gliedern.

Die Funktionäre haben aber ihre Basis verloren, niemand vertraut ihnen. Die meisten Arbeiter sind zwar noch bei ihnen organisiert, weil sie auf diese Weise versichert sind und ein Anrecht auf gewerkschaftseigene Ferienwohnungen haben. Dafür werden ihnen monatlich 22 Prozent vom Lohn abgezogen und an SMATA überwiesen: elf Prozent für die Rente, drei Prozent für die Krankenversicherung, weitere drei Prozent für den Gewerkschaftsapparat und fünf Prozent für Krankenhäuser. Langjährige Mitglieder zahlen für letztere statt fünf nur drei Prozent.

Die Belegschaft musste Mitte der neunziger Jahre eine Lohnkürzung hinnehmen. Verdienten in den siebziger Jahren Mercedes-Beschäftigte überdurchschnittlich gut, kommt heute ein lang gedienter Bediensteter gerade auf 1.000 Pesos netto (2.200 DM), wer neu eingestellt wird, auf sehr viel weniger. Die Schicht besteht aus acht Stunden und 45 Minuten täglich, 190 Stunden im Monat.

Heute werden in González Catán Sprinter-Transporter statt mit 4.000 nur noch mit 1.200 Arbeitern hergestellt, bzw. zusammengesraubt. Denn viele Teile werden aus dem Billigland Brasilien oder von Subunternehmern geliefert. Widerstand gegen diese Entwicklung hat es nicht gegeben, SMATA hat für die Bedürfnisse der Unternehmen immer Verständnis gezeigt.

## **Bei der Menschenrechtsorganisation CELS**

Nächster Schritt. Menschenrechtsgruppen – und von ihnen gibt es viele in Argentinien. Ihre Mitglieder stammen meist aus der städtischen Mittelschicht, Beamte, Lehrer, Rechtsanwälte und Psychologen. Die Arbeiter wohnen weit draußen vor den Toren von Buenos Aires. Sie haben kein Auto und brauchen mit dem Omnibus zwei Stunden bis in die Stadt. Damals, als ihre Männer verschleppt wurden, baten nur wenige von ihnen Menschenrechtsgruppen, Botschaften und Zeitungsredaktionen um Hilfe.

Ich klinge bei CELS, dem Zentrum für Juristische und Soziale Studien, einem Forschungs- und Beratungszentrum, das wegen seines Archivs berühmt ist, besser gesagt: berühmt war.

Ja natürlich, sie erinnert sich an den Fall Mercedes, vage zumindest. Die Familienangehörigen der Verschwundenen hatten in den Tagen des großen juicio das CELS um Unterstützung gebeten. Irgendwo müssen die Unterlagen liegen. Ich frohlocke. Unterlagen!

Aber wo nach den Papieren suchen? Das Archiv des CELS ähnelt einer Müllhalde, Säcke, voll gestopft mit Heftern und Karteikarten. Computer gab es Mitte der achtziger Jahre noch nicht, entschuldigt Cristina, und niemand hätte die Zeit gefunden, das Material zu sortieren. Es herrsche chronische Finanzknappheit, die Mitarbeiter haben ein oder zwei Nebenjobs, und heute widme man sich auch anderen Rechtsproblemen: In den Armenvierteln werden männliche Jugendliche von der Polizei ohne Grund als

»Kriminelle« verdächtigt und einfach erschossen. Und man erteile kostenlose Rechtsberatung.

Doch vernichtet nicht das CELS einen Teil der Geschichte, frage ich Cristina bei meinem dritten Besuch, wenn es zulässt, dass seine Akten von Ratten gefressen werden? In der Zeitung habe ich eine Presseerklärung von CELS gelesen. Sie rügt, dass die Regierung Akten aus der Zeit der Diktatur in den Schredder stecken will.

Cristina nickt, sie leidet ja jeden Tag darunter. Das Hauptproblem sei, antwortet sie, dass die Amnestiegesetze eine Aufarbeitung des Materials und der Geschichte verhindert hätten. Die Luft sei raus, nachdem die Schuldigen straffrei ausgehen, auch wenn noch so viel Beweismaterial vorliegt.

An dem »Gesetz über den Geschuldeten Gehorsam« und dem »Schlusspunktgesetz« sind die Hinterbliebenen der Verschwundenen fast zerbrochen. Man hat sie nicht nur mit ihrem Schmerz alleine gelassen, der Staat hat sich durch diese Gesetze nicht auf die Seite der Opfer, sondern de facto auf die der Mörder gestellt. Solidarität und Mitleid wurden verweigert, und die Gesellschaft hat es hingenommen.

Niemand rechnet mit Folterern auf eigene Faust ab, von einem Attentat auf einen Militärarzt abgesehen. Doch es gibt eine soziale Strafe, und je mehr Zeit vergeht, desto schlechter sieht es für die früheren Machthaber und ihre Handlanger aus.

Das Thema Menschenrechte kommt regelmäßig in der Presse hoch, zum Beispiel, wenn ein Folterer auf der Straße von einem Bürger erkannt und verprügelt wird. Einfach so. Bei ihren donnerstäglichen Demonstrationen vor dem Regierungssitz werden die Maipplatz-Mütter zwar nicht von Menschenmengen begleitet, aber sie werden auch nicht mehr – wie früher mitunter – als »Verrückte« beschimpft.

Auch juristisch hat sich das Blatt gegen die Uniformierten gewendet. Noch sind die beiden Amnestiegesetze in Kraft, die die Politiker für den Übergang zur Demokratie für notwendig erachtet hatten. Aber das ist fast zwanzig Jahre her, heute hat sich das Machtgefüge verschoben, die Militärs können ohne diese Gesetze in Schach gehalten werden. Und einige dieser Folterern sind doch vor einem argentinischen Kadi gelandet.

So hatte für Kindesentführung die Straffreiheit nie gegolten. Militärs, die aus den Folterzentren den inhaftierten Müttern ihre Neugeborenen wegnahmen und zur Adoption freigaben oder sich selbst aneigneten, werden verfolgt und verurteilt. Die früheren Junta-Kommandanten stehen deshalb unter Anklage. Mit Rücksicht auf ihr Alter dürfen sie den Arrest zu Hause verbringen.

Sie werden wohl kaum hinter schwedischen Gardinen landen. Aber zumindest werden sie am Ende ihres Leben nicht die Früchte ihres Terrors genießen können. Auch zivilrechtliche Ansprüche werden geltend gemacht, Ex-Admiral Massera wurde zur Schadensersatzzahlung wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Das tat dem Herrn sicher mehr weh als die halbherzigen Strafverfahren, die – wegen Verjährung, Amnestie oder Gesundheit – zu keinem befriedigenden Ergebnis führen.

Ins Ausland können sie nicht mehr fahren, seitdem spanische und italienische Richter gegen über hundert argentinische Offiziere internationale Haftbefehle erwirkt haben. Auch in Deutschland ist eine Anzeige wegen Völkermordes gegen sie anhängig.

Cristina will mich loswerden. Aber ich verlasse das CELS nicht ohne die Protokolle, gebe ich zu verstehen. Und bei der letzten Suchaktion tauchen die Papiere auf: das Protokoll

der Zeugenaussage von Héctor Ratto im juicio samt der Aussagen der Hinterbliebenen seiner ermordeten Kollegen.

Der frühere Betriebsrat Ratto war am 27. Mai 1985 als Zeuge der Anklage geladen worden und berichtete den Richtern über die Umstände seiner Verhaftung: Am 12. August wollten ihn in Zivil gekleidete Polizisten am Werkstor von Mercedes-Benz verhaften, zu diesem Zeitpunkt waren mehrere Kollegen verschleppt worden. Seitdem fehlte von ihnen jede Spur.

Doch die Polizisten begingen einen Fehler, sie nahmen am Werkseingang nicht HECTOR Ratto gefangen sondern Juan José Ratto. In einem Sicherheitsbüro auf dem Werksgelände stülpten sie ihm eine Kapuze über den Kopf und fesselten ihn, bis sie ihren Irrtum erkannten. Aber da war HECTOR Ratto schon in der Fabrik.

Der Werkschutz wollte ihn aus dem Betrieb locken und teilte ihm mit, dass seine Frau angerufen habe und dass in seiner Wohnung ein Unfall passiert sei. Doch Ratto war gerade erst von zu Hause weg, ein Anruf seiner Frau war unwahrscheinlich. Es hätte ein handvermitteltes Ferngespräch sein müssen, auf das man stundenlang warten musste.

Die Nacht vorher, so Ratto vor Gericht, war sein Kollege Del Connte verschleppt worden, zu dem er ein gutes Verhältnis hatte. Er fürchtete, dass nun er an der Reihe war. Er erklärte, dass man ihn am Tor abfangen wollte und dass er deshalb das Werk nicht verlassen werde. Kollegen fuhren in seine Wohnung und erzählten hinterher, dass dort alles in Ordnung war.

Dann bat ihn Juan Tasselkraut, Leiter der Produktion, in sein Büro, in dem zwei Polizisten in Zivil auf ihn warteten. Sie wollten ihn mitnehmen.

Héctor Ratto erklärt bei seiner konsularischen Vernehmung in der Deutschen Botschaft: »Herr Tasselkraut hat für mich die Genehmigung, mit der ich das Werk verlassen sollte, ausgestellt. Nachdem ich nicht Folge geleistet habe, ist ein Vorarbeiter gekommen und hat mir gesagt, ich würde gegen die Vorschriften handeln, da ich die Genehmigung bereits ausgestellt bekommen hatte, um das Werk zu verlassen. Im Büro von Herrn Tasselkraut hat dieser dann gesagt, es seien Leute in Zivil gekommen und er würde nicht zulassen, dass mich Leute in Zivil und nicht in Uniform abholten. Dort hat er in meiner Gegenwart den Personen in Zivil, die sich im Raum befanden, die Adresse von Diego Núñez gegeben.«

Am Abend kam ein Lastwagen des Heeres und nahm Ratto mit. Er landete zunächst im Polizeirevier und wurde von dort in die Kaserne Campo de Mayo verbracht. Dort traf er mehrere Kollegen aus dem Betriebsrat wieder, darunter Diego Núñez, der wenige Stunden nach Rattos Festnahme verhaftet worden war, nachts, zu Hause. Er tauchte nie wieder auf. Seine Leiche wurde nie gefunden.

Vor Gericht wurde diese Darstellung von mehreren Zeugen bestätigt: von seiner Frau, von Juan José Ratto, seinem irrtümlich festgenommenen Namensvetter, und von Kollegen, die das Geschehen beobachtet hatten.

Die Presse hatte über die Aussagen berichtet, Mercedes-Benz diese Darstellung nicht dementiert.

Staatsanwalt Strassera hatte die Firma um Mitarbeit bei den Ermittlungen gebeten. Er hätte gerne Produktionschef Tasselkraut geladen. Aber Tasselkraut war aus der Schusslinie gezogen worden, er sei bei Mercedes in Barcelona und plane, so teilte das



Unternehmen Strassera lakonisch mit, keine Reise nach Buenos Aires.

Die Umstände von Rattos Festnahme im Werk schilderte das Unternehmen Strassera schriftlich so: »Am 12. August 1977 teilten mehrere Personen in Zivil unserem Werkschutz mit, dass sie Herrn Ratto verhaften wollten. Angesichts der zweifelhaften Identifikation dieser Personen verweigerte die Firma ihnen den Zugang.«

Dies entspricht nicht der Wahrheit. Die Personen wurden eingelassen, der Werkschutz versuchte Ratto mit Lügen aus dem Betrieb zu locken, und am Abend wurde der Betriebsrat von Soldaten abgeführt, ohne dass die Firma dagegen protestiert hätte.

Staatsanwalt Strassera behandelte die Verschwundenen von Mercedes-Benz als einen Komplex und lud auch die Hinterbliebenen der anderen Betriebsräte vor.

Die Aussagen gegen Mercedes-Benz im juicio hatten für die Firma keine negativen Konsequenzen. Dem Verdacht, dass das deutsche Unternehmen Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen geleistet habe, wurde nicht nachgegangen. Inzwischen waren die Amnestiegesetze verabschiedet, die Akten geschlossen.

## **Die Angehörigen der Opfer**

Nun habe ich die erste heiße Spur, Namen von verschwundenen Mercedes-Betriebsräten. Im Protokoll stehen die Adressen ihrer Angehörigen, allerdings stammen sie aus dem Jahr 1985, dem Jahr des juicio. Ich beginne meine Recherche 1999. Trotzdem mache ich mich auf die Suche.

*Alberto Gigena, verschwunden am 13. August 1977*

Diesmal habe ich im Telefonbuch Glück, ich lande bei Familienangehörigen. Sie wollen aber nicht reden. Warum nicht? »Weil es keine Gerechtigkeit gibt.« Weil die Mörder Albertos noch frei herumlaufen, zum Teil in der Armee Karriere gemacht haben. Und warum ich nach vielen Jahren in dem Thema herumstochere? Sie hätten damals genug gelitten und nun käme ich daher. Ich sei schuld, dass sie noch einmal leiden. Auch die Kinder wollen nicht reden. Sie wollen mit dem Thema nichts zu tun haben, wie so viele Kinder der Verschwundenen. Warum musste sich unser Vater in diesen Kreisen bewegen, fragen sie insgeheim, war ihm seine politische Überzeugung wichtiger als seine Kinder? Bewusst oder unbewusst werfen sie ihm vor, dass er sie verlassen hat.

*Héctor Belmonte, verschwunden am 13. August 1977*

Alle Belmontes anzurufen wäre kaum zu schaffen. Die Hinterbliebenen von Héctor Belmonte hatten bei ihrer Zeugenaussage eine Adresse im Arbeitervorort San Justo angegeben. Das ist nicht mehr Hauptstadt, sondern schon Provinz Buenos Aires. Provinz heißt: alle Stadtteile jenseits des Autobahnringes »General Paz«.

Im Gegensatz zu Rio de Janeiro, wo Bitterarm und Stinkreich oft nur einen Steinwurf voneinander entfernt wohnen, sind in der argentinischen Hauptstadt die Klassen klarer getrennt. Der Norden ist reich, San Isidro, Martínez, Olivos. Die Züge in diese Nobelviertel sind sauber, pünktlich und leise. Und an jeder Haltestelle eine Einkaufszentrum. Im Süden wohnen die Arbeitslosen, die ganz Armen, viele in Hütten aus Wellblech und Pappe, die meisten Slums sind Monoblocks, heruntergekommene kahle Wohnanlagen, mit Fenstern wie Schießscharten. Im Westen wohnen Arbeiter und kleine Angestellte, in San Justo, La Matanza, Ciudad Evita. Monoblocks waren eine billige und schnelle Art, Wohnraum zu schaffen.

Während in der Hauptstadt ein Auto nur lästig ist, braucht man in der Provinz einen fahrbaren Untersatz. Ich suche nach der Adresse, unter der vor 14 Jahren die Belmontes gelebt haben. Überraschung: Dort steht heute ein Verwaltungsgebäude. Fehlanzeige.

*Diego Núñez, verschwunden am 13. August 1977*

Vater von drei Töchtern. Seine Familie wohnte in den achtziger Jahren in Ciudad Evita, Calle 113, einem armen Stadtteil, einst von Juan Perón für die Zuwanderer aus dem Landesinneren errichtet. Ich finde das Haus, klein und bescheiden. Dort wohnt eine andere Familie, die ihre Vormieter nicht gekannt hat.

*Juan Mosquera, verschwunden am 16. August 1977*

Ich mache seine Mutter und Tante im Arbeitervorort San Justo ausfindig. Nach mehrmaligem Läuten öffnen sie. Die alten Sachen? Nein, sie möchten sich nicht äußern, haben genug gelitten, seien alte Frauen, ich möge nicht wieder kommen.

*Miguel Grieco, verschwunden am 14.12.76*

Mehr Glück habe ich bei Miguels Bruder Gregorio. Er war früher Polizist, heute kann man mit dem Gehalt eines Ordnungshüter seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten, es sei denn, man lässt sich für »Nebenverdienste« bezahlen. Gregorio unterhält eine kleine Sicherheitsfirma. Zwar ist die Nachfrage groß, weil im Großraum Buenos Aires die Kriminalität um sich greift, aber die Leute haben kein Geld.

Gregorio trifft sich mit mir in der Innenstadt. Er ist misstrauisch, was führt diese Gringa, 25 Jahre nach den Verbrechen, im Schilde? Sein Bruder Miguel war linker Peronist, sagt er. Er war Montonero, erfahre ich später aus anderer Quelle, der einzige Guerillero der ermordeten Mercedes-Aktivistin.

Im Gegensatz zu den meisten seiner Kollegen war er sich der Gefahr bewusst, die ihm, dem Mitstreiter der »Gruppe der Neun«, im Werk drohte. Nach dem Putsch kündigte er seinen Job beim deutschen Autobauer. »Er tauchte aber nicht unter, denn für ihn ging die einzige Gefahr von Mercedes aus«, erinnert sich sein Bruder. Grieco rettete sich nicht, hielt auch den Kontakt zu seinen Genossen. Am 14. Dezember 1976 klingelten

bewaffnete Männer an der Wohnungstür, warfen die Mutter gegen die Wand und nahmen Miguel mit. Die Wohnung durchsuchten sie nicht.

Gregorio fragte in allen Polizeirevieren der Umgebung nach ihm. Aber er fand seinen Bruder nicht. Die Polizisten rieten ihm, sich an die Militärs zu wenden. Und die Militärs empfahlen ihm, sich an die Polizei zu wenden. Jedes Mal, wenn er in einer Kaserne vorsprach, fuhren Lastwagen mit Menschen in Handschellen und Augenbinden an ihm vorbei. Das war damals »normal« in Argentinien. Miguel tauchte nie mehr auf.

*José Vizzini, verschwunden am 14. Dezember 76*

Am selben Tag wie Grieco wurde José Vizzini verschleppt, »el Tano«, wegen seiner Doppelstaatsbürgerschaft »der Italiener« genannt. Die Militärs nahmen ihm bei der Festnahme den Ehering ab und überreichten ihn seiner Frau, Juana. Er würde ihn fortan nicht mehr brauchen, meinten sie. Juana fragte in allen Kasernen nach ihrem Mann, zusammen mit anderen Ehefrauen der verschleppten Mercedes-Betriebsräte. Ohne Erfolg.

Heute wohnt Juana Vizzini in einem sehr armen Vorort, in Isidro Casanova. Im Straßenpflaster sind Krater, die Wege sind nicht asphaltiert, die wenigsten Laternen leuchten. Juana wohnt in einem flachen Haus, eher einer Behausung, mit Gittern vor den Fenstern und einem hohen Gitter zur Straße hin. Eine Klingel gibt es nicht, ich klatsche in die Hände.

Nach mehreren Minuten rührt sich etwas, Juana streckt vorsichtig den Kopf heraus. Sie ist wahrscheinlich erst Anfang fünfzig, doch sie wirkt wie eine alte Frau. Ein zerfurchtes Gesicht, jede Falte eine schlaflose Nacht. Ihr graues Haar ist ungekämmt, ihre ausbeulte Trainingshose zerlöchert. In der Hand hält sie den Matetee. Sie tritt ans Gitter und ahnt schon, wer ich bin. Sie hat gehört, dass jemand in den alten Sachen wühlt. Vor 23 Jahre hätte sie sich über das Interesse gefreut, dann hätte sie eine Verbündete gehabt. Auch noch vor 15 Jahren, als Argentinien demokratisch wurde und die Menschen auf Gerechtigkeit hofften. Aber heute? Was bezweckt die fremde Frau?

Ein Interview geben will sie nicht, ich müsse doch wissen, dass sie das nicht könne, sagt sie und schaut zum offenen Fenster, aus dem laute Rockmusik schallt. Ihr Sohn Fabio? Ja. Mit Fabio war sie im zweiten Monat schwanger, als ihr Mann verschleppt wurde. Er kam als Waise auf die Welt. Als er größer wurde, zahlte Mercedes für sein Privatkolleg und bildete ihn in Stuttgart zum Mechaniker aus. Fabio arbeitet seit Jahren bei Mercedes-Benz. Ein fester Arbeitsplatz ist Gold wert. »Ich kann nicht reden«, sagt Juana und senkt den Blick. Ich müsse das verstehen.

Fabio, so erzählen mir seine Arbeitskollegen aus dem Werk, redet nie über seinen Vater. Er stottert.

*Estéban Reimer, verschwunden am 5. Januar 1977*

Reimer ist deutscher Abstammung. Seine Witwe Maria Luján Ramos – genannt Maruca – finde ich im Telefonbuch. Natürlich empfangen sie mich, sagt sie am Telefon, warum auch

nicht.

Maruca wohnt, eine Autostunde von Buenos Aires entfernt, in einem gut eingerichteten Einfamilienhaus. Vor der Tür steht ein Cabrio, Lieblingsstück des Sohnes.

Eigentlich war sie politisch aktiver als ihr Mann, erklärt sie vorab. Sie kommt vom peronistischen Jugendverband, einige ihrer Freunde sind bei den Montoneros gelandet. Dass ihr Mann und nicht sie verfolgt wurde, führt sie auf die Tatsache zurück, dass er Betriebsrat bei Mercedes-Benz war.

Maruca galt beim großen Streik 1975 als Jeanne d'Arc von Mercedes. Im Oktober hatten 115 Arbeiter die Kündigung erhalten, SMATA den Entlassungen zugestimmt. Der linke Betriebsrat hatte daraufhin den Streik für die Rücknahme der 115 Entlassungen organisiert. Er dauerte 24 Tage und die gesamte Belegschaft nahm teil. »Wir Ehefrauen begleiteten unsere Männer zum Fabriktor, blockierten die Landstraße und sammelten für die Streikkasse. Als der Konflikt beendet war, spendeten wir den Rest dem örtlichen Krankenhaus« (Maruca).

Die Arbeitgeber wollten nicht nachgeben. Erst nachdem Manager Metz entführt worden war, nahmen sie die Kündigungen zurück. Ein Sieg für die Arbeiter. Aber er dauerte nicht lange. Der Militärputsch stand unmittelbar bevor. Und mit ihm wurden alle Errungenschaften rückgängig gemacht, das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital mit purer Gewalt definiert.

Als im März 1976 die Generäle die Macht ergriffen, wendete sich in den Fabriken das Blatt. Die Militärregierung erklärte Streiks für »illegal«, wer die Arbeit niederlegte, galt als »Terrorist«. Viele Kollegen, so Maruca Reimer, kündigten aus Angst um ihr Leben. Ihr Mann Estéban blieb Sprecher des Betriebsrates.

Nach dem Putsch konnten sich die Militärs auf dem Werksgelände frei bewegen, sie verhafteten Arbeiter vom Arbeitsplatz weg, auch beim deutschen Autobauer in González Catán. Maruca Reimer glaubt, dass die Personalabteilung den Militärs Listen mit den Namen von unbequemen Mitarbeitern überreicht hat. In ihrer konsularischen Vernehmung in der Deutschen Botschaft von Buenos Aires erklärte sie: »Mein Nachbar Ramón Iguanzo, inzwischen verstorben, arbeitete damals im Archiv von Mercedes-Benz. In diesem Archiv befanden sich die Personalakten der Mitarbeiter. Er erzählte mir, dass bei einer Gelegenheit Angehörige der Streitkräfte sich bei einem leitenden Angestellten eingefunden hätten, und dieser leitende Angestellte bat Ramón Iguanzo, die Personalakte meines Mannes Estéban Reimer aus dem Archiv zu holen. Der Name des leitenden Angestellten ist mir nicht bekannt, ich kann mich nur an den Namen Delia erinnern. Delia leitete das Gespräch mit dem Betriebsrat am Abend vor der Entführung«.

Mit »Delia« meint Maruca Reimer Pedro de Elías, Direktor bei Mercedes-Benz.

Für den Vormittag des 4. Januars 1977 – da waren mehrere linke Gewerkschafter verschleppt worden, von denen seitdem jede Spur fehlte – waren die beiden Betriebsräte – Reimer und Hugo Ventura – in die Zentrale von Mercedes-Benz zu Pedro de Elías zitiert worden, in die Innenstadt von Buenos Aires, in der Libertador-Straße. Sie hatten einen langen Forderungskatalog dabei, denn trotz Diktatur wollten sie die Interessen der Beschäftigten vertreten. Sie wollten die Firmenleitung dazu bewegen, sich um das Schicksal des verschwundenen Kollegen Vizzini zu kümmern.

Um achtzehn Uhr kam Reimer nach Hause und erzählte seiner Frau, dass die Gespräche harmonisch verlaufen wären. Auszug aus der konsularischen Vernehmung: »Mein Mann

hat seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, dass das Unternehmen plötzlich auf die Forderungen so positiv einging, nachdem es zuvor so eine harte Haltung angenommen hatte.«

Vor dem Gericht in La Plata, im »Verfahren für die Wahrheit«, sagte Maruca Reimer aus, dass man ihrem Mann Geld angeboten habe. Geld gegen Mundhalten. Er habe dies abgelehnt.

Familie Reimer aß zu Abend, Estéban brachte die einjährige Tochter ins Bett, während Maruca, im fünften Monat schwanger, das Geschirr spülte. Um ein Uhr morgens klingelte es Sturm an der Haustür. Jemand hämmerte gegen Fenster und Türen. Maruca fragte, was los sei und erhielt die Antwort: »Polizei«. Kaum hatte sie die Tür geöffnet, stürmten neun schwer bewaffnete Männer in Zivil ins Wohnzimmer. Sie seien im Auftrag des Ersten Heereskommandos hier, sagten sie, und die Familie solle Ruhe bewahren.

Sie holten eine Liste hervor und fragten, ob er Reimer heiße. Als er bejahte, befahlen sie ihm, sich anzuziehen und für eine Zeugenaussage aufs Revier mitzukommen. Sie durchsuchten die Wohnung, warfen Bücher und Schallplatten auf den Boden, Musik von Mercedes Sosa und Alfredo Zitarossa. Auf ihrem Kopf zerschlugen sie ein Bild von Eva Perón. Danach gingen sie in die Garage und durchsuchten ihr Auto. Bevor sie gingen, strichen sie auf ihrer Liste den Namen ihres Mannes durch. »Das ist wegen der Sache in der Fabrik«, sagten sie.

Maruca Reimer notierte das Kennzeichen des Autos, mit dem ihr Mann abtransportiert wurde. Es war – wie sich später herausstellte – auf einen Hauptmann der Armee zugelassen. Noch in der selben Nacht suchte sie in den Polizeirevieren der Umgebung nach ihrem Mann. Doch niemand wollte ihn gesehen haben. Sie sprach mit einem gewissen Oberst Federico Minicucci der Tablada-Kaserne. »Wie läuft denn Ihre Beziehung mit Ihrem Mann«, fragte er sie, statt ihr auf die Frage nach dem Aufenthaltsort ihres Mannes zu antworten.

Am Morgen lief sie an die Bushaltestelle, wo die Kollegen ihres Mannes warteten. Sie erzählte ihnen, was passiert war. An diesem Tag sollte eine Versammlung stattfinden, um über die Ergebnisse der Tarifverhandlungen vom Vortag zu informieren. Ihre erste Reaktion war, nicht ins Werk zu gehen. Schließlich begaben sie sich aber trotzdem an ihren Arbeitsplatz, denn die Werksleitung versprach, sich um ihren Mann und den Betriebsrat Ventura zu kümmern, der in derselben Nacht verschleppt worden war.

Die Werksleitung kümmerte sich nicht um die verschleppten Arbeiter. Maruca suchte auf eigene Faust, beauftragte eine Anwältin und erfuhr von einem Bundespolizisten namens Santillán, dass die Leiche ihres Mann auf einem kleinen Privatfriedhof verscharrt worden war. Die Informationen reichten aber nicht aus, um das Grab zu finden. Jahre später erzählte ihr ein ehemaliger politischer Häftling, Adolfo Paz, dass er Estéban auf dem Polizeirevier in Lanús gesehen habe.

Maruca kramt in alten Schachteln, holt vergilbte Flugblätter heraus, Petitionen, Zeitungsausschnitte. Irgendwo hat sie einen Videofilm über den Streik, vielleicht in ihrem Wochenendhaus.

Wie sich die Firmenleitung nach der Verschleppung verhalten habe? Man habe ihr Hausverbot erteilt, weil sie für Aufruhr gesorgt habe. Habe die Firma eine Kündigung geschickt, wegen unerlaubten Fernbleibens vom Arbeitsplatz? Dies hatte die Firmenleitung von Ford so gehandhabt. Aber Mercedes hatte keine Kündigung geschickt,

zu keinem Zeitpunkt. Heißt das, dass die Löhne weiter gezahlt wurden? Wenn ja, bis wann?

Plötzlich wird sie zugeknöpft. Das Thema ist ihr offensichtlich nicht recht. Ja, meint sie widerwillig, ein paar Wochen habe die Firma gezahlt und irgendwann ohne Begründung aufgehört.

Ich erfahre es später: Mercedes-Benz zahlte zehn Jahre lang die Löhne weiter, an die Familien Vizzini, Reimer, Gigena, Arenas, Núñez, Belmonte, Del Connte und Ventura. Alle vierzehn Tage gingen die Witwen ins Werk nach González Catán – nur Maruca Reimer musste sich mit Vollmacht vertreten lassen – und kassierten eine Art Witwenrente.

Maruca schämt sich bis heute, dieses Geld angenommen zu haben. Es ist für sie »schmutziges Geld«, Schweigegeld. Gezahlt von den denjenigen, die sie für den Tod ihres Mannes verantwortlich macht, zumindest mitverantwortlich. Doch sie hatte keine andere Wahl, wird sie mir später sagen, sie hatte ein kleines Kind und das Zweite war unterwegs, ihre Verwandten hätten sie nicht durchfüttern können. Sie musste das Geld nehmen.

Mercedes-Benz war die einzige Firma, die den Hinterbliebenen ihrer verschwundenen Betriebsaktivisten eine Rente zahlte. Diese nahmen das Geld heimlich entgegen. Die Zahlungen wurden in Argentinien durch meine Recherchen bekannt.

Als nach dem Ende der Diktatur, im Dezember 1983, ein von der SMATA unabhängiger Betriebsrat gewählt wurde, erschien der Personalchef beim neuen Betriebsrat und fragte: »Gibt es nun Rache für die Gruppe der Neun?«, erinnert sich Ramón Segovia, einer der damals gewählten Betriebsräte. Rache nicht, war die Antwort, aber die Firma solle den Witwen weiterhin die Löhne ihrer ermordeten Ehemänner zahlen. Das Unternehmen willigte ein und zahlte zwei Jahre weiter, bis 1986. Dann wechselte der Betriebsrat, SMATA übernahm wieder das Ruder, und die Firma wollte ein für alle Mal das Problem los werden. Sie zahlte den Witwen eine Entschädigung – so, als seien ihre Ehemänner nicht aus Flugzeugen in den Rio de la Plata geworfen worden, sondern hätten vom Eintritt in die Firma bis zum Jahr 1986 an der Werkbank gestanden. Das war ein ansehnlicher Batzen Geld.

In den neunziger Jahren zahlte der argentinische Staat den Hinterbliebenen für ihre ermordeten Verwandten eine Wiedergutmachung, pro »Verschwundenen« gab es bis zu einer halben Million Mark, nicht in bar, sondern in Form von Obligationen, eine Art Bundesschatzbriefe, die ansehnliche Zinsen abwarfen. Wer wollte, konnte sie für eine Gebühr über einen Broker vorzeitig einlösen. Eine halbe Million Mark ist für eine Arbeiterfamilie ein Vermögen, ein eigenes Dach über dem Kopf ist schon für hunderttausend zu erwerben.

Die meisten Menschenrechtsgruppen empfahlen, dieses Geld dem Staat nicht zu schenken. Die Angehörigen sollten es annehmen, nicht als »Schweigegeld«, sondern um damit weiter gegen die Straflosigkeit zu kämpfen. Die größte Gruppe der Maiplatz-Mütter um Hebe Bonafini hingegen beschimpfte diejenigen, die die Entschädigungen akzeptierten, als »Verräter«, die das »Blut ihrer Opfer verkauften«.

*Hugo Ventura, verschwunden am 5. Januar 1977*

Ventura war mit Estéban Reimer am Vormittag des 4. Januars 77 zur Unternehmenszentrale zitiert worden. Er verschwand in derselben Nacht. Der ledige Ventura lebte damals bei seiner Mutter in Florencia Varela, einer heruntergekommenen Kleinstadt zwischen Buenos Aires und La Plata. Von Maruca Reimer bekomme ich seine Adresse, sie steht auf einem alten Lohnzettel: Alvarado Nummer 356.

Florencia Varela ist bitter arm. Mit dem dicken Stadtplan bewaffnet, finde ich die Straße Alvarado, aber nicht die Hausnummer. Irgendwas stimmt mit der Nummerierung nicht, es geht bei 800 los, aber die 356 scheint vom Erdboden verschluckt zu sein. Eigentlich würde ich gerne diese düstere Gegend verlassen, schon bricht die Dunkelheit herein, aber ich frage einen Anwohner. Die Nummer 356? Ja, dort hinten. Im Rahmen einer Gemeindereform nummerierte man neu, doch die meisten Häuser benutzen ihre alten Nummern weiter. So entstand ein heilloses Durcheinander, zumindest für Fremde. Zwei Häuserblocks lang ändert die Straße ihren Namen, dann heißt sie so wie früher.

Ich finde das Haus, Nummer 356. Ich klinge. Keine Reaktion, aber Hundegebell. Irgendjemand ist da. Die Klingel ist kaputt, doch der Hund funktioniert. Familie Ventura? Misstrauische Blicke. Hier nicht. Die Tür geht zu. Ich rufe noch einmal, die Tür geht wieder auf. Wenn nicht hier, wohin die Familie verzogen sei. Verzogen? Sie wohne nebenan, auf dem gleichen Grundstück.

Von dort hat man mich beobachtet, wie die Gardinen verraten. Zögerlich tritt ein alter Mann heraus, mit verfilzter Wolljacke und Pantoffeln. Hinter ihm seine Schwester, Antonia, beide über 90.

Was ich will? Ich sei Journalistin, auf den Spuren von Victor Hugo Ventura. Mein Gott! Hugo! Die beiden Alten erstarren, Antonia greift nach dem Arm ihres Bruders, Tränen laufen über die runzeligen Wangen. Ihr Sohn. Ihr verschwundener Sohn. Sie hat seine Leiche nie gesehen, und gegen alle Vernunft bleibt ein Gramm Hoffnung, dass er noch lebt.

Hugo war am 5. Januar 1977 aus diesem Haus verschleppt worden. In den frühen Morgenstunden waren Soldaten mit gepanzerten Fahrzeugen gekommen, hatten das ganze Viertel abgesperrt. Zuerst hatten sie das Nachbarhaus durchsucht, die Nummer 356. Dort sei die Korrespondenz der Firma gelandet. Von dort seien sie rübergeschickt worden. Sie nahmen Hugo fest. Und sie ließen Schmuck und Wäsche mitgehen.

Hugo sei nie mehr aufgetaucht. Die Firma, sagt ihr Bruder, die Firma sei an allem schuld. »Eine Schande für Argentinien«, ruft er, empört und verletzt wie damals.

Die Adressenverwechslung ist auffällig. Später bekomme ich die Flugblätter in die Hand, in denen Spenden für die verschwundenen Betriebsräte gesammelt werden. Darin wird seine Adresse mit: »Alvarado 344« angegeben. Seine Freunde wussten also, wo er wohnte, nur die Firma hatte die falsche Adresse notiert. Und die Militärs, die ihn nachts verschleppt hatten, waren an dieser falschen Adresse erschienen.

Nein, ich darf nicht reinkommen, auch nicht weiter fragen. Die beiden Alten können nicht mehr. Er greift sich ans Herz. Ich frage nach Verwandten, irgendjemanden muss es in der Familie geben, der Auskunft über die Geschehnisse erteilen könnte. Ja, die Schwester. Die habe auch das Geld der Firma entgegengenommen. Wo die wohnt? In Buenos Aires. Und in welcher Straße? Hat sie Telefon? Nein, Telefonnummern gibt man nicht weiter, das kann gefährlich sein. Sie erinnern sich nicht an die Adresse, irgendwo in einer Straße

die wie »Wual« klingt, gegenüber ein Schuster, daneben eine Kneipe, in der Nähe einer großen Kreuzung.

Das genannte Stadtviertel finde ich, nur »Wual« führt das Straßenverzeichnis nicht auf. Ich frage den Tankwart. Na klar, Gual, gleich um die Ecke. Es ist Sonntagabend, alle Geschäfte haben die Rollläden geschlossen. Hinter welcher Jalousie sich der Schuster verbirgt, erkenne ich nicht. Eine Kneipe sehe ich nicht, aber einen Imbiss. Familie Ventura? Keine Ahnung, er sei erst seit einem Monat hier, sagt der neue Inhaber, ein Koreaner.

Ich will nicht aufgeben, die Straße besteht nur aus zwei Blocks, dann eben Haus für Haus. Ich klinge bei allen Nachbarn. Beim zehnten Versuch werde ich fündig. Ja, sie sei María Esther Ventura. Was denn sei? Ich komme wegen ihrer Mutter, sage ich, und sie wird blass. Was denn passiert sei? Nein, alles in Ordnung, beruhige ich und erzähle mein Anliegen. Ich komme wegen Hugo. Ihrem Bruder.

María Esther öffnet ungläubig die Tür. Wegen des Bruders? Der ist doch verschwunden, tot. Ich werde durch einen langen Gang geführt, rechts und links Wohnungstüren, aus denen verschiedene Gerüche strömen, Nudeln, Fleisch und Eintopf. Am Ende des Ganges die Bleibe der Venturas. Ihr Mann sitzt am Küchentisch, in Unterhemd und Hosenträgern.

Der Küchentisch ist ihr Arbeitsplatz, sie kocht Mittag- und Abendessen für die Familien nebenan. Ich werde vor einen Berg Zwiebeln gesetzt und erzähle von meiner Suche nach den früheren Betriebsräten. Ob ich schon mit Juana Vizzini und den anderen Witwen gesprochen habe? Das müsse ich unbedingt tun. Man habe sich schon lange nicht mehr gesehen. Früher sei man alle vierzehn Tage zusammengekommen, beim Kassieren im Werk, aber die Firma zahle nicht mehr.

Warum und seit wann diese Beträge nicht mehr ausgehändigt wurden? Daran erinnert sich María Esther nicht. Sie hat weder für die Rentenzahlungen jemals eine Begründung erhalten noch für die Einstellung der Zahlungen.

Frau Ventura ist eine einfache Frau. Sie kommt – im Gegensatz zur politisch bewussten Maruca Reimer – gar nicht auf den Gedanken, dass sie dieses Geld besser nicht genommen hätte. Sie hatte keine Wahl. Die Familie brauchte es zum Überleben, was hätte sie sonst essen sollen?

Was glaubt sie, warum habe Mercedes überhaupt gezahlt? Sie zweifelt keinen Moment, es sei »Schweigegeld« gewesen. »An der Sache war doch Mercedes schuld! Wer hat die Namen und Adressen der Betriebsräte herausgegeben?« fragt sie und erzählt, dass die Militärs, als sie ihren Bruder abholten, sich in der Adresse irrten und im Nebenhaus nach »Victor Hugo« fragten. Aber seine Freunde und Angehörigen nannten ihn »Hugo«. »Victor Hugo« hieß er nur im Betrieb.

An den 5. Januar 1977 erinnert sie sich, als wäre es gestern gewesen. Kollegen ihres Bruders seien aufgeregt bei ihr erschienen. Hugo sei in der vergangenen Nacht verschleppt worden, vermutlich von Angehörigen der Armee. Am Vortag habe er – mit Estéban Reimer – mit der Geschäftsleitung über Löhne und Arbeitsbedingungen verhandelt. Auch Reimer sei in der Nacht abgeholt haben.

Die Kollegen fuhren María Esther im Firmenwagen ins Zentrum von Buenos Aires, zur Geschäftsleitung in die Libertador-Straße. Dort traf sie die Personen, die am Vortag ihrem Bruder Kaffee serviert hatten. Sie wurde, so erinnert sie sich, von Pedro de Elías



empfangen. Der Personalchef war zuständig.

María Esther Ventura flehte ihn an, sich bei den Behörden für ihren Bruder zu verwenden, einen Antrag auf Feststellung seines Aufenthaltsortes zu stellen, einen Habeas-Corpus-Antrag. Doch er lehnte ab und befragte stattdessen die Schwester nach Kontakten ihres Bruders. »Hatte er keine Waffen zu Hause? Irgendeine Waffe wird er doch gehabt haben.« María Esther verneinte. Ihr Bruder sei ein fleißiger Arbeiter gewesen.

Die Nachforschungen der Familienangehörigen verliefen im Sand. Hugo Ventura und Estéban Reimer blieben »verschwunden«. Sie waren nicht die letzten ermordeten Betriebsräte von Mercedes. Die Methode, unbequeme Mercedes-Gewerkschafter nachts zu verschleppen und heimlich zu ermorden, wurde bis August 77 praktiziert, der Letzte war Alberto Arenas, verschwunden am 19. August 1977. Wahrscheinlich ist die Zahl der Opfer höher, um die zwanzig. Ich kann die Namen von vierzehn Männern benennen. Und dazu kommen die Verhafteten und diejenigen, die rechtzeitig gekündigt haben.

## **Der Vertreter der Guerilla**

Seine derzeitige Adresse verrät er nicht, auch seine mobile Telefonnummer erhalte ich erst nach dem dritten Treffen. Ich stelle den Kontakt über Freunde von Freunden her. Ricardo Hoffmann bittet mich, um 19 Uhr in einer Kneipe im Stadtteil »Once« zu erscheinen. Er sei an seinem blonden Lockenkopf zu erkennen.

Hoffmann war nicht Betriebsrat, er war Kontaktmann der »Revolutionären Arbeiter-Partei« (PRT) bei Mercedes-Benz, in den Augen der Partei ein Zentrum des Klassenkampfes.

Die Automobilfabriken waren strategische Punkte für den Aufbau der revolutionären Volksmacht, dort wollte die Partei die proletarische Organisation aufbauen, beziehungsweise am Aufbau mitwirken. Der militärische Arm der PRT, das ERP (Revolutionäres Volksheer), griff Kasernen frontal an und hatte in der 1.200 Kilometer entfernten Provinz Tucumán »befreite Gebiete« erstritten, bis diese, noch unter Isabel Perón, von der Armee blutig zurückerobert wurden. Gegen rechte Gewerkschaftsfunktionäre ging die PRT im Gegensatz zu den Montoneros nicht vor.

Die PRT war eine Guerilla mit trotzkistischen Wurzeln, ihr Leitbild Che Guevara. Die Montoneros hingegen waren Peronisten, linke Peronisten, die große Masse zumindest, ihr Anführer Mario Firmenich war zuvor Mitglied der rechten nationalistischen Truppe Tacuara gewesen.

Hoffmann war seit 1973 bei Mercedes-Benz in González Catán beschäftigt. Damals kursierte in der Fabrik das Gerücht, dass die argentinische Werksleitung »klaubte wie die Raben« (Hoffmann). Ganze Fahrzeug-Flotten sollen illegal nach Paraguay verschoben worden sein, ohne dass der Erlös in den Bilanzen des deutschen Mutterhauses auftauchte. Die aus Deutschland abkommandierten Manager waren nicht in der Lage, dieses Treiben zu durchschauen, sie waren voll mit ihrer eigenen Sicherheit beschäftigt. In die relativ weit entfernte Fabrikationsstätte verirrten sie sich selten, und wenn sie kamen, wurde ihnen nur das vorgeführt, was sie sehen sollten.

Das Unternehmen zahlte damals hohe Löhne, wer dort unterkam, galt als privilegiert. Die Arbeiter identifizierten sich mit der Firma, Streiks widersprachen dem praktizierten Paternalismus.

Dieses Modell geriet an seine Grenzen, als Argentinien, wie die gesamte westliche Welt, ab Ende der sechziger Jahre von einer revolutionären Aufbruchsstimmung erfasst wurde. Im ganzen Land wurde diskutiert, demonstriert und gestreikt, linke und radikale Organisationen entstanden.

Der Peronismus spaltete sich in den linken Flügel und mehrere Guerillagruppen (die stärkste waren die Montoneros) und in den rechten Flügel, korrupte Gewerkschaftsfunktionäre im Verbund mit Unternehmern, Mafiosi und Repression.

1974 wurde bei Mercedes-Benz eine oppositionelle Liste aufgestellt, erzählt Hoffmann, SMATA reagierte mit Gewerkschaftsausschlüssen und hintertrieb mit allen Methoden die Einsetzung einer Verhandlungskommission für ein neues Statut.

Am 8. Oktober 1975 begann bei Mercedes der legendäre Streik. An dem Tag jährt sich der Todestag Che Guevaras, erinnert sich der PRT-Mann, aber das war nicht der Anlass. Am 8. Oktober hatten die SMATA-Bonzen heimlich ein Statut mit der Geschäftsleitung von Mercedes abgeschlossen, ohne die gewählte Verhandlungskommission zu informieren. Die Belegschaft war empört, trat in den Ausstand und forderte: Neuwahlen für den Betriebsrat und die Annullierung des Statuts. Und sie kämpfte für die Rücknahme der Entlassungen von 115 kämpferischen Kollegen, denen mit Erlaubnis von SMATA gekündigt worden war.

Das Werk wurde besetzt, aber die Geschäftsleitung stellte sich stur. Keine Seite war zum Kompromiss bereit, bis am 24. Oktober, sechzehn Tage nach Beginn des Ausstandes, die Montoneros Produktionsleiter Metz in ihre Gewalt brachten.

Einen Tag nach der Entführung, so Hoffmann, verteilte ein maskiertes Kommando der Montoneros vor dem Werkstor Flugblätter. Metz habe eine Liste mit den Namen von Arbeiterführern bei sich gehabt, hieß es darin. Sie sollten verhaftet oder von den Todesschwadronen ermordet werden.

Die Werksleitung erfüllte die Forderungen der Kidnapper. Sie zahlte ein Lösegeld, entschuldigte sich in der internationalen Presse für ihre »arbeitnehmerfeindliche Politik« und nahm die Kündigungen zurück. Insofern war die Entführung von Heinrich Metz ein Erfolg gewesen, ein Sieg und eine Ermutigung für die Arbeiter.

Aber sie sei ein politischer Fehler gewesen, meint Hoffmann rückblickend: »Die Montoneros hatten diese Aktion nicht mit den Arbeitern abgesprochen, die sich plötzlich einer Situation gegenüber sahen, in der sie nicht mehr reagieren konnten. Die Entführung hatte wenig mit unserem Kampf zu tun, denn sie verhärtete unnötig die Fronten und verzögerte die Verhandlungen über die erfolgreiche Beendigung des 24-tägigen Streiks.«

Nach dem Putsch vom März 1976 rechneten Hoffmann und seine Kollegen bei Mercedes mit dem Schlimmsten, doch zunächst blieb es vergleichsweise ruhig. Hoffmann: »Am Abend kam die Geschäftsleitung und versicherte, dass bei uns nichts passieren würde. Die Kontrollen wurden verschärft und am Werkstor alle ein- und ausgehenden Leute überprüft.«

Doch es blieb nicht ruhig. Fünf Wochen später, am 29. April 1976, verhafteten Militärs

den Betriebsrat Juan Martín vom Arbeitsplatz weg. Er arbeitete neben Hoffmann am Band. Der PRT-Mann hörte noch, dass die Soldaten Martín in die nahe gelegene Tablada-Kaserne zum Verhör bringen wollen.

Was ein »Verhör« war, war den Arbeitern klar. Sie riefen umgehend eine Personalversammlung ein und beschlossen, zur Tablada-Kaserne zu ziehen und die Freilassung des Kollegen Martín zu fordern. Das war ein Himmelfahrtskommando, denn die Militärs knüppelten Kundgebungen nieder und ließen Demonstranten in Folterzentren verschwinden. Schon Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen endeten mit dem Tod der Schüler.

Trotzdem zogen über tausend Mercedes-Arbeiter vor die Tore der Kaserne. Sie bauten dort Zelte auf, in denen sie, unterstützt von Nachbarn und Angehörigen, übernachteten. Nach zwei Tagen zogen sie wieder ab. Es war unklar, ob sich Martín wirklich in der Tablada-Kaserne befand, und die Militärs hatten versprochen, ihn bald auf freien Fuß zu setzen.

Martín rettete die mutige Aktion seiner Kollegen vermutlich das Leben. Und die Firmenleitung musste zur Kenntnis nehmen, dass Verhaftungen am Arbeitsplatz zu Protesten, zu Streiks, zu Arbeitsausfällen, zum Rückgang von Produktivität und Profiten führten.

Ich übergebe Hoffmann meine Namensliste der verschwundenen Betriebsräte. Er erinnert sich an alle: »Kein einziger von ihnen war bei der PRT-Guerilla«, sagt er. Und er muss es wissen.

Mit Sicherheit hatten sie von einer besseren Gesellschaft geträumt. Vielleicht waren sie Idealisten, und naiv dazu, aber sie waren keine Terroristen, sondern »nur« Gewerkschafter, Vertrauensleute. Sie sahen keinen Grund zum Untertauchen, denn sie hatten sich für höhere Löhne und längere Pausen eingesetzt. Dass dies Grund genug nicht nur für ihre Verhaftung, sondern auch für ihre Ermordung war, konnten sie sich nicht vorstellen.

Sie hatten auch nicht die Mittel zum Untertauchen. Selbst als die Welle der Verschleppungen über Mercedes-Benz hereinbrach, waren sich die Betriebsräte der Gefahr, in der sie schwebten, nicht bewusst. Sie blieben an ihrem Arbeitsplatz. Wohin sollten sie gehen? Sie waren Familienväter und hatten weder falsche Papiere noch Geld, um in den Untergrund oder ins Exil zu flüchten.

Hoffmann hingegen, der PRT-Mann, besaß diese Mittel und Kontakte. Die PRT verfügte über Verbindungen und Geld aus Entführungen, die Partei wusste, wie man an Pässe und an ein Flugticket ins Ausland herankam.

Hoffmann hatte sich ab dem Herbst – ab März/April 77 – in der Fabrik versteckt, um zu vermeiden, am Werkstor ergriffen zu werden. Seine Freunde, Vizzini, Reimer und Ventura, waren zu diesem Zeitpunkt bereits verhaftet worden und wahrscheinlich tot.

Hoffmanns Wohnung in der nahe gelegenen Kleinstadt Ezeiza war durchsucht worden, hatten Nachbarn seiner Frau erzählt. Die Polizei fahndete nach ihm. Nachts schlief er im Werk unter einer Maschine, und tagsüber absolvierte er seine Schicht. Mitten unter seinen Kollegen fühlte er sich sicher, die Gefahr ging vom Werkschutz aus.

Er konnte seine Karte nicht mehr in die Stechuhr stecken, und nach drei Tagen schickte ihm die Firma wegen »unerlaubten Fernbleibens vom Arbeitsplatz« eine Kündigung nach

Hause. Dies erzählten Kollegen, die Kontakt zu seiner Frau hatten.

Am 18. Mai 1977 war sein letzter Arbeitstag, er verließ das Firmengelände, versteckt in einem Lieferwagen. Zwei Monate blieb er im Untergrund. Im Juli schickte ihn die PRT nach Italien, ins sichere Exil. Und im August wurden die letzten Betriebskämpfer bei Mercedes-Benz umgebracht.

Ihm zahlte das Werk den Lohn nicht weiter, obwohl er – wie die von den Militärs von zu Hause Verschleppten – seinem Arbeitsplatz ferngeblieben war. Wie konnte die Firma unterscheiden, wer untergetaucht war und wer im Konzentrationslager saß?

## **Héctor Ratto**

Ich suche noch Héctor Ratto, den Überlebenden des Betriebsrates, den Zeugen der Anklage von Staatsanwalt Strassera im Prozess gegen die Junta-Kommandanten.

Wo soll ich anfangen? Das Telefonbuch quillt von »Rattos« über. Im Protokoll der Gerichtsverhandlung finde ich zwar seine Adresse. Aber an der im Jahr 1985 angegebenen Anschrift befindet sich heute ein leer stehendes Gebäude. Da sei schon seit Jahren niemand mehr, geben die Nachbarn Auskunft.

Als Beruf hatte er damals »Geschäftsmann« angegeben, er unterhielt einen Kiosk im Vorort La Tablada, in dem er Kaugummis, Zigaretten und Kulis vertrieb. Die Leute beim CELS konnten sich vage daran erinnern, dass dieser Kiosk an der Hauptstraße, an einer Bushaltestelle und neben einem Friseur lag. Ich fahre mit einem Mietwagen die Hauptstraße ab, finde den Frisiersalon und der Friseur erinnert sich an seinen früheren Nachbarn. Ja, er war Zeuge im juicio, das kommt nicht alle Tage vor.

Seinen Kiosk habe er schon lange aufgegeben, ich könne es beim Inhaber des Kiosks – zufällig auch Vermieter seines Ladens – versuchen. Er gibt mir eine Telefonnummer. Doch der Kiosk ist an eine Grundstücksverwaltung übertragen worden, die nach dem Tod des Inhabers zwangsversteigert worden ist, erfahre ich am Telefon. Unterlagen sind nicht mehr vorhanden.

Schließlich finde ich Ratto über seine Schwester. Sie hatte im juicio seine Angaben bestätigt und ihre Anschrift angegeben. Er lebt mit seinen Kindern und seiner Frau María Inés in San Justo. Ein schweigsamer Mann, der fast nie lächelt. Optimismus scheint für ihn ein Fremdwort zu sein, das Leben hat ihm nicht gut mitgespielt. Es bestand aus Ungerechtigkeit, Arbeit und Verantwortung für andere.

Héctor Ratto hat überlebt, weil er von den Militärs – wie zuvor Martín – vor den Augen aller am Arbeitsplatz ergriffen wurde. Seine verschwundenen Kollegen waren nachts, zu Hause, von zivil gekleideten Männern abgeholt und verschleppt worden. Rattos Adresse war Mercedes-Benz nicht bekannt gewesen. »Ich hatte erst vor kurzem geheiratet und dem Werk meine neue Anschrift nicht mitgeteilt. Das hat mich gerettet«, glaubt er.

Natürlich erzählt er mir noch einmal die Geschichte seiner Verhaftung. Er hat sie schon einmal erzählt, den Richtern des juicio gegenüber, ohne dass seine Aussage strafrechtliche oder moralische Konsequenzen gehabt hätte. Er kann sich nicht vorstellen, dass seine Aussage – die damalige wie die heutige – irgendeine Konsequenz

nach sich ziehen könnte. Die Mächtigen gewinnen doch immer.

Ratto berichtet über die Ereignisse am 12. August 1977: Zwei Polizisten waren am Werkstor erschienen und hatten ihn dort verhaften wollen. Doch sie ergriffen den falschen Ratto, Juan José Ratto. Sie fesselten ihn, stülpten ihm eine Kapuze über und misshandelten ihn in einem Büro auf dem Firmengelände. Dies bestätigte Juan José Ratto später im Prozess gegen die Kommandanten. Nachdem die Polizisten ihren Irrtum erkannt hatten, wollten sie Héctor Ratto am Arbeitsplatz verhaften. Doch Produktionschef Juan Tasselkraut wollte Aufruhr im Betrieb vermeiden. Vielleicht hat er sich an die zweitägige Arbeitsniederlegung bei der Verhaftung Martíns erinnert.

Zunächst versuchte der firmeneigene Werkschutz, Ratto vom Gelände zu locken. Seine Frau habe angerufen, sie sei verunglückt, er müsse nach Hause. Ratto witterte eine Falle und weigerte sich, das Gelände zu verlassen. Daraufhin zitierte ihn Tasselkraut in sein Büro. In seinem Beisein teilte er den zivil gekleideten Polizisten die Adresse von Diego Núñez mit, der in der folgenden Nacht verschleppt wurde. Am Abend erschien ein Lastwagen des Heeres, und zwei Dutzend Soldaten nahmen Ratto mit.

Ratto landete in der Kaserne Campo de Mayo. Dort wurde er zwei Wochen mit dem ganzen Repertoire der argentinischen Soldaten gefoltert. Sie schlugen ihn und verabreichten ihm Elektroschocks an allen Körperteilen. Sie fragten ihn, ob er Kontakte zur Guerilla habe. Aber ihre Fragen waren allgemein, sie verhörten ihn nicht zur Entführung des deutschen Managers Heinrich Metz.

Die Elektroschocks waren derart heftig, dass seine Zelle nach verbranntem Fleisch roch. Rattos Arme waren gelähmt. In Campo de Mayo hörte er aus der Nebenzelle die Stimmen seiner Kollegen, Gigena, Del Connte, Mosquera, Arenas und Leichner. Von ihnen fehlt seither jede Spur.

In Campo de Mayo war Ratto Häftling Nummer 478. Zwei Wochen nach seiner Verschleppung, am 31. August, wurde er mit anderen Gefangenen auf den Kasernenhof gerufen. Dort stand ein Soldat mit einer Liste, auf der die Namen von etwa vierzig Gefangenen verzeichnet waren. Sie mussten ihre warme Kleidung ausziehen, obwohl im August Winter herrscht. Einer nach dem anderen wurde aufgerufen und stieg auf den Lastwagen.

Ratto glaubte, jetzt entlassen zu werden, denn es lag nichts gegen ihn vor. Aber als seine Nummer aufgerufen wurde, legte ihm ein Aufseher die Hand auf die Schulter und sagte: »Du bleibst hier.« Hinterher erfuhr er, dass die Gefangenen in ein Flugzeug gesetzt und über dem Meer abgeworfen worden sind. Dies war damals, so haben Jahre später Offiziere ausgesagt, gängige Methode.

Ratto landete wieder im Polizeirevier. Einen Richter oder einen Staatsanwalt bekam er nie zu sehen. Nach vielen Monaten konnte er über einen Zellennachbarn einen Kassiber an seine Frau schicken. Im März 1979 – anderthalb Jahre nach seiner Verschleppung – wurde er ohne Begründung auf freien Fuß gesetzt. Er musste sich eine Zeit lang bei den Behörden melden, bis dies von selbst einschloß.

## **Werksleiter Tasselkraut**

Mit der Aussage Rattos ist meine Recherche rund. Es fehlt noch die Stellungnahme der Firma.

Ich bitte die Geschäftsleitung von Mercedes-Benz in Buenos Aires um eine Stellungnahme. Ich verabrede mich mit der Pressesprecherin, um meine schriftlichen Fragen zu überreichen, und sie ist etwas verwirrt. Sie sei erst Anfang zwanzig, kenne die damaligen Zeiten nur aus Erzählungen, sagt sie, erinnere sich an die Entführung eines Werksleiters. Seien auch Arbeiter verschwunden? Mein Gott, wie schrecklich!

Mehrere Telefongespräche und E-Mails bringen kein Ergebnis, sie teilt mir mit, dass es nach 22 Jahren kompliziert sei, Informationen zu finden. Ein Interviewpartner wird mir nicht genannt. Ich frage nach dem damaligen Produktionsleiter Juan Tasselkraut, erhalte aber keine Auskunft.

Auf eigene Faust mache ich Tasselkrauts Privatadresse ausfindig, der zwischenzeitlich aus Spanien zurückgekehrt war und wieder im Mercedes-Werk in González Catán die Transporter-Produktion leitet. Ein merkwürdiges Verhalten für einen Weltkonzern. Andere Automobilunternehmen hatten während der Diktatur auch mit der Repression zusammengearbeitet, aber mit der Demokratisierung das Management ausgewechselt, Ford zum Beispiel. Mercedes-Benz hielt dies für unnötig.

Ich rufe Tasselkraut zu Hause an. Er ist gerade von einem mehrwöchigen Deutschland-Aufenthalt zurückgekommen, deshalb hoffe ich, dass ihn seine Kollegen nicht vor meinen »Nachstellungen« gewarnt haben.

Am Telefon gibt sich Tasselkraut freundlich. Wie ich auf ihn gekommen sei, fragt er verduzt. Ich erwähne den Artikel aus dem Diario del juicio, in dem er sich selbst als Helden gefeiert hat. Ach so? Ein Interview über ihn, den Helden? Sicher, nichts spricht dagegen. Gefahr wittert er nicht, die Straflosigkeit in Argentinien ist grenzenlos. Frauen werden sowieso als Feinde nicht ernst genommen. Ich danke dem Machismo. Wir verabreden einen Interviewtermin.

Der Deutsch-Argentinier, Sohn eines deutschen Juden und einer Österreicherin, empfängt mich in den Räumen der Geschäftsleitung in der Avenida Libertador. Sein Gedächtnis sprudelt, und natürlich erinnert er sich an Héctor Ratto und die anderen Betriebsräte. »Ratto ist der Einzige, der davongekommen ist«, meint er. »Seine Aussage über Namen und Fakten, würde ich sagen, stimmt.«

Nur in einem Punkt widerspricht er Ratto. Der Arbeiter hatte vor Gericht und mir gegenüber ausgesagt, dass Tasselkraut den Polizisten die Adresse von Diego Núñez überreicht habe. Dies bestreitet er.

Die Zeiten seien in jenen Jahren bewegt gewesen, erzählt Tasselkraut. Er habe mehrere Leibwächter gehabt und in Todesangst gelebt. Der linke Betriebsrat sei von der offiziellen, gemäßigten Gewerkschaft SMATA nicht zu kontrollieren gewesen. Alle Probleme seien auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaft zurückzuführen. Tasselkraut:

»Wenn die Gewerkschaft auf normales Arbeiten orientierte, hat die Gruppe der Neun grundsätzlich erst mal gestreikt. Oder die Fabrik besetzt, oder ist bewaffnet durch die Fabrik gegangen. Immerhin hatten wir eine große Anzahl von Mitarbeitern, die ganz einfach bewaffnet durch die Fabrik gingen und sich eigentlich als Herr im Hause fühlten. Und wenn ein Meister kam oder wenn eine Führungskraft kam, dann haben sie ganz einfach das Hemd angehoben und gefragt, ob etwas nicht stimmen würde. Bei diesen

bewaffneten Mitarbeitern war es ganz klar, wir wussten ganz genau, wer sich an solchen Aktivitäten beteiligte.«

Es hat in der Tat Waffen im Betrieb gegeben, nicht nur beim Werkschutz. SMATA-Leute waren bei lautstarken Betriebsversammlungen mit Pistole aufgetreten, und auch ihre Gegner hatten wohl auf dem Gelände das eine oder andere Schießseisen versteckt. Ende des Jahres 1977 war eine Werkshalle abgefackelt worden. Tasselkraut äußert mir gegenüber den Verdacht, dass dies eine Protestaktion der Belegschaft gewesen sei, die überlebenden Arbeiter hingegen glauben, dass die Firma die Versicherungssumme kassieren wollte. Zu diesem Zeitpunkt war der Widerstand im Werk bereits blutig erstickt worden.

Warum er gegen Straftäter nicht die Polizei gerufen habe? »Die Polizei war ohnmächtig in solchen Fällen. Gehen Sie davon aus, dass die Polizei eine passive Polizei war, absolut eine passive, die sich nur damit beschäftigte, wenn dem Unternehmen als Unternehmen, in Gegenständen, etwas geschehen wäre. Dann hätte sich die Polizei eingeschaltet.«

Mit anderen Worten: Wäre ein Schuppen angezündet oder ein Werkschützer ermordet worden, wären die Ordnungshüter herbeigeeilt und hätten Ermittlungen aufgenommen. Die Polizei der Provinz Buenos Aires war bis zum Militärputsch einem Peronisten unterstellt, einem rechten Peronisten, der mit den linken Aktivisten gewiss nicht sympathisierte. Aber das systematische Verschwindenlassen von Oppositionellen begann erst mit dem Putsch, durch die Militärs. Ab diesem Zeitpunkt kamen Armeeangehörige regelmäßig, erinnert sich Tasselkraut, und fragten, ob die Fabrik normal arbeiten würde.

Wusste die Firmenleitung damals, was mit ihren verschleppten Mitarbeitern passierte? »Ja, wer sich einigermaßen auskannte in Argentinien, der wusste klar, dass gegen jeden menschlichen Sinn, gegen jedes Menschenrecht in Argentinien Leute beseitigt wurden.«

Tasselkraut widerspricht der Vermutung Rattos und der Familienangehörigen, dass Mercedes-Benz mit den Militärs zusammengearbeitet habe und mit schuld an der Ermordung ihrer Betriebsräte sei. »Wenn er aber damit zum Ausdruck bringen will, dass eben die Werksleitung gegen bewaffnete Mitarbeiter in der Fabrik war, dann muss ich dazu absolut ›ja‹ sagen.«

Dass Mercedes-Benz den Witwen über fast zehn Jahre die Löhne der verschwundenen Arbeitnehmer-Vertreter weiter gezahlt hat, sei nicht als Schuldeingeständnis zu werten: »Mercedes-Benz wollte keine Probleme mehr haben. Wir wussten nicht, was mit diesen Leuten passiert ist, und wollten uns als Unternehmen wirklich als Beispiel darstellen in den menschlichen Angelegenheiten.«

## **Die erste Hörfunksendung und die Strafanzeige gegen Mercedes-Benz**

In welchem Medium ist diese Geschichte zu veröffentlichen? Theoretisch kann ich sie in der linken Presse bringen, aber dort ist das Thema verschenkt. Außerdem bestreite ich meinen Lebensunterhalt mit dem Journalismus, ein Honorar wäre nicht schlecht.

Zeitungen und Zeitschriften schließe ich aus, DaimlerChrysler ist potenter

Anzeigenkunde, vielleicht sogar der potenteste, Verlage werden ihn kaum verprellen wollen. Und die spätere Berichterstattung über den Fall, oder besser gesagt: das systematische Verschweigen durch die Printpresse, bestätigt mich in dieser Annahme. Die Schere in den Köpfen funktioniert, wahrscheinlich ohne direkte Intervention des Anzeigenkunden. In Frage kommt nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk, von Reklame weitgehend unabhängig.

Der WDR hat in den letzten Jahren vieles von seinem einstigen Ruf als »Weltsender« eingebüßt, in vielen Redaktionen hat sich Provinzmief und Unlust breit gemacht. Warum sich beim Füllen der Sendezeit aus dem Fenster hängen und vielleicht Mehrarbeit leisten, wenn man das Programm auch mit Mittelmäßigkeit voll kriegt? Trotzdem gibt es am Appellhofplatz in Köln noch engagierte Kollegen, Einzelkämpfer, die sich in den Nischen verstecken und hoffen, dass sie nur ihren Hörern und Zuschauern, nicht aber der Sendeleitung auffallen.

Nach eingehender Prüfung durch die Rechtsabteilung veröffentlicht am 31. August 1999 die Redaktion »Kritisches Tagebuch« meine Recherche, andere Anstalten übernehmen die Sendung. Doch die gedruckte Presse erwähnt sie mit keiner Zeile. DaimlerChrysler dementiert nicht, Aussitzen heißt die Strategie in Stuttgart.

Das deutsche Labournet, die Internet-Koordination der Betriebs- und Gewerkschaftslinken versucht, gegenzusteuern. Unter [www.labournet.de](http://www.labournet.de) und über Mailing-Listen wird regelmäßig über die »Verschwundenen von Mercedes-Benz« berichtet. Damit werden Multiplikatoren in Gewerkschaften und Medien erreicht, meint die Industriesoziologin Mag Wompele von Labournet. Aber es stellt keine »veröffentlichte Meinung« dar, es ersetzt nicht die Presse.

Wahrscheinlich wäre die Strategie des Aussitzens erfolgreich gewesen – hätte nicht einen Monat nach der WDR-Sendung der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck im Namen des Vorstandes des Republikanischen Anwälten und Anwältevereins (RAV) Strafanzeige gegen DaimlerChrysler in Stuttgart, gegen die argentinische Niederlassung Mercedes-Benz und den damaligen Werksleiter Tasselkraut erstattet. Kaleck forderte die Staatsanwaltschaft Berlin auf, wegen Beihilfe zum Mord gegen den Konzern zu ermitteln. Seine Pressekonferenz war gut besucht, die linke Presse berichtete.

Kaleck arbeitet mit der Nürnberger »Koalition gegen die Straffreiheit« zusammen. Das Bündnis aus Kirchenleuten und Juristen hat bisher zwölf Einzelfälle von verschwundenen Deutschen und Deutschstämmigen bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth angezeigt. Mit der Strafanzeige gegen Mercedes-Benz wurde zum ersten Mal ein Fall von Gruppenverfolgung in Deutschland angeklagt.

Politisch ist dies aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung. Zum Einen will der Anwalt beweisen, dass sich die Verbrechen der argentinischen Militärs nicht »nur« gegen diejenigen gerichtet haben, die den argentinischen Staat bewaffnet bekämpften, sondern gegen alle, die dem politischen und ökonomischen Projekt der Herrschenden im Wege standen. Dazu gehörten auch kämpferische Gewerkschafter. Insofern waren die Menschenrechtsverletzungen keine Exzesse einzelner sadistischer Militärs, wie es oft dargestellt wird, sondern stellten ein geplantes Vorgehen zur Ausrottung der Opposition dar, das im In- und Ausland Unterstützung fand, weil – so lobt der Mercedes-Geschäftsbericht von 1976 – »Fortschritte in der Ordnung der Arbeitsverhältnisse« erreicht wurden.

Die deutsche Justiz ist für den Fall der verschwundenen Gewerkschafter zuständig,



obwohl sich die Geschichte in Argentinien abspielte. Denn die Zuständigkeit ist – unabhängig vom Tatort – immer dann gegeben, wenn Opfer oder Täter Deutsche sind. Im Fall Mercedes sind sowohl der damalige Produktionsleiter Tasselkraut als auch mögliche Hintermänner im Stuttgarter Mutterhaus Deutsche. Außerdem hatten die Gewerkschafter Jorge Lechner und Estéban Reimer deutsche Vorfahren.

Trotz der Strafanzeige wird der Fall vorerst nicht zum Thema. Die linken Medien und das Internet alleine reichen nicht aus. Die bürgerliche Presse boykottiert, gesellschaftliche Gruppen und Parteien machen es nicht zu ihrer Sache, und die paar Hörfunkbeiträge senden sich weg. Selbst die »Koalition gegen Straffreiheit« freundet sich nur langsam mit der Materie an. Niemand zwingt das Stuttgarter Unternehmen, Stellung zu beziehen, es passiert nichts. Wie können Themen zu gesellschaftlichen Themen werden?

Die Staatsanwaltschaft Berlin gibt das Verfahren vorübergehend nach Stuttgart ab. Dort wird nicht ermittelt, sondern – ohne die Beschuldigten und Zeugen um eine Stellungnahme zu bitten und ohne Beweise zu sichern – das Ermittlungsverfahren gegen das Mutterhaus eingestellt. Das Verfahren gegen den deutsch-argentinischen Manager wird fortgeführt und an die Berliner Justizbehörden zurückgegeben.

### **Exkurs: Eichmann und Mercedes-Benz Argentina**

Ich versuche, dem Thema neue Aspekte abzugewinnen, mich ihm von anderer Seite zu nähern. Zum Beispiel über die Geschichte. Ich untersuche den ersten Entführungsfall.

Ich stoße auf den früheren Mitarbeiter von Mercedes-Benz Argentina, Ricardo Klement. Er war am 11. Mai 1960 in Buenos Aires vom israelischen Geheimdienst Mossad entführt worden. Klement hieß in Wirklichkeit Adolf Eichmann, der »Zionismus-Experte« im Reichssicherheitshauptamt, der von seinem Schreibtisch aus den Völkermord an den Juden organisiert hatte.

Jeden Morgen fuhr Eichmann mit dem Omnibus in die Mercedes-Fabrik nach González Catán, abends kam er spät zurück. Mercedes hat nie öffentlich erklärt, welchem Umstand Eichmann seine Einstellung zu verdanken hatte. Die fachliche Qualifikation kann es nicht gewesen sein, Automechaniker oder Kfz-Schlosser war er nicht. Es müssen andere Gründe gewesen sein, die ihn für seinen Job beim deutschen Autobauer »qualifiziert« hatten.

In Argentinien hatten nach dem Zweiten Weltkrieg 50.000 Nazis mehr oder weniger vorübergehend Zuflucht gesucht, darunter Kriegsverbrecher wie der KZ-Arzt Josef Mengele. Bis 1955 legte Perón seine schützenden Hände über die »alten Kameraden«. Und bis zur Entführung Eichmanns wiegten sie sich in Sicherheit. Interpol weigerte sich, nach Kriegsverbrechern zu fahnden, da deren Straftaten angeblich »politische Hintergründe« hatten und die Verfolgung gegen das Interpol-Statut verstoße. Falls durch Zufall ein SS-Mann von einem Journalisten aufgespürt und ein Auslieferungsbegehren gestellt wurde, »verschwanden« entweder die Akten oder der Beschuldigte wurde rechtzeitig gewarnt. 1957 lehnte die argentinische Regierung die Auslieferung des kroatischen Ustascha-Führers, Ante Pavelic, ab, den Jugoslawien wegen der Ermordung von einer Million Serben und 60.000 Juden vor Gericht stellen wollte.

In den fünfziger Jahren war der junge Bonner Staat mit dem Wiederaufbau beschäftigt und an Nazi-Prozessen wenig interessiert. Die deutsche Botschaft in Buenos Aires händigte sogar dem KZ-Arzt Mengele einen Reisepass auf seinen richtigen Namen aus, Dr. Josef Mengele.

Die argentinische Historikerin Beatriz Gurevic erforschte dieses Kapitel im Auftrag der jüdischen Gemeinde von Buenos Aires. Viele Steine wurden ihr in den Weg gelegt, auch von ihren Auftraggebern, die um gute Beziehungen zur peronistischen Menem-Regierung der neunziger Jahre besorgt waren und die Nähe des Ehepaares Perón zu Nazis und Faschisten vor und nach 1945 unter den Teppich kehren wollten.

Fünf Jahre lang forschte die Historikerin in den Archiven des Außenministeriums und der Einwanderungsbehörde nach Dokumenten über die alten Nazis. Doch die Archive waren unvollständig, ganze Akten fehlten, zum Beispiel der Vorgang Adolf Eichmann. Als die Israelis den ehemaligen SS-Obersturmbannführer entführten, drohte die argentinische Regierung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Trotzdem hat sie über Eichmann alias Ricardo Klement wenig gefunden, weder die Protestnoten noch die Auslieferungsanträge. Die Beamten erklärten ihr, dass Israel wohl nie einen entsprechenden Antrag gestellt habe.

Eichmann war nach Kriegsende in Deutschland untergetaucht, da er wegen Mordes zur Fahndung ausgeschrieben war. 1950 gelangte er mit einem Flüchtlingsausweis des Vatikans über Italien nach Argentinien, wo viele »alte Kameraden« untergetaucht waren, die die Neuankömmlinge mit Jobs und Wohnungen versorgten. Seine Frau Vera und die drei Kinder kamen zwei Jahre später nach. Ein viertes Kind wurde 1954 in Buenos Aires geboren. Die Kinder besuchten unter ihrem richtigen Namen die Goetheschule, dieselbe Schule, die in den achtziger Jahren einem deutschen Auslandskorrespondenten »nahe legte«, seinen dunkelhäutigen Adoptivsohn woanders einzuschulen.

Die geflüchteten Nazis waren gern gesehene Arbeitskräfte bei den deutschen Unternehmen, die nach der Machtübernahme Hitlers mit wehenden Fahnen zu den Nationalsozialisten übergelaufen waren und für die nach 1945 das Dritte Reich zwar militärisch verloren hatte, aber nicht moralisch besiegt worden war. Siemens ließ in der Nachkriegszeit seine Interessen in Südamerika von dem hoch dekorierten Flieger-Oberst Hans-Ulrich Rudel vertreten.

Auch Adolf Eichmann halfen die deutschen Unternehmen bei der Flucht. Zunächst stand er bei dem ehemaligen SS-Offizier Carlos Fuldner und dessen Firma Capri unter Vertrag. Eichmann war als »qualifizierter Techniker« eingereist und wurde von Fuldner im staatlichen Wasserwerk untergebracht.

Fuldner war Angestellter der argentinischen Einwanderungsbehörde und Verbindungsmann zu General Perón. Viele seiner Kumpane holte er als »qualifizierte Techniker« für die von ihm gegründete Firma Capri ins Land. CAPRI ist die Abkürzung für »Gesellschaft für industrielle Projekte und deren Durchführung«, die im Landesinneren den Wasserstand der Flüsse und Niederschläge messen sollte, um Stauseen und Dämme zu bauen.

Auch Eichmann kam unter diesem Vorwand nach Südamerika. Zunächst ging er für Capri nach Tucumán. Doch Argentinien geriet in die Wirtschaftskrise, Staatsaufträge blieben aus, und 1954 meldete Capri Bankrott an. Eichmann alias Ricardo Klement zog nach Buenos Aires, in den vornehmen Stadtteil Olivos, in ein ansehnliches Anwesen in der Chacabuco-Straße Nummer 4261. Das 42 Meter tiefe Grundstück, verrät der heutige

Besitzer Pita Romero, ist in dieser Gegend, unweit des Präsidenten-Palasts, ein Vermögen wert. Eichmann muss es in jener Zeit gut gegangen sein. Doch eines Tages hat er Hals über Kopf seine Zelte abgebrochen. Er hat wohl gemerkt, dass ihm der Mossad auf den Spuren war. Er zog nach San Fernando, in die Garibaldi-Straße.

San Fernando ist immer noch ein sehr armer Stadtteil. An den Gleisen stehen Hütten aus Blech und Pappe, es riecht unangenehm vom nahe gelegenen Schlachthof.

Dort wo die Garibaldi-Straße in die Landstraße 202 mündet, wurde Eichmann um 19 Uhr 15 des 11. Mai 1960 von zwei Mossad-Agenten überwältigt und in einen Wagen gezerrt. Er kam, wie an jedem Tag, von seinem Arbeitsplatz bei Mercedes. Die Mossad-Agenten hielten ihm ein paar Tage in einer konspirativen Wohnung gefangen, bis sie ihn, betäubt, in ein Flugzeug der Fluglinie El Al verfrachteten und nach Israel flogen. Dort wurde er vor Gericht gestellt und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tod verurteilt und 1962 hingerichtet.

Wie haben seine früheren Arbeitskollegen bei Mercedes-Benz reagiert? Ich mache mehrere Personen ausfindig, die damals – 1960 – im Werk gearbeitet haben. Doch keiner will sich den Mund verbrennen. Schließlich stoße ich auf David Filc, den langjährigen Kassenwart der jüdischen Gemeinde.

Ich rufe ihn an, einen freundlichen Herrn. Ja, natürlich, er erinnert sich. Als er sich im März 1960 bei Mercedes-Benz Argentinien auf eine Zeitungsannonce vorgestellt hatte, waren im Werk – und in der Stuttgarter Zentrale, wie er später erfahren wird – etliche frühere SS-Leute beschäftigt. Vor allem seine deutschen Kollegen seien in der Nachkriegszeit durch das Wirtschaftswunder von den Vorzügen der Demokratie überzeugt worden, sagt Filc am Telefon und lacht. Selbstverständlich dürfe ich ihn bei meinem nächsten Aufenthalt in Buenos Aires besuchen.

Filc wohnt gegenüber des Botanischen Gartens. Er war als erster Argentinier in den Mercedes-Vorstand aufgenommen worden, zuständig für Finanzen und als Vertriebsdirektor. Heute ist er pensioniert, nach einem Herzinfarkt musste er seiner Frau versprechen, dass es außer Arbeit noch das Leben gibt und löste seinen Vertrag auf. Deshalb gelte er bei seinen früheren Arbeitskollegen als »Verräter«, sagt er schmunzelnd.

Seine jüdische Abstammung war der Firma vor der Einstellung bekannt. Man fragte ihn, woher er Deutsch könne. Er ist in Argentinien geboren, aber seine Eltern stammen aus Warschau, die Verwandtschaft, die in Polen geblieben ist, wurde von den Nazis ermordet.

Als Eichmann 1960 vom Mossad entführt und nach Israel verschleppt wurde, war das in ganz Argentinien ein Skandal. Das Außenministerium sprach von einem »schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts«. Nur bei Mercedes-Benz war das Thema tabu. »Die deutschen Kollegen«, so Filc, »erwähnten das Thema nicht, nur die argentinischen, hinter vorgehaltener Hand.«

Nach dem Interview über Eichmann frage ich Filc nach »der anderen Diktatur«. Welche Diktatur? Die Militärdiktatur von 1976 bis 83. Ach so, da war er im Vorstand tätig, bis er im Juli 81 ausgeschieden sei.

Viele seiner Freunde haben in der Zeit das Land verlassen müssen, niemand sei seines Lebens sicher gewesen. Und bei Mercedes? Komisch meint er, auch dort sei das Thema der Verschwundenen – wie zuvor bei Eichmann – ein Tabu gewesen. »Man sprach nicht

darüber.« Dabei sei er davon überzeugt, dass die Firma die Gunst der Stunde genutzt und sich unbequemer Gewerkschafter entledigt habe. Ich frage nach: Wie er das meine? Es sei ein offenes Geheimnis in der Firma gewesen, jeder habe es gewusst, aber niemand habe konkret nachgefragt. Ob er – der langjährige Finanzchef – wisse, dass den Witwen zehn Jahre lang eine Rente gezahlt wurde? Er zuckt die Achseln, das seien »Peanuts« für einen Konzern wie Daimler.

Ob er die Summe kenne, die seine Firma für die Freilassung von Heinrich Metz zahlen musste. Nein, das sei alles von Deutschland aus geregelt worden. Mehr will er dazu nicht sagen. Und schon gar nicht on the record.

Ich suche neues Material, neue Zeugen. Nur so kann ich die Strategie des Untertürkheimer Konzerns – das Thema auszuspitzen – durchkreuzen.

## **Juan José Martín**

Héctor Ratto hilft mir bei der Suche nach Juan José Martín, Sprecher des unabhängigen Betriebsrates und erstes Opfer bei Mercedes-Benz. Er lebt heute als Hausmeister mit seiner jungen Frau in einem Badeort, es reicht nicht hinten und nicht vorne.

Martín ist ein konservativer Mensch, sagt er, kein linker Aktivist. Ende der siebziger Jahre trat er in die Radikale Bürgerunion von Raúl Alfonsín ein, aber der enttäuschte ihn ebenfalls, heute hält er von Politik »gar nichts«.

Aber er hat einen Bruder, der Kommunist ist, und das hat ihn im Werk verdächtig gemacht. Zwar hat die argentinische KP die beiden Guerilla-Organisationen Montoneros und ERP als »Kleinbürger« bekämpft. Nach dem Putsch, als die Folterkammern und Mordmaschinen der Militärs auf Hochtouren liefen, sprachen die argentinischen Kommunisten immer noch von den angeblich »nationalistisch gesinnten Generälen«, die ein Gegenstück zum »Imperialistenfreund Pinochet« darstellen könnten. Die Sowjetunion machte glänzende Geschäfte mit der Diktatur, vor allem nachdem US-Präsident Carter wegen der Menschenrechtsverletzungen ein Weizenembargo gegen die UdSSR verhängt hatte.

Martín erinnert sich an jene Tage: Warum er mit der »Gruppe der Neun« eng zusammengearbeitet habe, wo er selbst kein Linker sei? Es habe keine Alternative gegeben, antwortet er. Die offizielle Gewerkschaft SMATA trat im Betrieb wie ein Teil der Werksleitung auf, statt sich für ihre Kollegen einzusetzen.

Als Sprecher des »Betriebsrates der Neun« war Martín den Arbeitgebern ein Dorn im Auge. Ihm war, zusammen mit den anderen 115 Kollegen, ein halbes Jahr vor dem Putsch fristlos gekündigt worden, worauf es zum schon erwähnten erfolgreichen Streik kam.

Von der geplanten Entführung des Managers Metz hatte im Werk niemand Kenntnis. Hätte man ihn, den Sprecher des Betriebsrates, vorher um seine Meinung gefragt, hätte er sich dagegen ausgesprochen. Aus menschlichen und aus politischen Gründen. Denn ab diesem Zeitpunkt eskalierte die Situation im Werk unnötig, erinnert sich Martín, Kompromisse mit der Geschäftsleitung wurden unmöglich.

Nach dem Putsch im März 76 hofften viele Argentinier tatsächlich, dass ihnen, die sie nichts mit dem Terrorismus zu tun hatten, nichts passieren würde.

Auch Martín sah in der Interessenvertretung nichts Böses und keinen Anlass, auf Tauchstation zu gehen. »Wir verlangten von der Personalabteilung, die Arbeiter gemäß ihrer Tätigkeit in die entsprechenden Gehaltsgruppen aufzunehmen. An gesundheitsschädigenden Maschinen sollte eine bestimmte Anzahl von Arbeitsstunden nicht überschritten werden. Doch darauf wollte sich die Firma nicht einlassen. Sie ignorierte die gesetzlichen Zuschläge für Nachtarbeit. Daraufhin beschlossen wir, die Überstunden zu verweigern.«

Zwar waren Streiks nach dem Staatsstreich verboten, und jeden Tag verschwanden unliebsame Kollegen aus den Betrieben. Aber Martín hielt an seinen Forderungen fest, er war kein politischer Aktivist und spürte nicht, dass man in jenen Tagen schon für weniger als für die Verweigerung von Überstunden liquidiert werden konnte.

Für die Militärs galt jede Versammlung, jeder Protest, als offene Rebellion, hinter der eine Organisation stehen musste. Und in ihren Augen konnten dies nur die Terroristen sein, gesteuert von Cuba und vom »internationalen Kommunismus«. Der Kalte Krieg wurde an die Pforten der argentinischen Automobilfabriken verlagert. Dort gingen Soldaten in Stellung, in der rechten Hand die Maschinenpistole, in der linken eine Namensliste.

Martín war der Erste, den es bei Mercedes nach dem Militärputsch erwischte: »Am 29. April sagte mir ein Kollege, schau mal, die Militärs sind im Werk. Sie bewegten sich auf dem Gelände, als wären sie dort zu Hause. Sie kamen, ohne Begleitung, in die Abteilung ›Lenkung‹, wo ich tätig war, und fragten, ob ich Juan José Martín sei. Ich bejahte. Ich müsse in die Kaserne La Tablada mitkommen, sie wollten mir einige Fragen stellen. Sie führten mich zuerst in meine Wohnung, von wem sie die Adresse hatten, weiß ich nicht. Sie durchsuchten alles, aber das einzig Verdächtige, was sie fanden, waren Zeitungsausschnitte über die Firma und ein Buch mit dem Titel Was ist Kommunismus? – ein Geschenk meines Bruder.«

In seiner konsularischen Vernehmung in der Deutschen Botschaft wurde Martín gefragt, woher seine Entführer seine Adresse kannten. Antwort: »Ich muss davon ausgehen, dass sie die Adresse in der Fabrik erfahren haben.«

Statt in der Kaserne lieferten ihn die Soldaten im Polizeirevier San Justo ab, in der Brigada de Investigaciones, einem berüchtigten Folterzentrum, wo ein gewisser Kommissar Rubén Lavallén das Kommando führte. Lavallén wird, nachdem die schlimmste Welle der Repression vorbei ist und die Betriebe von linken Gewerkschaftern »gesäubert« sind, Werkschutzchef von Mercedes-Benz werden. Martíns Zelle war so klein, dass er diagonal auf dem Betonfußboden schlafen musste. Sie hatte kein Fenster, und er bekam eine Woche lang nichts zu essen.

Sie verhörten ihn: Warum er seine Vorgesetzten ärgere, warum er Rechte für die Arbeiter fordere und ob er Terroristen kennen würde. »Auf vieles konnte ich nicht antworten, denn ich kenne keine Terroristen. Ich beantwortete ihre Fragen über die Situation bei Mercedes. Am achten Tag, und das erzähle ich heute zum ersten Mal, folterten sie mich mit Elektroschocks. Es war, als ob mein Gehirn davonflöge. Ich wollte alles zugeben, nur damit sie aufhörten. Aber ich kannte keine Terroristen, was sollte ich tun?«

Sie fragten ihn nicht zur Entführung von Heinrich Metz, sondern wo sich die »Gruppe der Neun« traf, und immer wieder nach Héctor Ratto. Und er erzählte alles, es gab nichts zu

verheimlichen.

Unterdessen waren seine Kollegen nicht untätig. Die Belegschaft – insgesamt mehr als tausend Mann – zog vor die Kaserne La Tablada und forderte seine Freilassung, zwei Tage lang. Sie riskierte damit, mitten in der Diktatur, ihr Leben.

Nach 19 Tagen Haft wurde Martín ohne Begründung freigelassen. Bis dahin wussten weder seine Familie noch seine Kollegen, dass er nicht in der Kaserne, sondern auf dem Polizeirevier in San Justo festgehalten wurde. Nur die Firma, glaubt Martín, war über seinen Aufenthalt und über die bevorstehende Entlassung informiert.

Einen Tag vor seiner Entlassung erhielt seine Frau von Mercedes-Benz ein Telegramm. Martín später in seiner konsularischen Vernehmung in der Deutschen Botschaft: »Darin hieß es, ich solle mir zehn Tage frei nehmen, um mich von dem, was mir geschehen war, zu erholen. Es handle sich dabei um einen bezahlten Urlaub.« Doch Martín war nicht in Ferienstimmung.

»Als ich in die Fabrik zurück kam, waren alle meine Kollegen auf der Straße versammelt. Viertausend Arbeiter, die mich begrüßten. Mir stiegen die Tränen in die Augen. Dann ging ich an meinen Arbeitsplatz. Doch ich wollte nicht im Werk bleiben. Ich konnte nicht mehr. Ich bat den Personalchef um eine Abfindung. Der entgegnete, dass nichts gegen meine Weiterbeschäftigung spräche. Nach dem, was sie nunmehr in Erfahrung gebracht hätten, sei ich der ›sauberste Arbeiter‹ im ganzen Werk. Er sagte nicht, wie er das in Erfahrung gebracht hatte.«

Martín litt an den Folgen der Folter, er konnte sich nicht mehr konzentrieren, und schließlich löste Mercedes-Benz das Arbeitsverhältnis auf. Er verließ die Firma und Buenos Aires und hatte fortan keine Probleme mehr mit den Militärs.

### »Pedro«

Seinen Namen will er nicht nennen, seine Adresse auch nicht. Er war bei Mercedes-Benz, Betriebsrat der ersten Stunde, bis heute ein verschüchterter Mann. Er fühlt sich immer noch verfolgt. Beim Interview im Café blickt er ständig nach hinten und zuckt zusammen. Seine Frau hat ihm angedroht, wenn er sich mit »der deutschen Journalistin« treffen würde, würde sie ihn verlassen.

Sie habe damals genug durchgemacht, entschuldigt er. Ob sie ihn wirklich verlassen würde, heute? Na ja, zumindest würde sie ihm die Hölle heiß machen. Deshalb habe er ihr nichts von unserem Treffen erzählt.

»Nach dem Putsch ging es im Betrieb zu wie im Kino. Zuerst der Höllenlärm der Hubschrauber, und plötzlich marschierten durch alle Abteilungen Soldaten, zusammen mit Meistern und Vorarbeitern. Sie nahmen sich Abteilung für Abteilung vor. Sie riefen wie auf dem Kasernenhof unsere Namen, und wir mussten einzeln vortreten. Wir mussten unsere Spinde öffnen. Kaum hatte ich meinen aufgeschlossen, stießen mich die Soldaten zur Seite und durchwühlten meine Kleidung. Dann fanden sie, wonach sie suchten: ›Da ist es!‹ riefen sie und ihre Augen leuchteten. Ich hatte einige Zeitungsausschnitte über die Fabrik und die Wirtschaft aufbewahrt.«

Im Mai 76, kurz nach der Freilassung des Kollegen Martín, kamen Scherwbewaffnete nachts zu ihm. Sie stellten ihn und seine Frau an die Wand, schlossen das drei Monate alte Baby im Badezimmer ein und suchten nach Waffen, Flugblättern und Zeitungen. Sie fanden nichts, und nach einer Stunde wurden sie über Funk an einen anderen Ort kommandiert.

Obwohl ihm nichts passiert war, hatte seine Frau einen Schock fürs Leben erlitten. Er fürchtete um sein Leben, wenn er im Werk bleiben würde. Wenn nachts ein Auto vor seinem Haus bremste, fuhren er und seine Frau schweißgebadet aus dem Schlaf hervor. Er wollte weg, möglichst weit weg, nach Patagonien. Für einen Neuanfang brauchte er aber Geld. Deshalb kündigte er und erhielt ein- oder zweitausend Dollar.

### **Der »Papagei« (el Loro)**

Alejandro Daer. Betriebsrat bei Mercedes-Benz. Ein Aktivist. Einer der überlebt hat. Er hatte den großen Streik 1975 organisiert. Die Nachbarn von González Catán waren solidarisch, erinnert er sich, vor allem die Kollegen von Volkswagen und Deutz. Dann entführte die Guerilla den Werksleiter Metz. Er soll, so hieß es, in den von den Montoneros am Werkstor verteilten Flugblättern, in seiner Aktentasche eine Namensliste aller Aktivisten gehabt haben. Viele von ihnen wurden später verschleppt und ermordet. Auch sein Name stand auf dieser Liste.

Daer war Vertrauensmann für die Leute von der Nachtschicht. Dort war der gelernte Elektriker für die Wartung zuständig. Man hatte ihm bei seiner Einstellung versichert, dass er nach seiner Heirat im März 1975 keine Nacharbeit mehr leisten müsse. Als er aus den Flitterwochen zurückkam, meldete er sich für die Schicht um sechs Uhr morgens. Doch er war weiterhin für die Nachtschicht eingeteilt und sah seine Frau nur noch zwischen Tür und Angel. Sie verließ morgens das Haus und kehrte um 21 Uhr zurück. Er musste um Viertel vor neun den Werksbus nehmen. Die Firma wollte nicht nachgeben, wollte zeigen, wer das Sagen hat. Und diese Willkür trug dazu bei, dass sich Daer im Betriebsrat engagierte.

Im Juli 1977 – da waren Estéban Reimer, Hugo Ventura und José Vizzini bereits »verschunden« – kündigte Daer bei Mercedes-Benz. Er wollte damit, sagt er heute, sein Leben retten. Es war gerade noch rechtzeitig:

»Am 16. August 1977 treffe ich auf der Straße frühere Arbeitskollegen. ›Wie geht's?‹, frage ich. ›Schlecht‹, antworten sie. ›Vor vier Tagen haben die Militärs Héctor Ratto vom Arbeitsplatz weg verhaftet.‹ Niemand wisse, ob er noch lebe. Am nächsten Tag besuche ich Juan Mosquera, wie ich Vertrauensmann der Nachtschicht bei Mercedes. Doch kaum klinge ich an der Tür, kommen seine Mutter und seine Tante heraus und erzählen unter Tränen, dass Juan vor ein paar Stunden von Bewaffneten verschleppt worden sei. Sie seien sicher noch in der Gegend. Ich solle bloß verschwinden!«

Alejandro Daer glaubte, dass nun er an der Reihe war. Er passte seine Frau auf der Straße ab und floh mit ihr nach Brasilien, ohne Papiere, ohne Geld. Er entkam um Haaresbreite.

»In der Nacht des 19. August umzingeln sie den Häuserblock und stürmen mein Haus.

Sie haben ein Foto von mir dabei, und fragen nach ›Loro‹. Loro ist mein Spitzname, ›Papagei‹ – vermutlich wegen meiner Nase. Sie ergreifen meinen Schwager und vergleichen ihn mit dem Foto. Aber er hat nicht die geringste Ähnlichkeit. Sie nehmen ihn trotzdem mit. In Handschellen, mit verbundenen Augen. Stundenlang fragen sie ihn, wo ich sei.«

Am 23. August schickte ihm Mercedes-Benz ein Telegramm, 22 Worte, aufgegeben um 21.10 Uhr. Die Firma weiß offensichtlich, dass Daer nicht verschleppt und verhaftet ist. Sie forderte Daer auf, »sofort« die Arbeit aufzunehmen. Anderenfalls würden sie sich alle entsprechenden Maßnahmen vorbehalten. Das bedeutet Kündigung ohne Zahlung einer Abfindung. Die billigste Lösung, sich eines unbequemen Betriebsrates zu entledigen.

Loro, der Papagei, kehrte nach neun Monaten Exil aus Brasilien zurück. Da war die schlimmste Welle der Repression vorbei. Die Fabriken waren von linken Gewerkschaftern »gesäubert«, die Betriebsräte zerschlagen worden. Argentinien führte bei der Fußballweltmeisterschaft der Weltöffentlichkeit ein friedliches, ein befriedetes Land vor.

Daer glaubt, dass die Firma Mercedes-Benz hinter den Verschleppungen stand und den Militärs zur Hand gegangen sei. Die Personalabteilung habe die Adressen ihrer Angestellten besessen, da bei jeder Einstellung der Wohnsitz angegeben werden musste. Und die Firma habe einen eigenen Werkschutz unterhalten, um die Arbeiter außerhalb der Fabrik zu überwachen. Als ihn die Militärs verhaften wollten, stürmten sie in den ersten Stock und öffneten auf Anhieb die richtige Tür. Das konnten sie, glaubt Daer, nur vom Werksarzt wissen, der ihn kurz zuvor aufgesucht und behandelt hatte.

### **Jorge Leichner, verschwunden am 14. August 1977**

Sein Vater, Jahrgang 1908, stammt aus Ostpreußen. Der Ingenieur wanderte zuerst nach Uruguay aus, wo er Brücken baute. 1970 siedelte die Familie nach Argentinien über.

Jorge Leichner hatte im Dezember 76 geheiratet. Zum Zeitpunkt seiner Ermordung war er schon nicht mehr bei Mercedes angestellt. Die Firma hatte ihm kurz nach dem Putsch gekündigt. Er habe Sabotage begangen, so die Begründung.

Diese Begründung war vorgeschoben, glaubt seine Witwe Estela. Die Prokuristin arbeitet in einer Autowerkstatt am Stadtrand von Buenos Aires. Während sie über Jorge, ihre große Liebe, erzählt, laufen ihr die Tränen über die Wangen. Ihre Angestellten blicken besorgt durch die Scheiben.

»Jorge hat mir nach der Kündigung erzählt, abends, im Vertrauen, dass er an dem Maschinenschaden nicht schuld war. Es war ein Vorwand, um ihn loszuwerden.«

Mercedes zahlte Leichner bei der Entlassung eine kleine Abfindung. Das junge Ehepaar baute damit ihr Häuschen aus, wo sie zusammen mit der Mutter lebten. Leichner rettete sich nicht durch sein Ausscheiden aus dem Betrieb. Er pflegte weiterhin Kontakt zu seinen Kollegen und er verteilte – so erzählt die Witwe – vor dem Werkstor Flugblätter gegen die Diktatur. Zwei Tage nach der Verhaftung Héctor Rattos und acht Monate nach seiner Hochzeit war es so weit:



»Sie kamen im Morgengrauen. In Zivil. Sie kamen vom Dach, von der Terrasse, durch die Haustür. Alles war umzingelt. Sie fragten nach Jorge Lechner. Jorge stand auf und sagte ›ich‹. Sie durchsuchten alles, ich weiß nicht, nach was sie suchten. Wir mussten uns auf den Boden legen, die Hände über dem Kopf verschränkt. Sie hielten uns Gewehre an die Schläfe. Als sie gingen, schlossen sie mich im Schlafzimmer ein. Jorge nahmen sie mit.«

Estela suchte in allen Kasernen der Umgebung nach ihrem Mann, wandte sich an die Justizbehörden, an Menschenrechtsgruppen. Ohne Erfolg. Für ihren Mann, schon nicht mehr auf der Lohnliste, zahlte das Werk keine Witwenrente, Estela musste sehen, wie sie sich fortan durchschlug.

Sie blieb ihm jahrelang treu, blickte keinen anderen Mann an. Jeden Abend, so erzählt mir später ihre Schwiegermutter, deckte Estela den Tisch und stellte für Jorge einen Teller hin. Er könne jeden Moment auftauchen. Estela hoffte, dass er in einem Gefängnis saß, vielleicht in Feuerland. Sie hoffte, dass die Diktatur einmal zu Ende gehen werde, dass sich dann die Gefängnistore öffnen und ihr Jorge zurückkehren würde.

Im Dezember 1983, nach dem verlorenen Krieg um die Malwinen-Inseln, zogen sich die Generäle in die Kasernen zurück. Und die Gefängnistore öffneten sich, die politischen Gefangenen wurden entlassen. Ihr Jorge war nicht dabei. Nicht einer der verschwundenen Betriebsräte von Mercedes-Benz Argentinien war dabei.

Mit der Zeit gewöhnte sich Estela an ihr Witwendasein. Zum Abendessen stellt sie für ihn keinen Teller mehr auf den Tisch.

## **Entführungen von Firmenmitarbeitern**

Trotz der im »Nunca-Más«-Bericht dokumentierten engen Zusammenarbeit von Ford mit der Militärdiktatur überlebten alle inhaftierten Ford-Arbeiter. Bei Mercedes hingegen wurden alle Aktivisten, die nicht rechtzeitig gekündigt hatten, ermordet. Einzige Ausnahmen sind Juan José Martín und Héctor Ratto. Warum starben bei Mercedes die Betriebsräte, und die bei Ford überlebten? Bei Mercedes war – anders als Ford – kein Manager ermordet worden. Rache für die Entführung von Heinrich Metz? Ich glaube nicht, denn Metz hat seine Entführung überlebt.

Ich glaube aber, dass die Ermordung der Betriebsräte von Mercedes etwas mit seiner Entführung zu tun hatte.

Heinrich Metz lebt heute in einer hessischen Kleinstadt. Ich will ihn anrufen, aber sein Anschluss ist abgemeldet. Ich mache seinen Sohn ausfindig. Die Nummer seines Vaters sei geheim, nachdem er vor drei Monaten telefonische Morddrohungen erhalten habe. Vor drei Monaten? Da hatte gerade der WDR meine Recherche veröffentlicht und der Republikanische Anwaltsverein Strafanzeige gegen DaimlerChrysler gestellt. Der Sohn richtet seinem Vater meinen Gesprächswunsch aus, und schließlich kann ich mit Heinrich Metz sprechen. Jedenfalls am Telefon.

Über seine Entführung will er nicht reden. Er dürfe nicht sprechen. Er habe dies Mercedes versprochen müssen. Er sei auch zu keinem Interview über sein persönliches Leiden in der Geiselhaft bereit.

Er sei nach seiner Freilassung Hals über Kopf in die Bundesrepublik geflogen und nicht mehr nach Argentinien zurückgekehrt. Er beziehe keine Rente aus Argentinien, und in Deutschland lebe er von der Betriebsrente Daimlers. Er könne nicht riskieren, diese Rente zu verlieren.

Mit diesem Verhalten habe ich nicht gerechnet. Sein Arbeitgeber habe doch damals die Forderungen der Kidnapper erfüllt, die 115 Entlassenen eingestellt, in Le Monde und im Guardian ganzseitige Anzeigen über die »arbeiterfeindliche Firmenpolitik« geschaltet und zum Schluss ein Millionen-Lösegeld bezahlt. Dafür könne er, das Opfer, doch nichts. Ja, das Lösegeld, schreit Metz in den Hörer, bei wem wohl zum Schluss das Lösegeld gelandet sei? Mehr will er nicht andeuten, und seine Telefonnummer verrät er mir nicht. Der Mann hat Angst.

Das Lösegeld wird zur heißen Spur, besser gesagt: die Höhe des Lösegeldes. In Presseberichten wurden immer vier Millionen Dollar erwähnt. Aber Firmensprecher hatten stets durchblicken lassen, dass die Summe sehr viel höher gewesen sei. Konkrete Angaben kamen aus der Chefetage nicht.

Warum diese Geheimniskrämerei? Schon damals war sie unverständlich. Unsinnig ist das Argument, man wolle durch »Erfolgsmeldungen« nicht die Methode Kidnapping populär machen. Denn den Entführern sind die erpressten Summen ohnehin bekannt, und ob vier, acht oder 64 Millionen (wie angeblich bei der Entführung des Großunternehmers Born) gezahlt wurden, ist unerheblich. Schon viel weniger macht aus Menschenraub eine einträgliche Quelle der Geldbeschaffung, sei es für die Revolution oder für die Schatulle des Bandenchefs.

Die Manager der internationalen Konzerne lebten damals – ab 1974 bis zum Putsch – in Angst und Schrecken. Bei Mercedes wurden zwei Werksleiter gekidnappt, im Oktober 1975 Heinrich Metz, und ein Jahr vorher Herbert Pilz.

Für die Befreiung von Pilz soll die Firma Presseberichten zufolge 1,5 Millionen Mark gezahlt haben. Auch er, so behauptet das Unternehmen, soll von Guerilleros entführt worden sein, mal ist von der PRT, ein anderes Mal ist von Montoneros die Rede. Ich zweifle an dieser Darstellung und glaube, dass dieser Mann entweder von normalen Kriminellen oder Angehörigen der Sicherheitskräfte aus dem Verkehr gezogen und gegen Bares auf freien Fuß gesetzt worden ist – vielleicht auch vom Werkschutz und vielleicht auch mit Wissen der argentinischen Manager. Nichts ist auszuschließen. Meine Recherchen bei den Überlebenden von Montoneros und PRT ergeben, dass dort der Name Pilz nicht bekannt ist. Sie schließen aus, dass diese sehr aufwendige Operation gegen einen multinationalen Konzern auf das Konto einer Splittergruppe gegangen ist.

Neben den von den Mutterhäusern entsandten Direktoren – für die es bei Entführungen mehr Geld gab – waren Personalchefs gefährdet, Frontschweine im Klassenkampf. Einige von ihnen waren ermordet worden. »Hingerichtet«, so die einschlägige Diktion, um der Arbeiterklasse zum Sieg zu verhelfen. Auf dem Höhepunkt der revolutionären Euphorie mögen die Guerilleros an die Wirksamkeit dieser Methode geglaubt haben. Vom heutigen Standpunkt aus haben sie das Gegenteil bewirkt. In den Betrieben, in denen Guerilleros »Ausbeuter hingerichtet« hatten, war auf Jahrzehnte hinweg keine unabhängige Gewerkschaftsarbeit möglich.

Die »Bestrafungsaktionen« der Guerilla liefen nach folgendem Schema ab: Zunächst wurde ein Betrieb ausgesucht, der wegen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, oder zwischen rechten und linken Gewerkschaftern, in

der Presse bekannt geworden war. Allein aus Sicherheitsgründen schon sprach die Guerilla ihre Aktionen nicht mit den im Betrieb aktiven Gewerkschaftern ab.

Ein Kommando, maskiert und bewaffnet, besetzte diesen Betrieb, trieb auf dem Hof Arbeiter, Gewerkschafter und Personalchefs zusammen und verkündete das Urteil: XY werde als Arbeitverräter oder Ausbeuterknecht von der Volksjustiz gerichtet. Und das bedeutete oft genug: vor den Augen der Belegschaft erschossen.

Meist waren die erschossenen Gewerkschafter in der Tat korrupte und durchtriebene Arbeitverräter, und die Personalchefs verhasste Menschenschinder. Doch nach ihren blutigen Aktionen zog sich die Guerilla in den Untergrund zurück, während ihre Sympathisanten, die sich vielleicht heimlich über die Abrechnung freuten, im Betrieb wie auf dem Präsentierteller zurückblieben.

Die Antwort des Klassenfeindes war zehnmal blutiger als die der Guerilla. Weil die Guerilla nicht greifbar war, hielt man sich an ihre Helfershelfer im Betrieb bzw. an diejenigen, die man für ihre Helfershelfer hielt. Da wurde eine Hand voll linker Aktivisten in den Werkshof getrieben und vor den Augen aller erschossen. Strafrechtliche Konsequenzen hatte das keine, niemand traute sich auszusagen.

### **Wie hoch war das Lösegeld für Heinrich Metz?**

Auf der Suche nach Personen, die mir Auskunft über die Höhe des Lösegeldes für die Freilassung von Heinrich Metz Auskunft geben können, finde ich Jörg Kastl. Er war im September 1975 zum deutschen Botschafter in Buenos Aires ernannt worden. Heute wohnt der 79-jährige erfolgsgewohnte ältere Herr in Berlin.

Der Diplomat hat die Bundesrepublik auf den Schauplätzen der Weltgeschichte vertreten, ein Mann, der von sich sagt, dass er »auch politisch auf dem linken Ohr nichts versteht«, und trotzdem unter dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt Karriere gemacht hat. Oder gerade deswegen.

Viele der von ihren Mutterhäusern an den Rio de la Plata entsandten Manager hatten damals in Montevideo gewohnt und waren jeden Morgen mit der uruguayischen Fluglinie »Pluna« eine halbe Stunde über den Fluss, zum Stadtflughafen Buenos Aires und von dort an ihren Arbeitsplatz gefahren. Im Nachbarland Uruguay hatten sich bereits im Juni 1973 die Militärs an die Macht geputscht, für die Vertreter des Auslandskapitals also ein Ort, an dem sie sich sicher fühlten.

Er habe, erzählt mir der frühere Botschafter, etlichen deutschen Managern Pässe auf andere Namen ausgestellt, was ihm einen »Rüffel« des Auswärtigen Amtes bescherte. Aber der Rüffel bremste seine Karriere in keinsten Weise.

Die deutschen Diplomaten bezogen in dem in Argentinien tobenden Klassenkampf eindeutig Position. Den Unternehmen halfen sie mit falschen Pässen, für die von den Militärs verschleppten linken Regimegegner rührten sie kaum einen Finger. Seit Jahren wird die deutsche Auslandsvertretung in Buenos Aires beschuldigt, sich nicht ausreichend beziehungsweise gar nicht für ihre Staatsbürger verwandt zu haben. Strafanzeigen wegen unterlassener Hilfeleistung sind gegen den früheren Außenminister Hans-Dietrich Genscher erstattet worden. Tatsache ist, dass die deutschen Diplomaten

keinen Einzigen der deutschstämmigen Verschleppten befreien konnten und die um Hilfe bittenden Familienangehörigen abwiesen. Die Bemühungen anderer Länder waren erfolgreicher. Dafür funktionierte der Handelsaustausch und vor allem auch der Verkauf von Rüstungsgütern aus den Häusern Mercedes-Benz und Siemens an die Militärs umso geschmierter.

Auch die Witwe des Mercedes-Betriebsrates Estéban Reimer hatte sich wiederholt schriftlich an die Deutsche Botschaft gewandt. »Mein Mann war bei einem deutschen Unternehmen tätig.« Eine Antwort hat sie nie erhalten.

Die argentinische Tageszeitung Página 12 berichtete, dass während der Diktatur ein argentinischer Militär ein eigenes Büro in der Botschaft unterhalten habe und die Mütter der deutschstämmigen Verschwundenen von den Diplomaten an ihn als Ansprechpartner in Menschenrechtsfragen verwiesen worden seien. Das Auswärtige Amt musste dies zugeben.

Jörg Kastl protestiert. Dafür sei sein Nachfolger verantwortlich, nicht er. Er habe, behauptet er, alles versucht, um das Leben deutscher und deutschstämmiger Staatsbürger zu retten. Ob er von dem Fall der bei Mercedes verschwundenen Betriebsräte gehört habe, darunter auch die Deutschstämmigen Estéban Reimer und Jorge Leichner? Nein, antwortet er, sein Amt sei damals von diesen Eingaben überschwemmt worden, an Mercedes könne er sich nicht erinnern. Und ob er nicht wenigstens einem deutschen Unternehmen auf die Finger geschaut habe? Dafür gesorgt habe, dass wenigstens dort die Menschenrechte der Beschäftigten gewahrt blieben? Nein, das sei nicht seine Aufgabe gewesen.

Um das Leben deutscher Geschäftsleute zu retten, nahm er alle Mühen auf sich. Zum Beispiel das Leben der Geisel Heinrich Metz. Als Daimler-Benz Ende 1975 das Millionen-Lösegeld, in kleinen Scheinen, über den Atlantik bringen musste, war Kastl behilflich. Damals herrschten in Argentinien Devisenkontrollen, das Unternehmen hätte das Geld nicht einfach von Stuttgart nach Buenos Aires überweisen können.

Seine Hilfestellung dementiert Kastl nicht. Er persönlich habe sich beim argentinischen Innenminister – »einem verständnisvollen Mann« – dafür verwandt, dass es keinen Ärger gab, denn Zahlungen an Geiselnahmer waren gesetzlich verboten. »Ich habe ihn erfolgreich gebeten, die Augen und die Ohren zu verschließen und nichts zu wissen. Daran hat er sich auch gehalten.« Wie hoch das Lösegeld war? Daran will sich Kastl nicht mehr erinnern.

Ich frage im Auswärtigen Amt nach, im Hause des Grünen Josef Fischer. Ein Zauberwort schwebt über dem Amt: Kontinuität, bloß nichts anders machen als die liberalen Vorgänger. Auch beim Thema Menschenrechte wird keine Ausnahme gemacht. Nein, von den verschwundenen Betriebsräten von Mercedes-Benz hat man nichts gehört, auch nicht von den beiden deutschstämmigen Verschwundenen, die Familien hatten sich nie an die Botschaft gewandt, es gebe keinen Vorgang. Auch zu Heinrich Metz will der Pressesprecher in seinen Archiven nichts gefunden haben.

Ich bleibe hartnäckig, deutsche Diplomaten hätten damals das Millionen-Lösegeld im Diplomatenkoffer nach Argentinien geschmuggelt, darüber müsse es doch Vermerke und Quittungen geben. Nach vielen Wochen findet der Pressesprecher doch etwas, eine Akte über den Vorgang Metz mit dem Vermerk VS-Vertraulich. Über die Höhe des Lösegeldes, behauptet der Pressesprecher, sollen sich in dem Dossier aber keine Angaben befunden haben. Die Akte werde nicht freigegeben, natürlich nicht freigegeben, wo kämen wir denn

da hin? Und schon gar nicht für journalistische Zwecke. Sackgasse.

## **Exkurs: Ermittlungen in Argentinien**

Schließlich finde ich eine Akte Metz, die Ermittlungsakte der argentinischen Staatsanwaltschaft, ein bizarres Dokument. Die Suche nach den Kidnappern wurde nicht im Oktober 1975, dem Zeitpunkt des Verbrechens, aufgenommen, sondern erst zehn Jahre später.

1985 waren die Militärs wieder in ihre Kasernen zurückgekehrt, Präsident Raúl Alfonsín regierte das Land und ließ die Junta-Kommandanten wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen vor Gericht stellen. Um sich gegen den Vorwurf der rechten Parteien zu wehren, er sei politisch blind, weil er nur die Untaten der Militärs, nicht aber die der Terroristen verfolge, schuf Alfonsín die Theorie der »zwei Dämonen«, die Theorie von den Terroristen von links und den Terroristen in Uniform. Gegen beide müsse man mit gleicher Härte vorgehen.

Diese Theorie ist haltlos, juristisch wie politisch. Juristisch, weil die internationale Rechtsprechung besagt, dass nur »Terroristen in Uniform« also staatliche Organe, Menschenrechte verletzen können. Morde im Auftrag des Staates zersetzen die Gesellschaft und treiben die Bürger in die völlige Schutzlosigkeit. Im Staatsauftrag handelnde Mörder töten ohne Risiko. Fast immer gehen sie straffrei aus.

»Terroristen von links« sind politische Bewegungen, die zur Erreichung ihrer politischen Ziele, nicht um sich selbst zu bereichern, Straftaten begehen, morden, rauben, betrügen. Sie wussten, bevor sie den Kampf aufnahmen, dass die von ihnen begangenen Straftaten – wenn sie erwischt werden – gesühnt werden, mit Gefängnis, mit Verfolgung, oft mit dem eigenen gewaltsamen Tod. Terroristen verletzen – so menschenverachtend ihre Aktionen auch in vielen Fällen sein mögen – nicht die Menschenrechte. Die Bekämpfung des Terrorismus regelt das Strafgesetzbuch, nicht Militärgesetze oder Kriegsordnungen. Sie dürfen nicht vor Standgerichte gestellt werden.

Präsident Alfonsín, selbst Anwalt für Menschenrechte, kannte natürlich diese Unterschiede. Aber er benutzte die Theorie der zwei Dämonen, um den Weg für die Amnestiegesetze zu ebnen. Als er den »Terroristen in Uniform« den »geschuldeten Gehorsam« zugestand und sie von der Strafverfolgung ausnahm, amnestierte er auch die »Terroristen von links«, Montoneros, darunter die mutmaßlichen Metz-Entführer.

Die umfangreiche Akte »Metz, Heinrich« trägt das Aktenzeichen 959/85. Nicht nur die Umstände der Entführung des Mercedes-Managers werden darin untersucht, sondern auch anderen Entführungsfällen wird nachgegangen. Auch die Frage des Lösegeldes wird untersucht. Der Auslieferungsantrag Mario Firmenichs, des undurchsichtigen Anführers der Montoneros, ist darin enthalten und Anschuldigungen gegen andere Kader der Guerilla. Die Metz-Entführung diente Mitte der achtziger Jahre als Universal-Delikt, um die aus dem Exil zurückgekehrten Guerilleros strafrechtlich und zivilrechtlich zu verfolgen.

Die Akte besteht aus mehreren Bänden, ich versuche, all das, was nicht direkt mit Metz zu tun hat, zu überblättern. Sie beginnt mit der schon erwähnten Anzeige von Rubén

Pablo Cuevas vom 24. Oktober 1975. Das Dokument wirkt wie eine Denunziation und nicht wie eine »Strafanzeige«. Cuevas Angaben werden von Kommissar Javier Russomanno aufgenommen, zweiter Mann bei der Abteilung »Asuntos Políticos«, Staatsschutz, assistiert von Inspektor Carlos María Aristegui.

Cuevas wird zur Person befragt: Nummer des Personalausweises: 2.925.041, Wohnort: Avenida del Libertador 2442, Firmensitz. Verheiratet. 48 Jahre alt. Er gibt zu Protokoll, dass er in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer (»gerente«) der Firma Mercedes-Benz aufs Revier gekommen sei. »An diesem Tag sei gegen 10 Uhr morgens die Belegschaft des Werkes in González Catán in einen überraschenden Streik getreten, der die erste Schicht und 1.500 Arbeiter und Angestellten betraf. Dieses Personal versammelte sich auf dem Werksgelände und verlangte nach einem Vertreter von SMATA. Nach etwa 20 Minuten erscheint bei den Streikenden Rubén Aguiar von der offiziellen Gewerkschaft. Man fordert von ihm, noch am gleichen Tag die Wahl acht neuer Betriebsräte zu organisieren. Aguiar antwortete, dass er erst einmal bei seiner Gewerkschaftsspitze nachfragen müsse, was zu tun sei. Ohne diese Antwort abzuwarten, händigte man ihm eine Liste mit neun Namen aus (anfangs waren es nur acht), bei denen es sich handelt um ...«

Es folgen neun Namen von Arbeitern, alle mit der Privatadresse. Laut Aussage von Cuevas teilte der Gewerkschaftsfunktionär seinen Kollegen mit, dass er sich Gedanken über das weitere Vorgehen machen und nun die Fabrik verlassen werde. Auch die Nachmittagschicht trat zu einer Personalversammlung zusammen, so fährt Cuevas in seiner Aussage fort, und legte die Arbeit nieder. Dieser Streik sei bereits vom Arbeitsministerium vor zwei Wochen für illegal erklärt worden, ohne freilich die Belegschaft überzeugen zu können, ihre Arbeit wiederaufzunehmen.

Die Belegschaft versammelte sich auf dem Werksgelände, in der Nähe einer kleinen Parkanlage. Dort seien zwei Tage vor der Metzführung folgende Personen gesichtet worden: Pedro Oscar M., Marcelino Olasiregui, Salvador Angulo V. und Carlos U. (die Namen sind in der Cuevas-Aussage ausgeschrieben). Der Firma ist die aktuelle Privatadresse dieser Personen nicht bekannt, sie nennt aber die Nummer des Personalausweises. In Argentinien ist die Nummer des Personalausweises eine Art Personenkennzeichen, sie ändert sich auch bei einer Ausstellung des neuen Ausweises nicht. Bei den vier von Cuevas genannten Personen handelte es sich um ehemalige Mercedes-Arbeiter. Die ersten drei waren bereits vor sechs Jahren entlassen worden, der Letzte erst 1974.

Cuevas: »Die genannten Personen sind, als sie im Betrieb tätig waren, in verschiedenen Situationen als »Kommunisten« aufgetreten. M., V. und Olisaregui hatten Verbindungen mit einem ehemaligen SMATA-Funktionär namens Ramón Rosa Corregidor, der als Mitglied der Montoneros verhaftet worden war.«

Diese Strafanzeige beweist, was DaimlerChrysler abstreitet oder sich nicht vorstellen kann: Im Auftrag der Firma wurden den argentinischen Sicherheitsbehörden Namen und Anschriften von linken Betriebsaktivisten überreicht, sie wurden als »Kommunisten« und Montonero-Freunde denunziert.

In der Ermittlungsakte Metz finde ich eine Kopie eines Fotos des Entführten aus der Montonero-Zeitung, mit entblößtem Oberkörper und Bart. Titel: »Ausbeuter Metz im Volksgefängnis«. Unterschrift: Kommando Juan Belaustegui und Juan Zanandrea. Auf diese Weise solle Volksjustiz gegen das imperialistische Monopol ausgeübt werden.

Mercedes-Benz habe 200 Arbeiter entführt, weil sie bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gefordert hatten. »Perón oder Tod, es lebe das Vaterland, bis zum Sieg, mein General.«

Offensichtlich waren die Entführer schlecht informiert. 115 und nicht 200 Arbeitern war gekündigt worden.

Mercedes wollte – wie schon ein Jahr zuvor bei Werksleiter Pilz – die Sache mit der Zahlung von Lösegeld erledigen. Lösegelder sind in Deutschland von der Steuer abzusetzen, im Endeffekt zahlt also der Steuerzahler, auch wenn ihre Zahlung in Argentinien illegal war. In der Akte finden sich keine Hinweise darauf, dass die Polizei größere Anstrengungen unternahm, die Entführer zu identifizieren und das »Volksgefängnis« zu suchen, in dem Metz gefangen war. Das lag nicht nur daran, dass die Politische Polizei alle Hände voll zu tun hatte, Attentate und Überfälle waren an der Tagesordnung.

Wahrscheinlich hat die Firma darum gebeten, das Problem alleine, ohne die Polizei zu lösen. Mir gegenüber hatte Jörg Kastl, der damalige deutsche Botschafter in Buenos Aires, erklärt, er habe über seine privaten Kontakte zum Innenminister verhindert, dass das Unternehmen mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen musste. Der Innenminister hat wohl die ihm untergebene Polizei beauftragt, die Metz-Entführer nicht zu verfolgen, die Firma in Ruhe zu lassen.

Muss sich der deutsche Botschafter den Vorwurf der »Strafvereitelung« gefallen lassen? Sicher gab es während der Geiselhaft von Metz gute Gründe, die Entführer in den Glauben zu wiegen, dass die Polizei nicht eingeschaltet werde und eine gewaltsame Befreiung der Geisel nicht beabsichtigt sei. Alles andere hätte sein Leben gefährdet. Aber dieser Grund bestand nur bis zum 24. Dezember 1975. Nachdem Metz freigelassen worden war und Südamerika verlassen hatte, hätten sowohl der Botschafter wie auch Mercedes-Benz mit Nachdruck auf eine Strafverfolgung mit rechtsstaatlichen Mitteln drängen können. Dies wurde unterlassen.

Bis zum Putsch fehlten nur noch drei Monate, und danach ging man gegen Kidnapper und ihre Sympathisanten mit anderen Methoden vor. Man ließ sie einfach verschwinden, Kidnapper und mutmaßliche Kidnapper, Leute, die mit ihnen sympathisierten, und Leute, die mit ihnen sympathisieren könnten.

In der Deutschen Botschaft und in den Chefetagen der multinationalen Konzerne waren die Putschpläne der Militärs bekannt. Jörg Kastl: »Wir haben vorher von dem Putsch gehört. Es war einer der best angekündigten Putsche, die ich erlebt habe. Wir haben den Militärs gesagt, wir haben Verständnis, dass ihr eingreift. Aber das muss mit rechtsstaatlichen Mitteln gehen. Wir, Sie müssen Lehren ziehen aus den Untaten des Pinochet-Regimes. Fußballplätze, das darf es in Argentinien nicht geben.« In Chile wurden nach dem Putsch vom September 1973 im Nationalstadion politische Gegner gefangen gehalten und gefoltert. Das hatte international Abscheu und Proteste hervorgerufen.

Fußballplätze gab es auch nicht in Argentinien. Die Methode bestand darin, die Regimegegner nachts aus ihren Betten zu holen, in Folterzentren zu verfrachten und dann zu ermorden. Ihre Körper wurden irgendwo verscharrt oder sie wurden aus Flugzeugen in den Rio de la Plata geworfen.

Zurück zu der Ermittlungsakte: Zum ersten Mal ermittelt die argentinische Justiz ernsthaft

ab 1985 in Sachen Metz. Bundesrichter Alberto Daniel Piotti wendet sich an die Firmenzentrale in Buenos Aires, lädt deren Manager vor. Es erscheint am 12. Juli 1985, um 10.30 Uhr Pedro Adolfo de Elías. Er beginnt seine Aussage mit einer Beschreibung der gewerkschaftlichen Konflikte jener Tage. Das Werk habe sich seit dem 8. Oktober im illegalen Ausstand befunden. Zur Entführung selbst konnte de Elías nichts aussagen, aber er berichtete, dass die Kidnapper gewerkschaftliche Forderungen gestellt hätten. Diese seien von der Firma erfüllt worden. Mercedes stellte 120 entlassene Arbeiter wieder ein, zahlte die Löhne für die Zeit des illegalen Ausstandes nach und erkannte den neu gewählten Betriebsrat, die »Gruppe der Neun«, als legitime Arbeitnehmer-Vertreter an. Geld sei bis zu diesem Zeitpunkt nicht gefordert worden. Erst als die »gewerkschaftlichen Angelegenheiten« erfüllt waren, gab es auch politische und finanzielle Forderungen, so de Elías. Die Firma sollte in ausländischen Medien eine von den Montoneros formulierte Anzeige schalten, die de Elías dem Ermittlungsrichter überreichte.

Außerdem habe die Firma ein Lösegeld in US-Dollars zahlen müssen. Der Kontakt mit den Entführern sei telefonisch erfolgt, direkt über die Firma. Die erste Forderung seien zehn Millionen gewesen, aber für die Montoneros sei nicht das Geld, sondern vor allem die Zeitungsanzeige wichtig gewesen. Mercedes bot die Zahlung des Lösegeldes an und versprach, nach der Freilassung von Metz die Anzeige zu veröffentlichen. Doch die Guerilleros wollten sich darauf nicht einlassen und drohten, Metz am 28. November zu erschießen. Die Zeit verging, und de Elías besuchte Leichenhäuser, stets in der Angst, unter den NN, den nicht identifizierten Leichen, seinen Kollegen Metz zu finden. Doch am 20. Dezember meldeten sich die Entführer wieder: »Wir erhalten von den Entführern erste Anweisungen über die Übergabe des Lösegeldes.«

Nach diesen Anweisungen sollten de Elías und Rubén Pablo Cuevas das Lösegeld übergeben. Cuevas sei bis vor zwei Jahren (also bis 1983 – Anm. d. Autorin) Justiziar der Firma gewesen. Am 20. Dezember stiegen de Elías und Cuevas in einen weißen Peugeot, ohne Firmenaufschrift, und fuhren Richtung Lanus Este, bis zu einem Platz. Dort suchten sie ein zweites, von den Entführern bereit gestelltes Fahrzeug, zu erkennen an einem Aufkleber mit einem rosaroten Panther am Rückfenster. Die beiden Manager hatten zehn Weinkisten dabei, zwei davon enthielten die gewünschten Dollarnoten. Sie stiegen samt den Kisten in das Rosarote-Panther-Auto und fanden dort neue Befehle.

Sie fuhren fünf Stunden durch die Gegend, stets von einem Ort zum anderen, wo sie neue Instruktionen der Entführer erwarteten. Zum Schluss landeten sie in der Toilette einer Tankstelle in Monte Chingolo, nahe der Kaserne. Plötzlich und ohne erkennbare Gründe brach der Kontakt ab. De Elías vermutet, dass die Terroristen nervös geworden waren, da noch in der Nacht der ERP diese Kaserne einnehmen wollte und die »Kollegen« von den Montoneros zuvor gewarnt hatte. Während der fünf Stunden Zickzack-Fahrt durch den Großraum Buenos Aires, so erinnert sich der Manager, hatten sie den Eindruck, beobachtet zu werden. Da waren eine merkwürdig aussehende »Nonne« und komische Spaziergänger.

Die zweite Übergabe begann in der Nacht zum 23. Dezember. Sie sollten am nächsten Tag dieselbe Route wählen, aber diesmal weigerten sie sich, in ein anderes Auto umzusteigen. Das wurde akzeptiert. Nach nur drei Stunden Zickzack wurden sie am Rande eines Elendsviertels von zwei Fahrzeugen angehalten. »Das Auto vor uns winkte uns mit einem hellblauen Tuch zu. Das war das Signal. Zwei Personen stiegen aus, ein Mann und eine Frau. Er: 25 bis 28 Jahre alt, groß, dünn, gut gekleidet, dunkelhaarig mit



Pomade und Schnauzbart. Er lächelte und wirkte fast sympathisch. Die Frau war um die 25 Jahre, ein Meter sechzig groß, nicht gerade schlank, aber gut aussehend und gut gekleidet. Ihre dunklen Haare reichten bis auf die Schultern. Sie trug eine Sonnenbrille. Sie setzten sich auf den Rücksitz unseres Autos und fragten, ob wir das Geld dabei hätten. Wir bejahten, das Geld sei im Kofferraum. Nach der Art, wie sie sich verhielten, zu urteilen, kamen die beiden aus guten Verhältnissen, sie wirkten gebildet. Sie befahlen uns, in das Elendsviertel zu gehen und uns nicht umzudrehen. Um 15.30 Uhr ging bei der Firma ein Anruf ein, in dem der Erhalt des Lösegeldes bestätigt wurde. Ab 17.00 Uhr konnten wir unser Fahrzeug vor dem Slum abholen. Metz würde am nächsten Tag, Heiligabend, auf freien Fuß gesetzt werden.«

De Elías wurde von Richter Piotti – zehn Jahre nach den Ereignissen – zum ersten Mal zur Identifizierung der Personen aufgefordert, die ihm damals das Lösegeld abgenommen hatten. Der Richter legte ihm Fahndungsfotos vor. Und der Zeuge behauptete, den Montonero-Kader Fernando Vaca Narvaja auf diesen Bildern wiederzuerkennen. Der wurde, gerade aus dem Exil zurückgekehrt, unter Anklage gestellt, zusammen mit der Montonero-Gründerin Graciela Daleo, dem »Buchhalter der Montoneros« Raúl Magario und vielen anderen. Die Rechtsanwälte der Anklagten hielten dies für ein politisches Manöver: Die Regierung der Radikalen Bürgerunion habe eine Schlammschlacht gegen die Peronistische Partei einleiten wollen, da seien ihr die an den Haaren herbeigezogenen Anschuldigungen gegen die Führungsriege der peronistischen Guerilla gerade recht gewesen.

Auch Rubén Pablo Cuevas, bis Anfang der achtziger Jahre Justiziar bei Mercedes-Benz, wird von Richter Piotti vorgeladen. Er erscheint am 31. Juli 1985, zehn Jahre nach seiner »Strafanzeige«. Ja, er habe an den Bemühungen um die Freilassung von Heinrich Metz teilgenommen, sagt er und beschreibt erneut die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen jener Tage. Die Verhandlungen mit den Entführern, die sich als »Marta« oder »Quiroga« oder »Peñaloza« ausgegeben hätten, seien vom damaligen Werkschef William Mossetti, den beiden vom Mutterhaus entsandten Managern, Klaus Oertel und Karl Leschner, dem Personalchef de Elías und ihm geführt worden. Immer wieder hätten die Entführer im Werk angerufen und einen Ort beschrieben, an dem eine Nachricht für sie versteckt sei, mindestens vierzig Mal.

Cuevas bestätigt die von de Elías gemachten Angaben über die Übergabe des Lösegeldes. Man habe zuerst die entlassenen Arbeiter wieder einstellen, dann eine Zeitungsanzeige veröffentlichen und am Ende eine »Geldstrafe« zahlen müssen. An die Höhe dieses Lösegeldes erinnert sich Cuevas nach zehn Jahren immer noch sehr genau: Von den ursprünglich geforderten sieben Millionen seien am Schluss vier Millionen Dollar übrig geblieben. Dieses Geld habe sich in dem weißen Peugeot befunden, der in der Tiefgarage der Deutschen Botschaft geparkt war. Cuevas überreicht Richter Piotti Kommuniqués, Flugblätter, die von Mercedes geschaltete Zeitungsanzeige sowie die Gespräche mit den Kidnappern, die die Firma damals auf Kassette mitgeschnitten hatte. Auch Cuevas werden Fahndungsfotos vorgelegt, er identifiziert aber nicht Vaca Narvaja, sondern einen anderen. Das Lichtbild Vaca Narvajás kommentiert er mit den Worten, dass er diese Person noch nie gesehen habe.

Ein weiteres Jahr verstreicht, bis der argentinische Richter – zum ersten Mal – das Opfer vernehmen lässt. Metz hat es abgelehnt, nach Argentinien zu reisen, er sei dafür zu krank, lässt er mitteilen. Am 26. September 1986 erscheint Metz im argentinischen Konsulat in Frankfurt am Main. Eine notarielle Zeugenaussage wird aufgenommen.

Er, Produktionschef bei Mercedes-Benz, sei am 24. Oktober 1975 um 4.10 Uhr in seinem Hausflur von einem mit einer Smith and Wesson, Kaliber 38, bewaffneten Person bedroht worden. Wie der Angreifer ausgesehen habe? Dünn, dreißig Jahre alt, Schnurrbart. Er habe ihn gefragt, ob er Heinrich Metz sei. Er habe bejaht. Er müsse mitkommen, wenn er Widerstand leiste, würde er ihn töten.

In der Eingangshalle hatten sich zwei weitere Bewaffnete befunden. Er wurde in einen Lieferwagen gestoßen und musste sich gefesselt und geknebelt auf den Boden legen. Das Kommando bestand insgesamt aus den drei Entführern, einem männlichen Fahrer und einer Frau. Die beiden zuletzt Genannten hatte er nicht sehen können. Nach einer halben Stunde Fahrt wurde das Fahrzeug gewechselt, nun wurde er in einen Fiat umgeladen, auch die Kidnapper wechselten. Er konnte ihre Gesichter nicht sehen. Ob die ersten Angreifer maskiert oder mit unverdeckten Gesichtern aufgetreten waren, wurde Metz nicht gefragt.

Die Fahrt ging weiter, bis der Wagen außerhalb der Stadt auf einem Lehmweg hielt. Metz wurde, versteckt in einem Sack, in ein Gebäude getragen. Dort landete er in einem niedrigen Drahtverhau, über ihm eine Art Plane. Der Boden war frisch zementiert, und die Schlösser wiesen keine Rostspuren auf. Offenbar war das »Volksgefängnis« erst vor kurzem eingerichtet worden. Nach einer Stunde kam ein maskierter Terrorist zu ihm, das Einzige, was er von ihm sehen konnte, waren seine blonden Haare, offensichtlich ein »Montonero-Offizier«, erinnert sich Metz, einer, der was zu sagen hatte. Er teilte ihm mit, dass er Ruhe bewahren solle, er sei wegen des Arbeitskampfes im Betrieb entführt worden, und wenn alles gut gehe, sei er in fünf oder sechs Tagen wieder auf freiem Fuß. Es gehe, so wurde ihm mitgeteilt, nicht um Lösegeld.

Metz hörte, dass das Haus von einem jungen Ehepaar mit einem kleinen Kind bewohnt wurde. Seine Notdurft musste er in einem Eimer verrichten, aus der Ferne hörte er Diesellokomotiven und startende Flugzeuge. Nach einer Woche ging plötzlich der Drahtverhau auf und er wurde brutal an Armen und Beinen gefesselt und wieder in einen Sack gesteckt. Er wurde in ein anderes Versteck gefahren, diesmal in eine Garage oder einen Schuppen. Dort war es etwas bequemer, er hatte eine richtige Zelle, zwar ohne Tageslicht, aber er konnte sich immerhin bewegen. Auf der anderen Seite des Flurs war eine zweite Zelle, die aber leer stand.

Kurze Zeit später traf eine Frau ein. Ihr Gesicht war maskiert, doch er war sich sicher, dass es dieselbe Frau war, die an seiner Verschleppung mitgewirkt hatte. Sie stellte sich als »Montonera« vor und erzählte ihm, dass sich die Verhandlungen mit der Firma als schwieriger als erwartet herausgestellt hätten. Deshalb sei er an einen bequemerem Ort gebracht worden. Hier sei auch Born festgehalten worden, erfuhr er, Inhaber des Getreidekonzerns Bunge und Born. Für die Freilassung der beiden Brüder Born musste die Firma 64 Millionen Dollar berappen. Das ist die offizielle Version, gerüchteweise soll aber weniger als die Hälfte wirklich an die Kidnapper geflossen sein, der Rest sei bei den beiden Firmenchefs verblieben, nunmehr als gewaschenes Geld.

Eigentlich, fuhr die Montonera fort, habe er es nicht verdient, so gut behandelt zu werden, denn schließlich sei er für die Kündigung von 200 Arbeitern verantwortlich.

An dieser Stelle hätte Metz stutzig werden müssen. Nicht 200 Arbeitern, sondern weniger als 120 war gekündigt worden. Über so gute Kontakte in den Betrieb, wie die Firmenleitung vermutete, verfügten die Kidnapper offensichtlich nicht.

Sie zwangen Metz, einen Brief an das Mutterhaus Daimler-Benz zu schicken und ihm die

Forderungen der Entführer zu übermitteln: Rücknahme der Kündigungen, Nachzahlung der durch Streik ausgefallenen Löhne, Anerkennung des neu gewählten Betriebsrates und die Zahlung eines Lösegeldes von zwanzig Millionen Dollar, über diesen Betrag könne man aber verhandeln.

Jeden Freitag wechselten seine Bewacher, und manchmal wurden in der leeren Zelle gegenüber Verwundete medizinisch behandelt. Einmal sei er auch von einem Arzt untersucht worden, der ihm Valium dagelassen hatte. Immer wieder musste er Briefe an Mercedes schreiben, die meisten auf Deutsch, die von seinen Bewachern gegengelesen wurden, sie selbst sprachen aber kein Deutsch untereinander und verboten ihm, sie in Deutsch anzusprechen. 50 Tage lang konnte er sich nicht duschen oder auf die Toilette gehen, Eimer und Schüssel waren sein Bad. Danach wurden seine Haftbedingungen etwas besser, er bekam eine Tageszeitung, durfte ins Badezimmer, erhielt besseres Essen und am Abend ein Glas Wein.

Am 53. Tag durfte er sich ausgiebig baden und rasieren, natürlich stets bewacht. Er wurde noch einmal medizinisch untersucht, erhielt seine Kleidung und sein Geld zurück sowie seine goldenen Manschettenknöpfe, ein Geschenk seiner Mutter. Eine Entführerin erklärte ihm, er werde nun freigelassen, nachdem seine Firma sieben Millionen Dollar Lösegeld gezahlt habe. Dies behauptet Metz in seiner Aussage, elf Jahre nach seiner Entführung, während dieser elf Jahre blieb er auf der Lohnliste des Stuttgarter Unternehmens. Er ist, nach seiner telefonischen Auskunft mir gegenüber, von deren Rentenzahlungen wirtschaftlich abhängig. Warum also redet Metz bei seiner Vernehmung in Deutschland von sieben Millionen Dollar Lösegeld, während die beiden Überbringer des Lösegeldes von 4,1 beziehungsweise vier Millionen sprechen?

Am 24. Dezember 1975 wurde Metz, fünfhundert Meter vom Bahnhof Martín Coronado entfernt, freigelassen. In der konsularischen Vernehmung in Frankfurt werden ihm Fahndungsfotos vorgelegt, und er identifiziert einen seiner Kidnapper: Lisandro Raúl Cubas, er habe ihn am Tatort von der Eingangshalle in den Lieferwagen verfrachtet. Er zeigt auch auf das Foto einer Frau, die im Lieferwagen neben ihm gesessen und ihn im Volksgefängnis besucht hatte, Amalia María Larralde und den Bewacher José Daniel Quinteros. Und dann zeigt er auf das Foto von Marcelino Eduardo Olasiregui, auch er habe ihn in der Eingangshalle mit einer Waffe bedroht.

### **Verurteilt aufgrund einer Denunziation: Marcelino Olasiregui**

Gegen die Beschuldigten werden Strafverfahren eröffnet. Auch gegen den von Metz als Kidnapper bezichtigten Marcelino Olasiregui.

Das Verfahren gegen Olasiregui wirft nicht nur ein bezeichnendes Licht auf die schlampigen Ermittlungsmethoden der argentinischen Behörden. Es wirft auch ein Licht auf die Firma Mercedes-Benz. Der Beschuldigte glaubt, dass sich das Unternehmen an ihm rächen wollte, die Vorwürfe seien absurd.

Olasiregui hat Metz gekannt. Er hat ihn sogar sehr gut gekannt. Olasiregui hatte von 1963 bis 69 bei Mercedes in González Catán als Schlosser gearbeitet, die letzten Jahre im Betriebsrat. Im Juni 1969 – da herrschte in Argentinien noch eine Diktatur – wurde er

im Rahmen eines gewerkschaftlichen Konfliktes und trotz seines Kündigungsschutzes herausgeworfen.

Metz hatte bis zu diesem Zeitpunkt fast täglich mit ihm zu tun, jeden Donnerstag setzte sich der Betriebsrat mit Metz und den Meistern zusammen und besprach alle Probleme, um Konflikte schon im Vorfeld zu entschärfen.

Es ist unwahrscheinlich, dass dieser Betriebsrat ausgerechnet seinen früheren Produktionsleiter sechs Jahre später und unmaskiert mit der Waffe bedroht und entführt. Es ist auch unwahrscheinlich, dass Metz nach seiner Freilassung niemanden davon in Kenntnis gesetzt hat, dass es sich bei einem seiner Kidnapper um den Ex-Betriebsrat Olasiregui handelte. Wieso also beschuldigt er ihn plötzlich, elf Jahre nach seiner Entführung?

Diese Frage kann nur Heinrich Metz beantworten. Und der zieht das Schweigen vor. Tatsache ist, dass das Unternehmen Olasiregui bereits am 24. Oktober 1975, da war Metz wenige Stunden vorher gekidnappt worden, bei der Bundespolizei als »Kommunisten« denunziert hatte, der Verbindungen zu den Montoneros unterhalte.

Ich besuche den heute 64-jährigen Olasiregui an einem Sonntag, er wohnt unweit des Mercedeswerkes in bescheidenen Verhältnissen. Auf dem Grundstück sind zwei Schäferhunde angekettet, die braucht man in der Gegend, erklärt er. Das flache Gartenhaus hat er nie fertig gebaut, eine Scheibe ist schon längere Zeit kaputt, überall liegt Gerümpel herum. Für mich hat er auf einem improvisierten Rost ein Asado vorbereitet, Innereien vom Rind.

Er ist sein ganzes Leben Arbeiter gewesen, sagt er. Viele Jahre hat er mit den Kommunisten sympathisiert, allein das muss ihn, den langjährigen Betriebsrat von Mercedes-Benz, in den Jahren des Kalten Krieges zum Gegner gemacht haben. In den Augen der aus Deutschland entsandten Manager galt: Kommunist gleich Terrorist. Auch wenn die argentinische KP die Guerilla als »Kleinbürger« verurteilte.

Olasiregui hatte, auch während der Diktatur, nie Probleme mit der Polizei. Er wohnt schon immer hier, sein Name steht im Telefonbuch. Natürlich kenne er, wie der Mercedes-Geschäftsführer Cuevas der Bundespolizei erzählt hat, den späteren Montonero Ramón Rosa Corrigidor. Der war Funktionär der Automobilarbeiter-Gewerkschaft SMATA und hatte einmal bei Mercedes schlichten wollen. Das war beim Streik 1969 gewesen, am Ende wurde Olasiregui entlassen und verlor auch den SMATA-Mann aus den Augen. Er verklagte Mercedes wegen unrechtmäßiger Kündigung und erhielt, Jahre später, eine Abfindung.

Aus heiterem Himmel fand er im April 1987 in seiner Post eine Vorladung zum nächsten Polizeirevier. Das war sieben Monate nach der Aussage von Metz – aber das war Olasiregui nicht bekannt. Er stellte sich auf der Wache vor und wurde unter der Anschuldigung des erpresserischen Menschenraubes gleich da behalten. Er wurde dem Haftrichter vorgeführt und landete im Gefängnis. Dort saß er insgesamt zwei Jahre, einen Monat und 16 Tage als Entführer.

1989 wird die Alfonsín-Regierung abgewählt, der peronistische Präsident Menem übernimmt das Amt. Er will Ruhe in der eigenen Partei, das ungeliebte Thema Montoneros vergessen. Vor allem aber will er Ruhe in der Armee, und die Offiziere haben sich schon mehrere Mal erhoben und die Einstellung der Verfahren wegen der Menschenrechtsverletzungen gefordert.

Menem erledigt »zwei Vögel mit einem Schuss«, wie die Lateinamerikaner sagen: Er begnadigt die Terroristen von rechts und die von links, Menschenrechtsverletzer und Guerilleros.

Von Strafverfolgung freigestellt werden 25 mutmaßliche Metz-Entführer, die Angeklagten der Strafsache 959: darunter Graciela Daleo und Raúl Magario. Begnadigt wird auch Marcelino Olasiregui. Er erfährt davon aus der Zeitung. Gebeten hatte er nicht darum. Er lehnt das Pardon ab, fordert und erhält einen Prozess und wird von den Vorwürfen freigesprochen.

## **Menem und die Montoneros**

Im Gegensatz zu Olasiregui nehmen die Montoneros die Begnadigung an. In Argentinien herrschte von 1989 bis 99 die Regierung des Peronisten Carlos Menem. Er unterhielt seit den siebziger Jahren Beziehungen zu den Montoneros, als er noch einen rasanten Backenbart trug, sich »Antiimperialist« nannte und von einer Reinkarnation des Caudillo Facundo in seiner Person träumte. »Die Revolution hat ihren tiefsten Sinn, wenn sie das verteidigt, was die Jugend, die FAR und die Montoneros auf ihre Fahnen geschrieben haben.« Mit diesen Worten ließ sich Menem von Descamisado, dem Zentralorgan der revolutionären Peronisten, zitieren. Die FAR war eine peronistische Guerilla, die sich später den Montoneros anschloss.

Als Menem 1989 sein Amt antrat, überraschte er Freunde wie Feinde. Aus einem peronistischen Fundamentalisten mit engen Beziehungen zur arabischen Welt war ein williger Erfüllungsgehilfe der Internationalen Finanzorganisationen geworden. In den zehn Jahren seiner Regierung privatisierte er die Staatsbetriebe, schwächte die Gewerkschaften, liberalisierte das Arbeitsrecht und erklärte die USA zu seinem großen Vorbild.

Waren schon unter der Militärdiktatur die Rechte der Arbeitnehmer mit Füßen getreten worden, so verschlechterte Menem noch einmal ihre Situation. Zwar gelten die kollektiven Rechte wieder, das heißt, in Argentinien darf gestreikt werden und kein Gewerkschafter wird wegen seines Engagements ermordet. Aber die individuellen Rechte wurden massiv eingeschränkt. Die gesetzlichen Abfindungen wurden radikal gekürzt – das war bis dahin für Gekündigte die einzige Möglichkeit, sich über Wasser zu halten, denn Arbeitslosengeld erhalten sie nicht. Der Kündigungsschutz und die Rechte der Belegschaft im Falle eines Bankrotts wurden eingeschränkt, lange Probezeiten eingeführt und die Tarnung von Arbeitsverhältnissen in Lehrzeit und Praktikum erlaubt.

Für diese radikale Kehrtwendung brauchte Menem Ruhe in der Partei. Nörgeleien um »politische Gefangene« hätten sein Konzept gestört. Den schmutzigsten Teil der Arbeit hatte ohnehin bereits sein Vorgänger, Raúl Alfonsín, erledigt, der mit der Verabschiedung des »Schlusspunkt-Gesetzes« die Verfahren gegen Folterknechte und Mörder der Diktatur einstellen ließ. Menem begnadigte nur noch per Dekret die verurteilten Junta-Kommandanten und, in einem Aufwasch, die früheren Guerilleros, darunter die mutmaßlichen Metz-Entführer.

Zwei große Guerillagruppen hat es in Argentinien gegeben, die peronistischen

Montoneros und die PRT (Partei der Revolutionären Arbeiter) samt ihres bewaffneten Armes, dem ERP (Revolutionäres Volksheer). Die PRT hat trotzkistische Wurzeln. Die beiden Gruppen legten nach ihrer politischen Niederlage ein unterschiedliches Verhalten an den Tag.

Die früheren Kämpfer der PRT und des ERP integrierten sich individuell in die Gesellschaft. Luis Mattini, einst Mitglied im Politbüro der PRT, schätzt, dass aus dem Exil 300 Genossen nach Argentinien zurückkehrten, 300 wurden aus dem Gefängnis entlassen und weitere 300 hatten sich während der Diktatur irgendwo in Argentinien versteckt. Nach der Demokratisierung gingen einige zur »Partido Intransigente«, andere, wie Mattini, zur KP. Die meisten jedoch gingen einfach nach Hause. Sie suchten sich einen Job, verliebten sich, bekamen Kinder. Sie wurden nicht unpolitisch und schwörten nicht ihren Ideen ab, engagierten sich weiter in den Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Stadtteil-Initiativen, aber ihr politisches Projekt hatte aufgehört zu existieren, ihr Ziel – eine gerechte Gesellschaftsordnung – ist heute weiter entfernt als in den siebziger Jahren.

Das ERP hat schon in den siebziger Jahren ihre Aktivitäten eingestellt, die PRT führt ein wenig beachtetes Schattendasein. Ihr liege nicht viel an der Öffentlichkeit, erklärt mir ein PRT-Kader. Ihre Strategie definiert er als »revolutionär, volksdemokratisch und antiimperialistisch«. Im heutigen Argentinien sei legale politische Arbeit nicht möglich, die PRT setze – statt auf Gewerkschaftsarbeit – auf systematische Sabotage und den Aufbau einer breiten, militanten Bewegung, nicht nur im städtischen Bereich, sondern auch im Landesinneren.

Die Montoneros hingegen, schon früher nicht klar ideologisch festgelegt, ließen sich bereitwillig in die Menem-Regierung integrieren. Sie waren Peronisten und blieben Peronisten. »Die Montoneros sind eine Armee, zwar eine geschlagene Armee, aber immerhin eine Armee«, so ein früherer Militanter. Indem sie Menem in den neunziger Jahren wieder an sein peronistisches Herz drückte, neutralisierte er im Vorfeld Kritik vom linken oder nationalistischen Parteiflügel.

Insgesamt 500 Montoneros wurden bis 1999 »recycelt«, schätzt die argentinische Journalistin Viviana Gorbato. In ihrem Buch Montoneros – Soldaten Menems, Soldaten Duhaldes veröffentlicht sie Listen der früheren Kader und ihrer Positionen während der Menem-Regierung: im Innenministerium, in der Zentralbank und an den Universitäten. Ansehnliche Gehälter kassieren sie dort. Andere kamen in der privaten Wirtschaft unter. Der Verbindungsmann zwischen Perón und der radikalen JP, der Peronistischen Jugendorganisation, der besonders radikale Montonero Rodolfo Galimberti, war zuerst Leibwächter dann Geschäftspartner bei »Hard Communication« von Juan Born, des einst von den Montoneros entführten Konzernchefs von »Bunge und Born«.

### **Noch einmal: Das Lösegeld**

Raúl Magario, seinerzeit bei den Montoneros für Finanzen und Logistik verantwortlich, überwinterte die Diktatur im mexikanischen Exil und wurde von Menem – was die Entführung von Heinrich Metz und der Brüder Born anging – begnadigt. Danach kam er

im Innenministerium und dann bei seinem Parteichef Duhalde unter.

Ich habe mir seine Telefonnummer besorgt. Gerne ist er zu einem Interview bereit. Ja, man habe versucht, ihm die Metz-Entführung in die Schuhe zu schieben, sagt er, der Staatsanwalt hatte seine Bankkonten beschlagnahmen lassen, er saß im Gefängnis. Seine Stimme sei angeblich als die Stimme eines Entführers identifiziert worden, er soll sich in Telefongesprächen mit Managern von Mercedes-Benz unter dem Namen »Doctor Peñalosa« vorgestellt haben. Dies sei eine Unterstellung, er sei nicht als Unterhändler der Kidnapper aufgetreten, meint Magario, wenngleich er diesen Decknamen in den Gesprächen mit dem Bankier David Graiver benutzt habe.

Er ist begnadigt worden, muss also keine strafrechtlichen Konsequenzen fürchten, wenn er sich zu der Metz-Entführung bekennen würde. Und er gebe offen zu, die 64 Millionen Dollar Lösegeld für die Brüder Born entgegengenommen zu haben. Damals habe er des Öfteren hohe Summen erhalten und an den Bankier Graiver weitergeleitet, der später angeblich bei einem Flugzeugunfall ums Leben gekommen war und bei dem sich die Spuren der Montonero-Millionen verlieren. Und durch seine Hände sind auch die Metz-Millionen gelaufen, aber wie hoch das Lösegeld gewesen ist, weiß er nicht mehr. Man dürfe eine revolutionäre Organisation nicht mit einer Sparkasse vergleichen, aus Sicherheitsgründen seien über solche Dinge keine Bücher geführt worden.

Magario erinnert sich nur noch daran, dass er das Metz-Lösegeld von seinem Genossen Julio Alsogaray erhalten habe, verpackt in zwei Kartoffelsäcken.

Magario besorgt mir seine Telefonnummer. Ich treffe ihn in seinem Büro in einer großen, öffentlichen Bank. Dort arbeitet er als Chefökonom, aus seiner Vergangenheit macht er kein Hehl, den Nachnamen seiner Familie kennen sowieso alle Argentinier. Er ist mit den Parteifürsten der UCD, der Partei der Oligarchie, verwandt. Seine Tante war Menems Umweltministerin, gegen sie sind zahlreiche Anklagen wegen Korruption anhängig. Sein Vater war Oberkommandierender der Streitkräfte und sein Bruder Juan Carlos kam während des Bürgerkriegs in Tucumán ums Leben. Heute engagiert sich Alsogaray politisch nicht mehr, nur an den Demonstrationen für die Menschenrechte nimmt er teil.

Ja, er erinnert sich an die Metz-Millionen. Eines Tages habe er die verschlüsselte Nachricht erhalten, dass »Geld eintreffen« würde. Dann seien zwei Compañeros der Süd-Kolonie bei ihm erschienen, mit zwei Kartoffelsäcken. Das müsse im Januar 76 gewesen sein. Einen Monat lang habe er mit seiner Frau auf den Säcken geschlafen.

Mit der Entführung selbst habe er nichts zu tun, könne mich nicht mit diesen Leuten zusammen bringen, wahrscheinlich sei keiner mehr am Leben. Die einzelnen Fraktionen hatten damals relativ wenig Kontakt untereinander, und niemand war so lebensmüde, sich mit der Teilnahme an einer bewaffneten Aktion zu brüsten.

Ob er sich an den Betrag erinnere, auf dem er wochenlang geschlafen habe? Ja, natürlich, so als ob es gestern gewesen sei. Kein Genosse nehme Geld entgegen, ohne die Höhe zu kennen und zu kontrollieren. Es seien zwei Millionen US-Dollar gewesen, da ist er sich ganz sicher. Seine Frau, von der er inzwischen getrennt lebt, könne das bezeugen. Dieses Geld habe er Magario übergeben.

DaimlerChrysler verschweigt bis heute hartnäckig die Höhe des Lösegeldes. Auf mein Nachfragen erhalte ich folgende Antwort: »Wir bedauern, Ihnen nicht ausführlicher antworten zu können, aber Ihr Interesse gilt Vorgängen, die nunmehr ein Vierteljahrhundert zurückliegen. Mit freundlichen Grüßen. Vice President Corporate

Communications. DaimlerChrysler.«

Welchen Grund hat das Unternehmen heute, über 25 Jahre später, dafür. Warum so viel Geheimniskrämerei?

Zur Erinnerung: Der Montonero Alsogaray hat unter seinem Bett, in einem Kartoffelsack, zwei Millionen Dollar versteckt. 4,1 Millionen Dollar will seiner eigenen Aussage zufolge der Mercedes-Manager de Elías den Entführern übergeben haben. 4 Millionen Dollar will Justiziar Cuevas, zusammen mit de Elías, übergeben haben. 4,1 Millionen steht in der Anklageschrift gegen Raúl Magario vom 20. Juni 1989.

An den Betrag will sich der frühere deutsche Botschafter nicht erinnern, der geholfen hat, das Geld nach Argentinien zu schaffen. Auch in den Akten des Auswärtigen Amtes soll sich angeblich kein Hinweis auf die Höhe des Lösegeldes befinden.

Die Tageszeitung Die Welt schrieb, dass Daimler-Benz 7,5 Millionen Dollar Lösegeld für Metz gezahlt habe. Das Untertürkheimer Unternehmen dementierte diesen Bericht nicht.

Die Finanzbehörden konnten kaum eine Empfangsbescheinigung für die Entgegennahme des Lösegeldes fordern, wahrscheinlich hat die eidesstattliche Versicherung eines Stuttgarter Managers ausgereicht.

Tatsache ist, dass das Lösegeld vom deutschen Finanzamt als »Betriebsausgabe« steuerlich anerkannt wurde. Dies hat mir gegenüber Mercedes-Direktor Oertel ausdrücklich bestätigt.

Je höher das Lösegeld, desto höher die Steuerminderung. Hätte der Konzern beim deutschen Fiskus 7,5 Millionen Dollar, zwanzig Millionen DM, geltend gemacht, dann hätte der Steuerzahler auf 12 Prozent Gewerbesteuer und 56 Prozent Körperschaftssteuer verzichtet, das bedeutete eine Steuerersparnis von über fünf Millionen Dollar. Abzüglich der wahrscheinlich an die argentinischen Direktoren überreichten 4 Millionen würde das einen Reingewinn von über einer Million Dollar ergeben. Damit wäre die revolutionäre Aktion ein glänzendes Geschäft für die Kapitalisten gewesen.

Die Firma vermutete, dass Heinrich Metz vor seiner Entführung ausspioniert wurde und dass sich Hinweisgeber in der Belegschaft befanden. Sind die ermordeten Betriebsräte von Mercedes-Benz die Rache für seine Entführung? Wurden sie von der Firmenleitung als »Terroristen« denunziert und damit zum Abschuss freigegeben? Um Mitwisser auszuschalten, die die wahre Höhe des Lösegeldes kannten? Um den Steuerbetrug zu vertuschen? Kann Wahrheit derart banal sein?

## **Klaus Oertel**

Klaus Oertel verfügte über gute Beziehungen zum Bundeswirtschaftsministerium, wo er in der Presseabteilung tätig gewesen war, bevor ihn Daimler Benz abgeworben hat. Er leitete Mitte der siebziger Jahre Mercedes-Benz Argentina, in jenen Jahren, als zwei Manager entführt und mindestens vierzehn Betriebsräte von den Militärs ermordet wurden. Heute ist er – Jahrgang 1933 – pensioniert und lebt in Miami. Ich treffe ihn in Berlin, wo er auf seine alten Tage Immobiliengeschäften nachgeht. Zu Heinrich Metz



möchte ich ihn gerne interviewen, dem Terroristen-Opfer, sage ich am Telefon, und Oertel willigt ein. Wir treffen uns im Café des Hotels Interconti. Erkennungszeichen: sein kleiner schwarzer Hund.

Argentinien war die erste Auslandsinvestition seines Unternehmens nach dem Krieg, noch unter Perón – 1952 – sei man an den Rio de la Plata gekommen, damals ein reiches Land, in dem lukrative Märkte lockten, zivile wie militärische. In seiner Zeit sei die argentinische Armee Hauptkundin des Unternehmens gewesen, die Kontakte waren ausgezeichnet. Und trotz Terrorismus habe er sogar im schlimmsten Jahr – 1975, ein Jahr vor dem Putsch – die Bilanz in den schwarzen Zahlen halten können. Wenn das kein Erfolg ist!

Oertel war 1974 nach Buenos Aires geschickt worden. Gerade war Werksleiter Pilz entführt worden, bestimmt auch von Terroristen, da ist sich Oertel bis heute sicher, auch wenn er von der argentinischen Realität wenig Ahnung hat. Wer sonst sollte es gewesen sein? Ich widerspreche. Nach meinen Recherchen seien das normale Kriminelle gewesen. Bei den Resten von Montoneros und PRT hatte ich nachgefragt, niemandem hatte der Name etwas gesagt, und auch die überlebenden Betriebsaktivisten schüttelten den Kopf. Und die hätten auf irgendeine Weise mit Sicherheit von einem politischen Hintergrund erfahren. Denn das Strickmuster besagt, dass eine linke Organisation nach der Entführung eines »Ausbeuters« zuerst ein Kommuniqué im Betrieb verteilt, dort wo sie sich verankern und den revolutionären Funken überspringen lassen will. Bei Pilz aber war Funkstille auf allen Kanälen.

Ab Anfang 75 übernahm Oertel die Leitung der argentinischen Niederlassung. Damit wurde er automatisch zu einem gefährdeten Mann. Seinen vierzehnjährigen Sohn fuhr er jeden Morgen in die Goetheschule und ließ ihn nachmittags abholen, ohne Begleitung durfte der Junge das Gymnasium nicht verlassen. In seinem Hausflur sei einmal eine Bombe explodiert, sagt er, die Situation in Buenos Aires war nicht mehr zu ertragen.

»Wir lebten in einer möblierten Wohnung und bewegten uns unauffällig. Man zieht sich unauffällig an, man benutzt, was im Fall Mercedes besonders schmerzlich ist, kein Auto der eigenen Marke. Wir sind selten denselben Weg gefahren, wir hatten also keine erkennbare Routine in unseren Bewegungen. Als Heinrich Metz entführt wurde, sind alle Manager der multinationalen Konzerne nach Montevideo beziehungsweise nach Uruguay gezogen und haben sich dort eine Wohnung gemietet. Wir wurden dort sehr gastfreundlich aufgenommen (in Uruguay hatten zwei Jahre vorher die Generäle die Macht übernommen – Anm. der Aut.) und flogen jeden Morgen mit einem Flug der Linie »Pluna« nach Buenos Aires, um an Ort und Stelle die nun einmal unvermeidbaren Aufgaben zu erledigen.«

Einen falschen Pass habe ihm der deutsche Botschafter nicht ausgehändigt, aber die Flüge seien nicht auf seinen Namen gebucht worden. Die ganze Maschine sei voll gewesen, mit Direktoren von Ford, Coca-Cola und Fiat. Nicht nur Freunde musste er in Argentinien zurücklassen, auch sein Sohn ging zurück nach Deutschland.

Gegen Kidnapping in aller Welt schützen sich heute Großunternehmen mit Versicherungspolicen, die Allianz, Lloyds und AIG sind Marktführer. Im Falle einer Entführung übernimmt die Assekuranz das professionelle Verhandeln mit den Gangstern und zahlt das Lösegeld. Und die Konzerne können die Prämie von der Steuer absetzen – wieder steht also letzten Endes der Steuerzahler für das Risiko der Privatwirtschaft ein.

Policen gegen Geiselnahme und Schutzgelderpresser sind erst Anfang der neunziger

Jahre entstanden, für Unternehmen, die in Russland oder Südamerika operieren. Mitte der siebziger Jahre war dieser Markt noch nicht so weit entwickelt. Mercedes war damals nicht gegen Kidnapper gewappnet, erinnert sich Klaus Oertel. Er führte, zusammen mit Direktor William Mossetti die Verhandlungen mit den Entführern. »Wir wurden angerufen, das war die übliche Weise. Und dann bekamen wir Lebenszeichen, die wir forderten, denn wir mussten ja wissen, ob wir mit den richtigen Leuten sprachen. Wir fragten Dinge ab, die nur Herr Metz beantworten konnte.«

Oertel hat seine eigene Lesart der Geschichte, eine Lesart, die der Darstellung anderer widerspricht und ein bezeichnendes Licht auf sein Verständnis politischer Zusammenhänge und der argentinischen Gegebenheiten wirft. Während selbst die argentinischen Manager von Mercedes-Benz stets darauf hingewiesen haben, dass die Entführung Teil des Betriebskampfes war und die Forderungen auf die Verbesserung der Arbeitssituation abzielten, behauptet der Deutsche, dass es den Entführern von Anfang an nur um Geld gegangen sei. Erst in der Endphase sei die Veröffentlichung eines Manifestes in der internationalen Presse erwähnt worden. Ob es nicht auch um die Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern gegangen sei? »Das ist gelegentlich erwähnt worden, war aber kein besonderer Punkt.«

Zuerst habe auf Seiten der Montoneros eine Frau die Verhandlungen geführt. Sie habe sich als »Marta« vorgestellt. Erst später habe ein Mann angerufen, ein gewisser Doktor Peñaloza. Ob er sich an die Höhe des Lösegeldes erinnere? »Das tue ich, aber ich habe versprochen, darüber nichts zu sagen, und daran halte ich mich auch nach 25 Jahren noch.« Dass in der Anklageschrift vier Millionen Dollar erwähnt werden (welche die argentinischen Direktoren angeblich überreicht haben wollen), entspreche nicht den Tatsachen. Der Betrag sei »sehr viel höher gewesen«.

Natürlich sei das Lösegeld von der Steuer abzusetzen gewesen. Oertel: »Das ist in allen Fällen so gehandhabt worden. Die deutschen Finanzbehörden haben dafür immer ein wirtschaftsnahes Verständnis gezeigt.«

Frage: »Das heißt im Grunde, dass der deutsche Steuerzahler für diese Lösegelder aufkommt?«

Oertel: »Das ist eine Betrachtungsweise, aber der deutsche Steuerzahler kommt für alle Unkosten in diesem Sinne auf. Der deutsche Steuerzahler (lacht) trägt die öffentliche Hand und wenn er aus bestimmten Gründen, die sicher auch mit der öffentlichen Hand zusammenhängen, private Aktionen tätigen muss, um die Sicherheit von Staatsbürgern, von deutschen Staatsbürgern zu gewährleisten, dann ist es in meinen Augen absolut gerechtfertigt, wenn dies auch als steuerlich verwertbare Unkosten angesehen wird.«

Heinrich Metz wurde im Dezember 1975, Heiligabend, aus seiner Geiselhaft entlassen und flog umgehend nach Deutschland. Dass Mercedes bis dahin die Polizei aus der Angelegenheit heraushalten wollte, ist verständlich, es galt das Leben ihres Managers nicht zu gefährden. Aber warum unternahm das deutsche Unternehmen bis zum heutigen Tag nichts, um der Polizei bei der Suche nach den Kidnappern zu helfen? Klaus Oertel: »Diese Frage ist seinerzeit in Stuttgart zusammen mit mir überlegt worden, aber wir sahen da keinen besonderen Sinn drin. Wenn Sie sich in die Zeit und in die Situation zurückversetzen, in der sich Argentinien damals befand, wäre das mit relativ hohem Aufwand und wahrscheinlich mit einem geringen Ergebnis verbunden gewesen. Es war eine Abwägung von Gütern. Zu Beginn der Entführung hatten wir die übliche Meldung an die Polizei gegeben, das kann man sicher auch als Strafanzeige interpretieren, und wir

meinten, damit sei auf diese Weise dem Thema Genüge getan.«

Bei der von Oertel erwähnten »üblichen Meldung« handelt es sich um die Aussage des Justiziers Cuevas bei der Bundespolizei, in der das Unternehmen Gewerkschaftsaktivisten denunzierte, Kontakte zur Guerilla zu haben. Wer Heinrich Metz entführt hat, ist bis heute unklar. Auch nachdem die Staatsanwaltschaft in Buenos Aires in den achtziger Jahren die Ermittlungen noch einmal aufgenommen, Zeugen vorgeladen und Beweise gesichert hatte, rührte der Stuttgarter Konzern keinen Finger, um bei der Strafverfolgung zu helfen. Warum? »Die Frage kann ich, offen gesagt, nicht beantworten. Ich war 1985 Leiter der Mercedes-Benz Spanien. Es kann sein, dass man sich gesagt hat, die Sache ist in Argentinien bei der Justiz heute in guten Händen und da soll sie auch bleiben.«

Auch ohne Verurteilung in Argentinien schien für das Unternehmen festzustehen, wo die Kidnapper zu suchen waren. Klaus Oertel vermutet, »dass Hinweise aus der Firma gekommen waren. Das liegt für meine Begriffe so deutlich auf dem Tisch, dass man gar keine großen Recherchen anstellen muss. Einmal wegen der Adressen, dann der Lebensgewohnheiten wegen, wenn man jemand entführen will, forscht man ihn ja erst mal aus. Da ja die Fabrik in Buenos Aires relativ weit draußen in González Catán ist und ringsum damals noch nicht so viel gebaut war wie heute, war ja ein gewisser Aufwand zu betreiben, um festzustellen, wie sich Herr Pilz oder wie sich Herr Metz tagsüber oder bei Arbeitsbeginn routinemäßig verhalten würden, um eine Entführung zu organisieren. Ich halte dafür, dass es zumindest Mitwisser gab.«

Was er zu Vorwürfen der Komplizenschaft von Mercedes und der argentinischen Diktatur sage? Ja, er habe von diesen Vorwürfen auf der letzten Hauptversammlung gehört. Die »Kritischen Aktionäre« haben das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Die Vorwürfe seien falsch. »Es verschwanden immer Leute, ob die links oder rechts waren, wer wagt das zu sagen. Wir waren ja nicht angehalten, die politische Orientierung unserer Mitarbeiter zu überprüfen. Möglicherweise kennt man aus Diskussionen den einen oder anderen und seine politische Position. Aber es war zu der Zeit absolut üblich, dass mal der eine wegblieb und mal der andere. Wir selber haben, und es erstaunt mich, dass da heute anderes laut wird, mit Sicherheit zu meiner Zeit, keine Aktionen unternommen oder angeregt, die Gesundheit, Leben oder Freiheit irgendeines unserer Mitarbeiter betroffen hätten.«

## **Vom Folterer zum Leiter des Werkschutzes**

Ende 1977 kehrte Oertel nach Deutschland zurück. Der letzte Betriebsrat »verschwindet« im August 77. Wenige Monate später wird im Werk ein neuer Mitarbeiter eingestellt: Rubén Luis Lavallén. Polizist. Der neue Leiter des Werkschutzes.

Lavallén ist bei den Arbeitern als »represor« gefürchtet, wie in Argentinien die Angehörigen der Sicherheitskräfte während der Diktatur genannt werden. Bis zu seinem Eintritt in die Firma Mercedes-Benz führte er in der »Brigada de Investigaciones« in San Justo das Kommando und entschied über Tod und Leben und über die Stromstärke der Elektroschocks. Das Polizeirevier ist als eines der besonders berüchtigten Folterzentren

im Regierungsbericht »Nunca Más« aufgelistet.

San Justo liegt in der Nähe von González Catán. Martín war dort mit Elektroschocks gefoltert worden. An den Namen Lavallén erinnert er sich bis heute, er erwähnt ihn in seiner konsularischen Vernehmung in der Deutschen Botschaft.

Als Leiter der »Brigada« hat der Kommissar Mercedes-Benz Dienste geleistet. Und die Firma erwies sich erkenntlich, indem sie ihn zum Werkschutzleiter kürte. Auch im Falle Adolf Eichmanns hatte sich das Unternehmen erkenntlich gezeigt.

Im Polizeirevier führten seine Untergebenen seine Befehle aus. Seinen Namen hat Dr. Norberto Liwski mehrmals gehört, als er in der »Brigada« gefoltert wurde. Der Arzt war verschleppt worden, weil er in einem Armenviertel eine Poliklinik einrichten wollte. Später war er Zeuge der Anklage im Prozess gegen die Kommandanten. Heute leitet er die Standesorganisation CODESEDH der Mediziner. Ich interviewe ihn in seinem Büro. Natürlich erinnere er sich an die damaligen Vorgänge. Wie gut, dass sie nicht in Vergessenheit geraten sind.

Ich suche und finde Lavallén in einer Kleinstadt, drei Autostunden von Buenos Aires entfernt. Ein Schild vor seinem Haus verrät, dass er Käufer sucht. Viel wird er dafür nicht bekommen, die Straße ist nicht asphaltiert, das Dach müsste repariert werden.

Was ich von ihm wollte, hatte er am Telefon gefragt. Der Mann ist misstrauisch. Zwar verhindern die Amnestiegesetze die Strafverfolgung der Menschenrechtsverletzungen in Argentinien, aber der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzón hat gegen ihn und hundert andere »represores« Haftbefehl erlassen. Lavallén kann das Land nicht verlassen.

In Mexiko sind gerade Ricardo Miguel Cavallo, ein Folterer aus der ESMA, und in Rom der Mayor a.D. Jorge Olivera verhaftet worden. Olivera entkam der italienischen Justiz nur nach Vorlage eines gefälschten Totenscheins, den die Richterin als Beweis für die Verjährung ansah. Olivera, dem wie der Richterin Verbindungen zur Geheimloge P 2 nachgesagt werden, flog sofort nach Argentinien zurück.

Nein, hatte ich Lavallén am Telefon versichert, es gehe nicht um seine Zeit als Kommissar in San Justo, sondern um seine Karriere bei Mercedes-Benz. Dies und mein deutscher Akzent hatten ihn beruhigt. Er mag die Deutschen. Und er mag Mercedes-Benz – die Firma, denn ein Auto mit dem Stern auf dem Kühler können sich Leute wie er nicht leisten. Er kann sich überhaupt kein Auto leisten.

Der Zeitpunkt ist günstig. Der 64-jährige Ex-Kommissar ist schwach. Zehn Tage vor meinem Besuch war er wegen eines Darmkrebses operiert worden, zum ersten Mal in seinem Leben hat er dem Tod ins Auge gesehen, seinem eigenen Tod. Der Tod anderer war Routine.

Er führt mich durch ein abgedunkeltes Wohnzimmer. In der Diele hängen Heiligenbildchen. In der winzigen Küche stehen zwei wacklige Stühle, ein alter Eisschrank und ein Sperrholztisch. Er bietet Matete an.

Früher war er blond, jetzt grau, markantes Kinn, grüne, stechende Augen. Ein drahtiger Typ, stets auf dem Sprung. Warum er in die Pampa gezogen ist? Seine Familie lebt hier, seine Brüder arbeiten bei der Polizei. Ein wunderbarer Beruf, da kann man viel Gutes tun. Wenngleich es auch Böse gibt.

Seitdem er bei Mercedes ausgeschieden ist, arbeitet er im privaten Wachschatz. Das

Arbeitsverhältnis sei in Einvernehmen aufgelöst worden, der deutsche Autobauer habe ihn großzügig abgefunden und ihm am 5. April 1984 ein Zeugnis ausgestellt: »Er hat seine Arbeit optimal und vertrauenswürdig verrichtet.«

Die Gründe seiner Kündigung? Na ja, »diese Sache«. Die Journalisten seien damals am Werkstor aufgetaucht, hätten peinliche Fragen gestellt. Und die Firma habe negative Schlagzeilen vermeiden wollen. Dafür habe er Verständnis.

Damals – das war Anfang 1984. Argentinien war gerade wieder demokratisch geworden, die Verbrechen der Militärs wurden untersucht. Lavallén war der erste represor, gegen den wegen Kindesentführung ermittelt wurde. Er soll, so behaupteten die »Großmütter vom Maipplatz«, die Tochter Elsa Pavóns ermordet und deren Kind Paula als sein eigenes Kind aufgezogen haben. Der Verdacht bestätigte sich. Lavallén wurde später von einem argentinischen Gericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er ein Jahr und acht Monate verbüßte. Kindesentführung ist von der Amnestie ausgenommen.

Aber darüber wolle er nicht reden. Was ich von ihm wolle? Ich erzähle, dass in Deutschland ein Ermittlungsverfahren gegen Mercedes-Benz, heute DaimlerChrysler, anhängig ist. Der Republikanische Anwaltsverein hat Strafanzeige wegen Beihilfe zum Mord in mehreren Fällen erstattet. Die Firma steht unter dem Verdacht, während der Diktatur ihre Betriebsräte bei den Militärs als »Subversive« angeschwärzt zu haben, was ein Todesurteil bedeutet habe. Ich verschweige, dass dieser Verdacht auf meinen Recherchen basiert, ich bin Zeugin der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth.

Ja, er sei über Mercedes-Direktor Pedro de Elías, den er seit Ende der sechziger Jahre gut kenne, zu der Anstellung gekommen. Mit der Bekämpfung des Terrorismus habe er nie etwas zu tun gehabt, er könne, sagt er, keinen Vogel töten. Nach Vögeln habe ich nicht gefragt. Wie er denn, wenn er mit dem Kampf gegen Subversive nie etwas zu tun gehabt hatte, an Paula, die Tochter von Verschwundenen, gekommen sei? Seine Augen werden feucht. Darüber möchte er nicht reden.

Paula ist die Tochter von Claudio und Mónica Logares. Sie waren im Mai 1978 mit ihrer knapp zweijährigen Tochter in Uruguay von Soldaten überfallen worden. Auch der kleinen Paula wurde eine Kapuze übergestülpt. Die drei wurden bei Nacht und Nebel nach Argentinien gebracht und landeten in der »Brigada de Investigaciones« in San Justo. Dort haben sie Mithäftlinge gesehen, die überlebt haben. Claudio und Mónica sind seitdem verschwunden. Kommissar Lavallén, der keine eigenen Kinder hat, nahm Paula mit. Er ließ sie mit gefälschten Papieren als seine leibliche Tochter eintragen. Paula wuchs bei ihm, seiner Frau Raquel und deren drei Kindern aus erster Ehe auf.

Das Folterzentrum in San Justo wurde im Juli 1978 aufgelöst, die Gefangenen auf andere Haftzentren verteilt. Lavallén, der gerade die 23 Monate alt Paula an sich genommen hat, sah sich nach einer neuen Betätigung um. Am 1. Juli wurde ihm der Werkschutz bei Mercedes-Benz übertragen, ein hoch dotierter Posten. Mercedes-Direktor de Elías erklärt später offenherzig: »Wir stellten ihn ein, weil er uns als aktiver, effizienter und ehrbarer Polizist erschien.« Ein deutliches Signal an die Belegschaft. »Die linken Betriebsräte ermordet, ein represor zum Sicherheitsheitchef ernannt – da widersprach im Werk niemand mehr«, sagt Ramón Segóvia, der fast zwanzig Jahre bei Mercedes gearbeitet hat.

Unterdessen sammelte Paulas Großmutter Informationen. Kaum zogen sich die Militärs in ihre Kasernen zurück, erstattete Elsa Pavón Strafanzeige gegen Lavallén.

Es war der erste Fall, in dem es um den Raub von Kindern aus Folterzentren ging. Und der erste Fall, in dem ein genetischer Fingerabdruck die Verwandtschaftsbeziehungen bewies.

Natürlich erinnert sich Ana María di Lonardo, bis heute Leiterin der Genbank im Hospital Durand, an ihren ersten Fall: Aus den Akten wusste sie nur, dass der angebliche Vater Kriminalkommissar war. Aber statt eines Dienstausweises legte er ihr eine Visitenkarte von Mercedes-Benz vor. »Frau Doktor, wenn Sie irgendetwas brauchen, wir stehen zu Ihrer Verfügung«, so die Ärztin. Die S-Klasse habe er nicht direkt angeboten – aber sie habe nicht gefragt, sondern sich an die Arbeit gemacht. Das Ergebnis der DNS-Analyse: Paula ist das Enkelkind von Elsa Pavón, im Dezember 1984 wurde ihr das Sorgerecht übertragen.

Paula ist heute 23 Jahre alt und frisch verheiratet. Sie wird bald eigene Kinder haben. Sie hat die Zeit bei Familie Lavallén aus ihrem Gedächtnis verdrängt, versucht es zumindest.

Auch Rubén Lavallén will verdrängen. Er sagt, er habe seinen Dienst erfüllt, sei ein guter Polizist gewesen. Frage an den Ex-Kommissar, ob die verschwundenen Betriebsräte von Mercedes-Benz Guerilleros gewesen seien? Er lächelt, nein, natürlich nicht.

Er sei ein einsamer Mann, sagt er beim Abschied. Seine Frau Raquel habe ihn verlassen. Auch sie wurde in Argentinien wegen der illegalen Aneignung von Paula zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt. Sie könnte über die systematischen Kindesentführungen der Militärs und das Zusammenwirken von Mercedes-Benz mit der Repression bei der Beseitigung linker Gewerkschafter aussagen.

Laut der in der Zeitung La Nación veröffentlichten Liste hat der spanische Richter Garzón gegen ihren Mann und gegen die gebürtige Uruguayerin internationalen Haftbefehl erlassen. Heute lebt sie, erzählte mir ihr Sohn in Montevideo, bei ihrer ältesten Tochter und hütet Enkelkinder, in Barcelona. Sie weigern sich aber, mir ihre Adresse mitzuteilen.

War meine Recherche bis zu diesem Zeitpunkt gut verlaufen, begehe ich hier einen Fehler. Statt nach Barcelona zu fliegen und die Frau zu finden und zu interviewen, schildere ich, bevor ich den Fall Lavallén veröffentliche, die Zusammenhänge einem in Madrid lebenden, argentinischen Menschenrechtsanwalt. Er arbeitet mit Garzón zusammen. Ich weise ihn darauf hin, dass Raquel eine wichtige Zeugin, auch im deutschen Ermittlungsverfahren gegen Mercedes-Benz, sein könnte.

Doch nichts geschieht. Weder meine noch die Rückfragen anderer werden aus Madrid beantwortet, ich weiß noch nicht einmal, ob meine Informationen bei Richter Garzón gelandet sind. Die Spur wird nicht verfolgt.

Aus Unfähigkeit? Oder weil es Teile der Menschenrechtsbewegung bequemer finden, mit dem anklagenden Finger nur auf Uniformträger zu zeigen, aber nicht der Frage nachzugehen, wer von diesen Verbrechen profitiert, wer sie befohlen hat. Ich weiß es nicht.

Richter Garzón ist in Spanien dafür bekannt, dass er sich nur um spektakuläre Fälle bemüht, die ihm die Aufmerksamkeit der Medien sichern. Und da sind Ermittlungen wie gegen einen spanischen Innenminister, einen chilenischen Ex-Diktator, die Führung einer baskischen Partei oder den aktuellen guatemaltekischen Parlamentspräsidenten sicher prestigeträchtiger als eine Kindesentführung, auch wenn man in diesem Fall einer Mitwisserin habhaft werden könnte.

## Juristische Initiativen in Argentinien

In Argentinien verhindern bislang zwei Amnestiegesetze – »das Schlusspunktgesetz« und das »Gesetz über den geschuldeten Gehorsam« – eine Strafverfolgung und die Aufklärung der damaligen Geschehnisse. Nur gegen diejenigen, die Gefangenen ihre Neugeborenen wegnahmen, wird ermittelt. Aber bei Mercedes-Benz verschwanden keine Babys. Bei Mercedes verschwanden Betriebsräte.

Die Amnestiegesetze verstoßen gegen internationales Recht und internationale Vereinbarungen, die auch die Regierung in Buenos Aires unterzeichnet hat. Menschenrechtsgruppen hoffen, diese Gesetze einmal zu Fall zu bringen, und ein Richter hat ihnen Recht gegeben. Doch sein Urteil muss von übergeordneten Instanzen bestätigt werden, und spätestens beim Obersten Gerichtshof ist dies fraglich. Und selbst wenn: Bis dahin werden die »represores« entweder an Altersschwäche verstorben oder so betagt sein, dass ihnen strafrechtlich sowieso nicht beizukommen ist.

In der Provinzhauptstadt La Plata läuft das »Verfahren der Wahrheit«, um das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären. Um Strafverfolgung geht es nicht, und Militär und Polizei verweigern dem Gericht bislang ihre Mithilfe, ohne dass dies negative Konsequenzen für sie hätte.

Auch die Witwe des Betriebsrates Estéban Reimer sagte im August 2000 in La Plata aus. María Luján Reimer berichtete, dass die Personalabteilung ihren Mann am 4. Januar 1977 bestechen wollte und dass dieser das Angebot abgelehnt habe. Am Abend seien bewaffnete Männer bei ihnen eingedrungen und hätten ihren Mann abgeholt: »Wegen der Firma«. Seitdem hat sie ihn nie wieder gesehen, seine Leiche soll auf einem Friedhof in San Justo verscharrt sein.

Möglicherweise wird das Wahrheits-Tribunal weitere Zeugen in Sachen Fall Mercedes-Benz zitieren. Dafür setzt sich Juan Carlos Capurro vom Gewerkschaftsdachverband CTA ein, der den Fall Mercedes wie zuvor den Fall Ford unterstützt. Der Rechtsanwalt leitet den Juristenverband CAJ und vertritt die überlebenden Mercedes-Arbeiter.

Im Menschenrechtsbüro des argentinischen Justizministeriums hat Capurro zusammen mit dem Verfassungsrechtler Horacio González eine finanzielle Entschädigung für Héctor Ratto und Juan Martín wegen illegal erlittener Haft und Folter beantragt. Die Klage richtet sich gegen den argentinischen Staat, da Ansprüche gegen das deutsche Unternehmen wegen Verjährung kaum Aussicht auf Erfolg haben. Der Antrag wird durch die Zeugenaussagen früherer Kollegen unterstützt.

Es geht nicht nur um Geld. Das Menschenrechtsbüro soll vor allem das Verhalten der Firmenleitung von Mercedes-Benz und deren Komplizenschaft mit der Repression untersuchen. Bislang hat sich das Unternehmen in Argentinien wie in Deutschland zu den Vorwürfen in Schweigen gehüllt. Bei der CTA hofft man nunmehr, dass es sich dem argentinischen Justizministerium gegenüber dazu äußern muss.

Während die damalige Teamarbeit von Personalabteilungen und Diktatoren der argentinischen Öffentlichkeit weitgehend bekannt ist – auch der Regierungsbericht

»Nunca Más« widmet ihr ein Kapitel – herrschte über den Fall Mercedes totales Schweigen. Der CTA-Anwalt vermutet, dass dies damit zusammen hängt, dass das deutsche Unternehmen zehn Jahre lang den Witwen eine Rente zahlte, in Höhe der untersten Lohnkategorie.

Das argentinische Arbeitsrecht schreibt vor, dass ein Arbeitgeber einen nicht erschienenen Arbeiter per Telegramm auffordern muss, sich am Arbeitsplatz einzufinden. Anderenfalls verliert er den Anspruch auf Abfindung. »Warum verstieß Mercedes gegen diese Vorschrift?«, fragt Capurro. »Woher wusste die Firmenleitung, was vorgefallen war, und konnte unterscheiden, wer von den ferngebliebenen Arbeitern in den Untergrund oder ins Exil gegangen war und wer im Folterzentrum saß.« Sie zahlte die Löhne nur an die Witwen der ermordeten Betriebsräte, nicht an die Untergetauchten.

Unrechtmäßig sei auch die Zahlung des Lohns und der Abfindung an Verwandte gewesen. Ein Erbschein, eine Vollmacht oder eine richterliche Anordnung hätten vorgelegt werden müssen. Capurro vermutet, dass es sich bei den Zahlungen nicht um Lohn, sondern um Schweigegeld gehandelt habe.

## **Wenig Hoffnung auf Gerechtigkeit?**

War das Schweigegeld wirklich nötig, damit der Mord an den Betriebsräten in Vergessenheit geriet? Hätte die argentinische Gesellschaft, hätten die Hinterbliebenen ohne diese Zahlungen den Fall öffentlich gemacht?

Die meisten der Angehörigen verdrängen die Ereignisse, meine Recherche haben sie nicht unterstützt, zum Teil bin ich sogar mit mehr oder weniger unfreundlichen Worten aufgefordert worden, sie »nicht mehr zu belästigen« und die Sachen ruhen zu lassen. Rechtsanwalt Kaleck erhielt für seine Strafanzeige nur die Vollmacht der Familie Leichner und des Überlebenden Héctor Ratto. Die anderen winkten ab.

Das hängt nicht nur mit der finanziellen Seite zusammen, mit dem schlechten Gewissen, dass man dieses Geld angenommen hat, das von einer Firma gezahlt wurde, der man eine Mitschuld an der Ermordung vorwarf. Wenngleich der argentinische Staat den Mördern Straffreiheit zusichert, alle Hinterbliebenen der Verschwundenen wurden finanziell für den Schaden entschädigt, etwa eine halbe Million Mark. Das ist in Argentinien ein Vermögen.

Auch die während der Diktatur Inhaftierten wurden finanziell entschädigt. Héctor Ratto und Juan Martín hätten auf diese Zahlung wegen der illegalen Haft Anspruch gehabt, aber lange Zeit wollten sie dieses »schmutzige Geld« nicht beantragen. Sie mussten von ihren früheren Kollegen überzeugt werden, dass im Rahmen dieses Entschädigungsverfahrens auch das erfahrene Unrecht und die Rolle ihres früheren Arbeitgebers zur Sprache kommen werde.

Beide denken ungern an die Zeit im Folterzentrum zurück. Ratto ist heute 53 Jahre alt, ein zerstörtes Leben. Seine Freunde aus dem Betrieb sind ermordet worden, ihn plagen die Schuldgefühle des Überlebenden. Seine Arme kann er wieder bewegen, nicht mehr so wie früher. Sechs Tage die Woche arbeitet er in einem kleinen Metallunternehmen, doch der Betrieb ist vom Bankrott bedroht. Zum Glück hat seine Tochter einen festen Job



und unterstützt die Eltern.

Glaubt er, dass ihm Gerechtigkeit widerfahren wird? Er schweigt. Und lächelt. Er hat dem deutschen und dem argentinischen Rechtsanwalt eine Vollmacht unterschrieben, damit sie in seinem Namen Einsicht in die Akten nehmen können. An ihm soll es nicht liegen, dass die Ermittlungen in Gang kommen. Aber Hoffnung auf Gerechtigkeit? Eigentlich nicht, aber dass der Fall in Deutschland und Argentinien untersucht wird, hat ihn erstaunt.

Auch sein früherer Kollege, Juan Martín, ist skeptisch. Gerechtigkeit, fragte er zurück? »Solange die Militärs an der Macht waren, konnte ich keinen Prozess anstrengen. Möglicherweise wäre ich wieder verhaftet, aber nie mehr auf freien Fuß gesetzt worden. Und als Argentinien demokratisch wurde, da hatte ich bereits ein neues Leben begonnen. Das andere wollte ich vergessen. Und vor allem: Wer bin ich denn, Juan Martín? Was kann ich geben? Nur meine Wahrheit. Und was kann Mercedes-Benz in die Waagschale werfen? Sehr viel. Auch in der Demokratie ist mit Geld alles zu kaufen, Richter und Gerechtigkeit. Mit Geld ist alles zu kaufen.«

Ein Jahr nach dem Interview sah ich Martín wieder, anlässlich seiner Zeugenvernehmung in der Deutschen Botschaft. Er war aufgeregt, hatte fünf Stunden im Omnibus gesessen, um den Diplomaten seine Geschichte zu erzählen. Zum zweiten Mal in seinem Leben. Das erste Mal mir gegenüber, das zweite Mal in der Botschaft. Nicht einmal mit engsten Verwandten hatte er über Folter und Haft in den 25 Jahren reden können. Es schließlich doch losgeworden zu sein, fremden Menschen gegenüber, hat ihm gut getan. Vielleicht doch ein Stück Gerechtigkeit?

## **Mercedes-Benz: Augen zu und durch**

Der Konzern verfolgte von Anfang an die Strategie des Aussitzens. Und er hatte mit ihr, zumindest anfangs, Erfolg. Die Recherchen wurden meist im öffentlich-rechtlichen Hörfunk gesendet. Versendet, weg gesendet, denn es geschah darauf nichts. Im Labournet wurde darauf hingewiesen, und unter kritischen Gewerkschaftern wurde das Thema ein Thema. Aber die große Presse und das Fernsehen streikten. Einzige Ausnahme der Spiegel, der die Problematik, x-mal umgeschrieben und ohne Erwähnung der Quelle, erwähnte. Ich glaube nicht einmal, dass der Konzern aus Untertürkheim die Anzeigenabteilungen direkt unter Druck setzte und mit dem Entzug von Inseraten drohte. Ich glaube, dass die journalistischen Entscheidungsträger auf ihrer eigenen Schleimspur ausgerutscht sind, die Schere im Kopf haben.

Doch mit der Zeit änderte sich die Situation. Zwar war das Thema in der großen gedruckten Presse weiterhin ein »Unthema«, doch Gewerkschafter und politisch Interessierte erfuhren von den Zusammenhängen.

Die IG Metall, die anfangs kalte Füße hatte, hat sich wärmer angezogen und klar Stellung bezogen. Sie kritisierte den Konzern für seine »Kollaboration mit der argentinischen Diktatur« öffentlich und berichtete wiederholt in ihrer Zeitung.

Und der Betriebsratsvorsitzende des Werkes Untertürkheim fragte Ende November 2000 schriftlich den Vorstand, welche Kenntnis er von den Verhaftungen aktiver

Gewerkschafter in Argentinien hatte? »Haben leitende Mitarbeiter des Daimler-Konzerns die Verhaftungswelle durch die Nennung von Namen ermöglicht und unterstützt? Ist Juan Tasselkraut noch immer im Beschäftigungsverhältnis? Hat der als Folterer bekannte Polizist Lavallén bei Daimler als Werkschutzchef gearbeitet? Und wie stellt sich der Konzern gegenüber der Forderung der Angehörigen nach Wiedergutmachungszahlungen?«

Bis zur Drucklegung dieses Buches lag eine Antwort nicht vor. Der Sprecher des Betriebsrates, Kai Bliesener, bezeichnete die Informationspolitik des Unternehmens als »Katastrophe«.

## **Menschenrechte und Aktionäre**

Das Aktiengesetz schreibt vor, dass einmal jährlich der Vorstand seinen Aktionären Rede und Antwort steht. Das ist für den Vorstand und für den versammelten Aufsichtsrat lästig, denn immer mehr werden diese Treffen von Kritikern und unzufriedenen Kleinaktionären benutzt, um Antworten auf lästige Fragen einzufordern.

Jeder kann zu Wort kommen und es den Mächtigen da vorne auf der Bühne endlich mal sagen, vorausgesetzt, sie haben von irgendwoher eine Stimmkarte ergattert. Auf der letzten Hauptversammlung von DaimlerChrysler kamen nicht nur über den gefallen Kurs erboste Kleinsparer zu Wort, lange Ausführungen waren auch von Tierschützern, Autofans und sonstigen Selbstdarstellern zu hören. Richtig niedlich war der gelockte junge Mann, der, mit auffallend seligem Lächeln, ans Mikrofon trat und kundtat, dass er sich die Stimmkarten seines Vatis gegriffen habe und dass er eigentlich finde, dass der ganze Konzern doch ein ziemlicher Sauhaufen sei und er dem Vorstand hier mal am liebsten ordentlich »auf den Tisch kacken« würde. Hilmar Kopper, Präsident der Deutschen Bank und Aufsichtsratschef von DaimlerChrysler, tat genau das, was der junge Mann von ihm wollte: Er ging in die Luft, schimpfte über schlechte Manieren und stellte ihm das Mikro ab. Tage später redete er sich bei der Zeit seinen Frust von der Bankerseele: Die Mitbestimmung müsse endlich vom Tisch, und die ausufernden Hauptversammlungen auf zwei Stündchen reduziert werden. Da könne alles gesagt werden und der Demokratie sei Genüge getan.

Das »Thema Argentinien« war schon bei der Hauptversammlung im April 2000 zur Sprache gekommen, als Henry Mathews von den »Kritischen Aktionären« die Strafanzeige des Republikanischen Anwaltsvereins wegen Beihilfe zum Mord erwähnte. Damals behauptete Daimler-Chef Jürgen Schrempp seinen Shareholdern gegenüber, dass die Staatsanwaltschaft Stuttgart die Ermittlungen eingestellt habe. Punkt und Schluss.

Das war mehr als irreführend, es war schlicht die Unwahrheit. Denn Schrempp wusste zu jenem Zeitpunkt sehr wohl, dass die Staatsanwaltschaft Stuttgart zwar die Ermittlungen gegen das Mutterhaus eingestellt, aber das Verfahren nach Berlin zurückgegeben hatte. Das Verfahren lief. Aber Henry Mathews kannte den genauen Stand nicht und konnte deshalb nicht kontern.

Bei der Aktionärsversammlung am 11. April 2001 sollte sich Schrempp nicht so leicht aus

der argentinischen Schlinge ziehen können. Ich traf mich mit den »Kritischen Aktionären« schon um acht Uhr morgens, zwei Stunden vor Eröffnung im ICC. Wer seine Fragen zuerst einreicht, hat gute Chancen, noch am Vormittag, vor dem Redaktionsschluss der Tageszeitungen, reden zu dürfen. Doch, so wurde ich vorgewarnt, Versammlungsleiter Kopper lässt die »Kritischen Aktionäre« immer erst spät zu Wort kommen, und auch mein Name dürfte ihm bekannt sein.

Es war die erste Aktionärsversammlung, die ich besucht habe. Und so hatte ich mir das wirklich nicht vorgestellt. Das Internationale Congress Centrum quoll fast über. Fast 12.000 Aktionäre waren erschienen. Es gab umsonst belegte Brötchen, Würstchen und alkoholfreies Bier, und ein Hauch von Macht schwebte über dem ICC.

Normalerweise fallen die Abstimmungsergebnisse wie früher die Wahlen in der DDR aus: Es wird Einheit mit 99 Prozent der Stimmen erzielt. Von den 12.000 Erschienenen sind nur zwanzig wichtig, weil sie Stimpfpakete besitzen: Banken, Fondsgesellschaften, Versicherungen. Die haben vorher mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat alle wichtigen Punkte abgeklärt und lassen dann nur noch die Versammlung über sich ergehen. Auch wir – die Kritischen Aktionäre und ich – sitzen dort vorne, als Stimmrechtsvertreter, zwischen den Banken.

Doch im April 2001 war die Stimmung aufgeladen. Der Konzern befindet sich in der Krise, »feindliche Übernahme« wurde schon gemunkelt, und der Stuhl Schrempps wackelt. Der Aktienkurs ist um fast die Hälfte gefallen und die Shareholder fühlen sich zu Recht enteignet. Und aus den USA braut sich ein Unwetter zusammen, das den Kurs noch einmal zu drücken droht:

Vor einem halben Jahr haben Kirk Kerkorian und seine Firma Tracinda vor einem Gericht in Delaware DaimlerChrysler und Jürgen Schrempp auf Schadenersatz wegen Irreführung der Aktionäre verklagt. Der US-Finanzier ist nach der Deutschen Bank (12,9 %) und Kuwait (7 %) drittgrößter Anteilseigner (2,3 Prozent). Vor der Fusion war er größter Aktionär von Chrysler gewesen. Er habe, so steht in seiner Klage, nur aufgrund des ausdrücklichen Versprechens Schrempps, dass der Zusammenschluss der beiden Unternehmen eine »Fusion von Gleichen« sein würde, dafür gestimmt. Es habe sich aber um keine Fusion sondern um eine »feindliche Übernahme« gehandelt, wie Schrempp später in einem Interview mit der Financial Times ausgeplappert hatte.

Kerkorian fordert insgesamt neun Milliarden Dollar, zwei Milliarden für den direkten Schaden der Fusion, eine Milliarde für Verluste wegen des Kurssturzes der DaimlerChrysler-Aktie und sechs Milliarden als Strafe für die Irreführung der Shareholder. Seine Firma Tracinda will die Fusion rückgängig machen. Doch der Fall Kerkorian/Tracinda kam bei der Aktionärsversammlung nur am Rande zur Sprache. Die Kleinaktionäre kennen ihn kaum, da sich die bundesdeutsche Presse mit Informationen zurückgehalten hat.

Um 15 Uhr kommen die »Kritischen Aktionäre« dran. Holger Rothbauer fordert die Nicht-Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Er begründet das mit dem »Fall Argentinien«. Ich bin nach ihm dran und erkläre den Fall. Und plötzlich, so erzählen mir hinterher die »Kritischen«, wird es ganz ruhig im Saal.

Ich stelle mich vor. Ich spreche hier nicht als Aktionärin, sondern als Journalistin, die von der Presseabteilung keine Antworten auf ihre Fragen erhält. An dieser Stelle hätte mich Hilmar Kopper abwürgen können, denn Journalisten besitzen kein Rederecht auf Hauptversammlungen. Er tat es aber nicht. So konnte ich in der schon auf fünf Minuten

begrenzten Redezeit über die Ergebnisse meiner Recherche berichten:

– wie sich Mercedes-Manager an der Entführung ihres Kollegen Heinrich Metz vermutlich bereichert und damit ihre Dividende geschmälert hatten

– wie der Kindesräuber und Folterer Rubén Lavallén Werkschutzchef in González Catán wurde

– wie mindestens vierzehn Betriebsräte nachts aus ihren Wohnungen verschleppt, gefoltert und ermordet wurden

– und wie, nach Aussage von Héctor Ratto, Produktionschef Juan Tasselkraut an zwei Polizisten die Adresse eines Arbeiters übergeben hatte, der in der gleichen Nacht verschleppt wurde und von dem bis heute jede Spur fehlt.

Die konsularischen Zeugenaussagen in der Deutschen Botschaft hatte ich in der Hand.

Am Schluss forderte ich Jürgen Schrempp auf, sich im Namen von DaimlerChrysler beim argentinischen Volk zu entschuldigen.

Die Runde ging zu Ende, Schrempp musste antworten. Viel hatte er nicht zu sagen, er wird längst wissen, dass die Vorwürfe stimmen. Man werde mit der Justiz zusammenarbeiten, versicherte er, und wies darauf hin, dass ihm eine Aussage von Héctor Ratto vorliege, in der Tasselkraut entlastet werde. Hilmar Kopper ergriff das Wort und versicherte, dass DaimlerChrysler sich bemühe, die Menschenrechtsstandards für Großunternehmen zu respektieren. Er wirkte fast zerknirscht.

Dem Vorstand und dem Aufsichtsratsvorsitzenden war sicher bekannt, dass sich das Stuttgarter Unternehmen einen Monat später mit Vertretern von Amnesty International und den »Kritischen Aktionären« treffen würde. Dabei geht es um die Begutachtung des Konzerns nach den ethischen Kriterien, und der »Fall Argentinien« steht einer akzeptablen Note im Weg.

Ich verließ den Saal und rief Héctor Ratto an seinem Arbeitsplatz an. Er bestätigte noch einmal seine Aussage: Tasselkraut hat den Polizisten die Adresse von Diego Núñez übermittelt. Kein Zweifel.

Ich meldete mich erneut zu Wort. Um zwanzig Uhr durfte ich ans Mikrofon. Mit knappen Worten teilte ich mit, was mir Ratto am Telefon gesagt hatte, und bat den Vorstand, die Politik des Verschleierns aufzugeben. Die Presseabteilung erteilt in der Sache keine Auskünfte, und Firmenmitarbeiter, die mir unvorsichtigerweise Interviews gegeben haben, werden getadelt und zum Schweigen verdonnert. Selbst der entführte Heinrich Metz darf nicht reden. Ich forderte Schrempp erneut auf, sich zu entschuldigen. Aber damit ist wohl bei DaimlerChrysler nicht zu rechnen. Wer über so viel Macht verfügt, erachtet dies wohl für unnötig.

Auf jeden Fall war verhindert worden, dass der »Fall Argentinien« auf der Hauptversammlung mit dem Mantel des Schweigens zugedeckt wurde.

Um 23 Uhr – nach der Behebung eines mysteriösen Fehlers der Auszählungsanlage – wurde das Abstimmungsergebnis bekannt gegeben: 94 Prozent stimmten für die Entlastung des Vorstandes, 88 Prozent für den Aufsichtsrat. Die Machtverhältnisse waren wiederhergestellt.

## Entschuldigung oder Aussitzen?

Was wird die Nürnberger Staatsanwaltschaft unternehmen, wenn Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, wie er nach der Lektüre der konsularischen Vernehmungen angekündigt hat, einen internationalen Haftbefehl gegen den damaligen Produktionsleiter Juan Tasselkraut beantragen wird? Die Vorwürfe gegen ihn und die Werksleitung sind von den Zeugen bestätigt worden. Wird sie den Deutsch-Argentinier wirklich zur Fahndung ausschreiben? Wird sie Anklage erheben? Es wäre das erste Mal, dass ein Wirtschaftsunternehmen für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen würde.

Tasselkraut hat sicher nicht auf eigene Faust, sondern im Auftrag der Firma gehandelt. So sieht es auch das Unternehmen. Es hätte Tasselkraut im Hinblick auf die Ermittlungen vorläufig suspendieren oder zumindest in eine andere Niederlassung abkommandieren können. Dies geschah nicht. Er leitet bis heute die Sprinterproduktion in González Catán.

In Stuttgart wird man wissen, dass in ihrer argentinischen Niederlassung während der Diktatur grausame Dinge passiert sind. Der Konzern hatte in dieser Situation zwei Möglichkeiten: Er konnte nach außen hin ein hochmütiges Grinsen aufsetzen, Stellungnahmen verweigern und darauf bauen, dass die Presse den potenten Anzeigenkunden nicht durch Enthüllungen verärgern will. Nach innen, also in Gesprächen mit dem Gesamtbetriebsrat und auf der Ebene des mittleren Managements, konnte er auf die historische Situation verweisen. Es habe eben Bürgerkrieg geherrscht, die ermordeten Betriebsräte hätten mit Terroristen zusammengearbeitet. Und dass im Übrigen die Vorwürfe einen politischen Hintergrund hätten, mit anderen Worten: Es werde eine Kampagne gegen das Unternehmen geführt.

Als der Berliner Autor Boris Kanzleiter die Presseabteilung in Untertürkheim nach einem Kommentar zu meinem in der taz veröffentlichten Artikel »Folterer der S-Klasse« (Kindesentführer Lavallén als Werkschutzchef) befragte, antwortete die zuständige Dame: Auf diese »zusammengebackene Geschichte« reagiere man nicht. Per Fax ließ man ihm mitteilen: »Nachdem Mercedes-Benz Argentina aus der Presse erfuhr, dass Herr Lavallén eine Zwangsadoption vorgenommen hatte, trennte man sich von ihm. Es ist durchaus üblich, dass Unternehmen Werkschutzpersonal rekrutieren, das vorher im Polizeidienst tätig war, weil die Qualifikationsanforderungen ähnlich sind. Mit freundlichen Grüßen, Michael Pfister, Leiter Corporate Communications.«

Eine erstaunliche Wortwahl: »Zwangsadoption vorgenommen«. So, als hätte der Herr nur einen administrativen Faux pas begangen und nicht die Eltern umgebracht und das Kind geraubt.

Im Stuttgart des Jahres 2000 verliert man kein Wort des Bedauerns oder auch nur der Erklärung, sondern bezeichnet es als »durchaus üblich«, Leute wie Lavallén angestellt zu haben. Die Qualifikationsanforderungen seien ja ähnlich.

Kein Wort der Entschuldigung kommt über die Lippen des Unternehmens. Allein der Gedanke, dass jemand dies von einem Konzern mit dieser Finanzkraft erwarten könnte, scheint man in Untertürkheim als Zumutung zu empfinden. »Mir kann keiner«, heißt die Devise. Muss sich jemand, der so viel Macht hat, um ein paar Leichen im Keller kümmern? Waren doch alles Linke! Und man hat ja auch die Witwen versorgt. Bei der

Mafia macht man das auch so.

Es hätte einen anderen Weg gegeben, einen Weg, den wahrscheinlich ein US-Unternehmen eingeschlagen hätte. Die Firmenleitung hätte »Betroffenheit« geheuchelt, eine hausinterne Untersuchung eingeleitet, Juan Tasselkraut suspendiert. Sie hätte den Opfern ihr Mitgefühl ausgesprochen, bedauert, dass die damalige Werksleitung solche Dinge leider nicht hatte verhindern können. An Zynismus mangelt es in den Chefetagen nicht.

## **Menschenrechte, Gewerkschaften und internationale Konzerne**

Ist die Frage, die am Anfang der Recherche stand – wer von den Menschenrechtsverletzungen profitiert hat –, beantwortet? Inwiefern haben Mercedes-Benz und die Mächtigen von der Liquidierung kritischer Gewerkschafter im Betrieb profitiert?

Das ist eine Binsenwahrheit: Am liebsten ist den Arbeitgebern ein Betrieb ohne Gewerkschaften. Da lassen sich Verträge individuell aushandeln und Beschäftigte gegeneinander ausspielen. Das sind sozusagen paradiesische Zustände. Aber da in dieser Logik zu viele Menschen verlieren und sich organisieren, haben sich die Kapitalisten mit dem notwendigen Übel von Gewerkschaften abgefunden. Was nutzt ihnen mehr: nicht-gelbe oder gelbe Gewerkschaften? Auf den ersten Blick natürlich die gelben, mit denen hinter dem Rücken der Belegschaft und gegen deren Interessen niedrige Lohnabschlüsse zu erzielen sind. Doch, noch eine Binsenweisheit, wer immer nur betrogen wird, wird unzufrieden, arbeitet schlecht, sabotiert vielleicht sogar. Auf jeden Fall sinkt die Produktivität, und die ist im internationalen Wettbewerb ausschlaggebend. Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung machen sich also, wenn Mitarbeiter motiviert werden sollen, für die Kapitalisten bezahlt. Und selbst mit kämpferischen Gewerkschaften können Arbeitgeber – jedenfalls solange keine revolutionäre Situation entsteht – notfalls leben, denn auch sie müssen, um als Tarifpartner anerkannt zu werden, ihre Kollegen disziplinieren. Insofern war die Vernichtung der Arbeiterbewegung für den argentinischen Kapitalismus langfristig eher abträglich. Aber in welchem Zustand befand sich damals der argentinische Kapitalismus und wo sollte er landen?

Seit Anfang der siebziger Jahre tobte im Mercedes-Werk in González Catán der Klassenkampf. Die überwiegende Mehrheit der Belegschaft hatte der korrupten und für die Arbeitgeber bequemen Gewerkschaft SMATA das Vertrauen entzogen und für die oppositionelle linke Liste, die »Gruppe der Neun«, gestimmt. Personalversammlungen fanden wöchentlich, zu manchen Zeiten täglich statt. Da standen die Maschinen still, da wurde kein Mehrwert erwirtschaftet. Im Oktober 75 wurde 24 Tage lang aktiv gestreikt, und über die Entführung eines Managers, des Klassenfeindes, freute man sich nicht nur klammheimlich. Die Betriebsgruppe wurde zwar nicht von den Guerillaorganisationen gesteuert, aber es bestanden Kontakte. Diese Situation war kritisch und drohte, außer Kontrolle zu geraten.

Dann putschten die Generäle und machten sich daran, die Kontrolle wieder zu erlangen, indem sie Gewerkschafter systematisch folterten und ermordeten. Streiks wurden als

subversive Handlungen betrachtet, Klassenkampf als Subversion. Die Arbeiter im Mercedes-Werk sahen, wie die kämpferischen Kollegen einer nach dem anderen verschwanden. 14 Betriebsräte wurden ermordet. Auch wenn sie selbst nicht nachts aus ihren Wohnungen verschleppt und in geheimen Folterzentren gefangen gehalten wurden – allen 4.000 Beschäftigten wurde damit deutlich zu verstehen gegeben, wie Widerstand und Aufruhr von den Mächtigen beantwortet werden. Auch wenn »Widerstand« für die meisten der Kollegen nur in einer ehrlichen Interessenvertretung bestand, um höhere Löhne und ein etwas größeres Stück von dem von ihnen erwirtschafteten Reichtum abzubekommen.

Und als dann, nachdem das Blutbad an der »Gruppe der Neun« beendet war, der Folterer und Kindesentführer Rubén Lavallén zum Werkschutzchef in González Catán ernannt wurde, war auch für den letzten Arbeiter klar, dass die andere Seite, die Arbeitgeber, mit nacktem Terror und nicht mit dem geringsten Anflug einer sozialdemokratischen Tarifpartnerschaft den Klassenkampf führt und den Klassenkampf gewinnt.

Seitdem wird im Mercedeswerk nicht mehr gestreikt, außer, wenn die rechtsperonistische CGT dies von oben befiehlt. Auch gegen SMATA, seit zehn Jahren ohne Wählermandat, regt sich kein Widerstand. Und diese Entwicklung ist für eine Firma, die ihre Belegschaft von 4.000 auf 1.200 Lohnabhängige »verschlinkt« hat und weiter »verschlinkt«, sicher ein direkter Vorteil.

Aber eine Frage muss erlaubt sein, auch wenn sie zynisch klingt. Was wäre eigentlich passiert, wenn die Videla-Diktatur die Arbeiterbewegung nicht vernichtet hätte? Welche Politik würden heute José Vizzini, Estéban Reimer, Charles Grossi und die anderen ermordeten Mercedes-Betriebsräte im Werk verfolgen? Würden sie revolutionäre Betriebszellen organisieren oder Sozialpartnerschaft betreiben, die versucht, das Schlimmste zu verhindern? Dass im Werk von González Catán von 4.000 nur 1.200 Beschäftigte übrig geblieben sind, hätten sie auch nicht abwenden können. Sie hätten vielleicht einen Sozialplan erstritten, aber sich angesichts der Erpressung mit Stellenabbau vermutlich »freiwillig« zu Lohnverzicht bereit erklären müssen. Sie wären wahrscheinlich keine Bonzen geworden, aber in eine bürokratische Struktur integriert worden.

Es ging bei dem Militärputsch also nicht nur um eine Disziplinierung und teilweise Vernichtung der Arbeiterbewegung. Dies hätte man einfacher haben können, entweder durch ein paar Zugeständnisse oder mit der Drohung von Arbeitsplatzabbau und Produktionsverlagerung. Außerdem lassen sich auch in Ländern mit starken, klassenkämpferischen Gewerkschaften durchaus satte Profite machen, wie das Nachbarland Brasilien, wo es keine vergleichbare Vernichtungsstrategie gegen die Arbeiterbewegung gab, eindrucksvoll zeigt. Brasilien ist heute weiterhin ein dynamischer Industriestaat, was man von Argentinien längst nicht mehr sagen kann.

Spätestens mit dem Putsch wurde das Land deindustrialisiert. Der Wirtschaftsminister der Junta, José Alfredo Martínez de Hoz, bis dahin Hausanwalt von Siemens, ging auf radikal neoliberalen Kurs. Er senkte die Zölle und strich Subventionen. Die Folge: Der Markt wurde mit ausländischen Produkten überschwemmt, im Land schlossen die Fabriken und die Arbeitslosigkeit wuchs. Argentinien wurde im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung die Funktion des Getreide- und Fleischproduzenten zugewiesen, kapitalintensiv und mit Einsatz von wenigen Arbeitskräften. Darum ging es

bei dem Putsch von 1976.

Bis zu diesem Zeitpunkt war Argentinien ein Land, das auf seiner Industriestruktur bestand, das es ausländischen Unternehmen, trotz gewisser Öffnungen, nur teilweise gestattete, ihre Produkte auf dem argentinischen Binnenmarkt abzusetzen. Hierfür stand die Mehrheit der peronistischen Partei, dafür standen Unternehmer, die von dem abgeschotteten Markt profitierten und satte Gewinne einfahren konnten, ohne Unsummen in die Modernisierung ihrer Produktion investieren zu müssen, und dafür standen auch die Gewerkschaften, wenn man einmal von den völlig korrumpierten, mafiosen Teilen absieht, die für gar nichts standen, außer ihren persönlichen Vorteil.

Die von den Militärs blutig durchgesetzte neoliberale Politik wird von den zivilen Regierungen bis heute fortgeführt. Als die sozialliberalen »Radikalen« Alfonsíns dem vorsichtig entgegensteuern wollten und versuchten, lokale Produzenten zu begünstigen, und einige Maßnahmen ergriffen, die auf eine soziale Umverteilung zielten, um die Kaufkraft der einkommensschwächeren Schichten zu erhöhen, machten ihnen die internationalen Finanzinstitutionen und die lokale Agrar- und Finanzoligarchie schnell klar, dass sie dies nicht dulden würden. Es gab keine Kredite mehr, der Versuch der Regierung, ihre Zahlungsprobleme über die Notenpresse zu lösen, endeten in einer traumatischen Hyperinflation, die Spekulanten halfen mit gezielten Verkäufen der gehorteten und geliehenen Währung nach. Alfonsín musste seinen Hut nehmen, vorzeitige Wahlen wurden ausgeschrieben, und danach konnte Menem seine radikale Privatisierungspolitik und seine Umverteilung von unten nach oben rigoros durchsetzen. Den Leuten war alles recht, Hauptsache nie wieder diese Wahnsinnsinflation!

Die Gewerkschaften hatten und haben der Deindustrialisierung Argentiniens wenig entgegenzusetzen. Die einst mächtige peronistische CGT hat Einfluss und Finanzkraft eingebüßt. Die Basis bringt den Funktionären kein Vertrauen entgegen. Sie stehen nicht nur im Verdacht, in die Kassen zu greifen und sich bestechen zu lassen. Ihnen haftet vor allem der Geruch an, während der Diktatur mit der Repression zusammengearbeitet zu haben oder zumindest keinen Widerstand geleistet zu haben.

Einst mussten alle Lohnabhängigen in die Gewerkschaft eintreten, um von ihren Sozialwerken versichert zu werden. Dies ist vorbei. Inzwischen sind auch private Krankenkassen und Pensionswerke zugelassen, und die gewerkschaftseigenen sind mit ihren bürokratischen Strukturen schlecht für den Wettbewerb gewappnet. Und in Zeiten von Flexibilisierung und Globalisierung organisieren sich ohnehin immer weniger Arbeitnehmer.

Heute ist die argentinische Gewerkschaftsbewegung dreigeteilt: die rechte CGT, die oppositionelle CGT und die linke CTA, die 1991 entstand und als Dachverband anerkannt wurde. Gegen die Privatisierungen und die Flexibilisierung des Arbeitsrechts während der Menem-Regierung (1989-99) regte sich, von der CTA abgesehen, nur geringer Widerstand.

Insofern hat sich die blutige Zerschlagung der argentinischen Arbeiterbewegung doch bezahlt gemacht. Die Frage ist, für wen? Glänzende Geschäfte haben das internationale Kapital und der Agrar-Finanzkomplex gemacht. Jedes Jahr muss die Regierung in Buenos Aires zweistellige Milliardenbeträge als Zinsen auf die Auslandsschulden abführen, die dem nationalen Geldkreislauf und der Wirtschaft entzogen werden.

Hedgefonds, Großbanken und Versicherungen, mit Sitz auf den Cayman Islands, Curacão und den Bahamas, haben sich großflächig in der feuchten Pampa eingekauft.



Dort produzieren sie mit moderner Technologie Mais, Weizen und Soja für den Weltmarkt. Für das Land fällt wenig dabei ab, Arbeitsplätze werden nicht geschaffen, die Ware wird an der Börse Chicagos gehandelt, die Gewinne bleiben im Ausland. Zugleich wird in manchen Provinzen gehungert, die Menschen plündern Supermärkte.

Und Daimler-Benz, heute DaimlerChrysler? Auch der Konzern dürfte auf der Gewinnerseite stehen. Früher hatten viele nationale Regierungen den Zugang zu ihren Märkten davon abhängig gemacht, dass die Produkte im Land hergestellt werden. Auf diese Weise sollten Technologie importiert und Jobs geschaffen werden. Heute können dank niedriger Zölle die Märkte von überall her beliefert werden.

In neoliberalen Zeiten hat sich das Machtverhältnis entscheidend geändert, Multis lassen sich von Regierungen, und schon gar nicht von Dritte-Welt-Regierungen, Bedingungen diktieren. Und geradezu absurd muss ihnen die Vorstellung erscheinen, sich dort für etwas zu entschuldigen:

Dass unter ihrem Dach die Menschenrechte verletzt wurden. Dass Zeugen und die Hinterbliebenen davon überzeugt sind, dass ihre Manager Beihilfe zur Ermordung der Betriebsräte geleistet haben und dass der Konzern von diesen Verbrechen profitiert hat. Das alles scheint das Management von DaimlerChrysler wenig zu scheren. Zumindest so lange, wie es keine öffentliche Diskussion darum gibt. Die scheut DaimlerChrysler wie der Teufel das Weihwasser. Denn Menschenrechte und Großunternehmen sind weltweit zu einem Thema geworden.

Die Vereinten Nationen fordern schon lange eine »Globalisierung der Menschenrechte«. Sowohl Organisationen wie die Welthandelsorganisation als auch multinationale Unternehmen müssten sich bei ihren Entscheidungen von Menschenrechtsprinzipien leiten lassen und ihr Handeln auf die Schaffung eines gerechten Weltwirtschaftssystems ausrichten. Neue Wirtschaftsführer seien gefragt, die sich der sozialen Verantwortung stellen und ihr Handeln nicht allein vom Shareholder-Value bestimmen lassen. In Zukunft werden sich Unternehmen auch daraufhin überprüfen und zertifizieren lassen müssen, ob sie die Menschenrechte respektieren, auch in ihren Niederlassungen in der Dritten Welt. Und zu den Menschenrechten gehören nicht nur die Respektierung von Mindestlöhnen und würdige Arbeitsbedingungen, sondern auch das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung.

Die Vereinten Nationen können die Multinationalen Konzerne nicht zur Einhaltung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten zwingen. Das geht nur über öffentlichen Druck. Den gilt es zu organisieren.

Das letzte Kapitel des Falls der Verschwundenen von Mercedes-Benz muss noch geschrieben werden.